

ISS AKTUELL



Herwig Jedlaucnik (Hrsg.)

Zur strategischen Lage

Jahresmitte 2017

Globale Akteure und internationale Organisationen



Impressum:

Medieninhaber, Hersteller, Herausgeber:

Republik Österreich / Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport
Rossauer Lände 1
1090 Wien

Redaktion:

Landesverteidigungsakademie
Institut für Strategie und Sicherheitspolitik
Stiftgasse 2a
1070 Wien

Copyright:

© Republik Österreich / Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport
Alle Rechte vorbehalten

Periodikum der Landesverteidigungsakademie

ISBN: 978-3-903121-18-8

Juni 2017

Druck

HDruckZ-ASt Stift xxxx/17
Stiftgasse 2a
1070 Wien

Vorwort

Es ist inzwischen zu einer Tradition geworden, Ihnen mit dem alle sechs Monate erscheinenden Überblick zur strategischen Lage einen kurzen Rückblick auf die Ereignisse des vergangenen Halbjahres zu präsentieren. Damit wollen wir laufende Entwicklungen in größeren Zusammenhängen betrachten und zugleich eine Einschätzung möglicher künftiger Abläufe erleichtern. Es geht uns in dieser bewusst knapp gehaltenen Zusammenfassung nicht um eine umfassende Darstellung aller Geschehnisse der vergangenen Monate, sondern um eine kurze, aber präzise Analyse und Bewertung ausgewählter Aspekte unter Berücksichtigung regionaler Zusammenhänge. Der letzte derartige Überblick erschien im Jänner 2017; die einzelnen Beiträge des vorliegenden Berichts wurden im Juni 2017 fertig gestellt.

Für den Beobachter der aktuellen Ereignisse scheint es manchmal, als würden sich manche Entwicklungen in den letzten Monaten beschleunigt vollziehen. Spannende Wahlen in Großbritannien und Frankreich und zunehmende Zweifel über die Zukunft der EU im Schatten von Brexit-Verhandlungen und der Migrationskrise, die zunehmend zu einer solchen der Integration mutiert, prägen die Diskussionen in Europa. Spannungen und teils latente, teils offene Konflikte bestehen von Südosteuropa über die Ukraine bis in den arabischen Raum und nach Afghanistan und Indien, von Afrika ganz zu schweigen. In den USA hat der im Jänner 2017 inaugurierte Präsident Donald Trump, wie erwartet, bereits für erhebliche Turbulenzen und Irritationen gesorgt. Wir freuen uns daher, Ihnen in diesem ISS-Aktuell über die aktuelle Lage zur Jahresmitte 2017 neben vielen anderen spannenden Aspekten der sicherheitspolitischen und strategischen Entwicklungen auch eine pointierte Einschätzung der Konsequenzen von Trumps Politik für die globale und europäische Politik vornehmen zu können.

Die Leitung und Redaktion dieser Zusammenschau lag wieder in den bewährten Händen von Oberstleutnant des höheren militärfachlichen Dienstes Dr. Herwig Jedlaucnik (dem wir bei dieser Gelegenheit auch zum Abschluss seines Doktoratsstudiums vor wenigen Tagen gratulieren dürfen). Ihm und allen Kollegen, die an der Erstellung dieses Überblicks beteiligt waren, gebührt unser Dank. Neben den Angehörigen des ISS (Dr. Rastislav Báčora, der derzeit dem Büro für Sicherheitspolitik dienstzugeteilt ist, Dr. Gerald Brettner-Messler, Dr. Gunther Hauser, Oberst des höheren militärfachlichen Dienstes Dr. Otto Naderer, und Dr. Felix Schneider) möchte ich Dr. Gerald Hainzl und Carmelo Rodriguez, BA (beide vom Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement) sowie Dr. Johannes Maerk nennen und danke allen für ihre Mitwirkung. Ganz besonderen Dank schulden wir Dr. Felix Schneider, der neben seiner wissenschaftlichen Mitwirkung auch alle Beiträge – unter wie gewohnt übermäßigem Zeitdruck – lektoriert hat. Für die Administration und Verteilung sorgte wie immer Oberstleutnant Wolfgang Gosch.

Wie auch bisher, erscheinen die einzelnen Beiträge unter der Verantwortung der jeweiligen Autoren als Wissenschaftler und repräsentieren daher ausschließlich deren persönliche Einschätzung, nicht aber irgendeine offiziöse Meinung des Ressorts oder der LVAK.

Die Mitarbeiter des ISS wünschen eine spannende Lektüre und gleich auch einen erholsamen Sommer.

*Hofrat Univ.-Doz. Dr. Erwin A. Schmidl
Leiter des Instituts für Strategie und Sicherheitspolitik*

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	1
Inhaltsverzeichnis	2
Sicherheitspolitik in einem postromantischen Zeitalter	4
Isolationismus und US-amerikanische Interessen	4
Chinas strategische Rolle im Windschatten des US-Isolationismus	6
Europas mangelnde strategische Handlungsfähigkeit.....	7
Die westliche Welt	10
Weltmacht USA	10
Eine neue Welt	10
Europa und die EU	16
Zur Zukunft der europäischen Verteidigung.....	16
Präsidenten- und Parlamentswahlen in Frankreich, Parlamentswahlen in den Niederlanden.....	18
Der „Brexit“ – seit 19. Juni wird verhandelt.....	19
Türkei: Das Verfassungsreferendum und die Folgen für die EU-Türkei-Beziehungen.....	21
Die NATO und die transatlantischen Beziehungen	24
„Enhanced Forward Presence“	24
„Tailored Forward Presence“	24
Verteidigungsausgaben steigen.....	25
Kampf gegen den Terror	25
Partner.....	26
Zusammenfassung	26
... und ihre Partner und Herausforderer	28
Russland und der zentralasiatische Raum	28
Ausgangslage für russische Außen- und Sicherheitspolitik	28
Die russische Weltsicht	28
„Post-westliche“ Weltordnung	28
Trumps‘ Russlandaffäre	29
Alles neu unter Trump?.....	29
Annäherung zwischen USA und Russland?.....	30
Sanktionen der US-Regierung.....	30
Sanktionen des US-Senats.....	31
Ausblick	31

Der indo-pazifische Raum	34
Myanmar: Friedensprozess mit Hindernissen	34
Islamismus: steigende Gefahr für Südostasien	35
Südchinesisches Meer: Chinas Dominanz wächst	36
Nordkorea: Schulterchluss von USA und China?	37
Westchina: Ziel des islamistischen Extremismus	38
Subsahara-Afrika	40
Zentralafrikanische Republik	40
Nigeria	40
Mali	41
Südsudan	41
Somalia	42
Dürre und Hungerkrise	42
Lateinamerika	44
Militärausgaben in Lateinamerika gesunken	44
Abzug des brasilianischen UN-Truppenkontingentes aus Haiti	44
Militärische Übungen an der Grenze zwischen Brasilien, Kolumbien und Peru	44
Konstruktion brasilianisch-südafrikanischer Luft-Luft-Lenkwaaffe vor Abschluss	45
Dynamische, aber risikobeladene Erholung der Weltwirtschaft	46
Auseinandersetzungen um globale Handelsbeziehungen	46
Innereuropäische Gegensätze	47
Arbeitseinkommen und Arbeitskräfteverteilung	48
Industriestaaten	49
Österreichische Wirtschaftsentwicklung	51
Wachstumsmärkte, regionale Mächte und Schwellenländer	51
Bildnachweis	54
Autoren	56

Sicherheitspolitik in einem postromantischen Zeitalter

Isolationismus und US-amerikanische Interessen

Die internationale Wahrnehmung der USA als globale Führungsnation ist durch den speziellen Politikstil des neuen US-Präsidenten Donald J. Trump in den vergangenen Monaten etwas in Mitleidenschaft gezogen worden. Dies hat aber natürlich das zentrale Faktum der globalen US-amerikanischen strategischen Überlegenheit nicht verändert. Im Gegensatz zu seinen Vorgängern ist Trump aber grundsätzlich kein Interventionist. Idealistische Zielsetzungen zur Rettung der Welt oder Verbreitung von Demokratie und westlichem Lebensstil, die in den vergangenen Jahren einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet haben, dass die strategischen Flanken Europas im Chaos versinken, sind ihm fremd. Trump hat klargestellt, dass während seiner Präsidentschaft die nationalen Interessen der USA Priorität haben. Dennoch realisierte er in den ersten Monaten seiner Amtszeit eine wesentlich pragmatischere Außen- und Sicherheitspolitik als vielfach befürchtet. So mäßigte er beispielsweise seine Rhetorik gegenüber China und das Freihandelsabkommen NAFTA wollte er bei entsprechender Nachbesserung durchaus in Kraft belassen. Gleichzeitig war jedoch in den letzten Monaten auch zu erkennen, dass die neue US-Administration auch in ihren außenpolitischen Entscheidungen primär die US-amerikanischen Wähler im Auge hat – eben „America first“. Die zentrale Frage der nächsten Jahre wird sein, unter welchen Umständen und zur Durchsetzung welcher Ziele der grundsätzlich isolationistischer als seine Vorgänger positionierte US-Präsident bereit ist, die US-amerikanischen Machtmittel einzusetzen.

Vorerst überwiegt jedenfalls weiterhin das konfrontative Element in der internationalen Sicherheitspolitik. Insbesondere China und Russland sind dabei als Herausforderer der globalen US-Dominanz zu betrachten. US-Präsident Trump geht grundsätzlich davon aus, dass durch eine starke Präsenz der US-Streitkräfte anderen Nationen die globale Führungsrolle der USA klargemacht werde. Generell ist jedoch trotz aller Rhetorik und innenpolitischer Befindlichkeiten, die untenstehend noch detaillierter analysiert werden, ein grundsätzlicheres und pragmatischeres Verständnis nationaler Interessen auch anderer Mächte zu erwarten. Dies könnte gegebenenfalls auch helfen, Konflikte und Krisen zu lösen.

Insbesondere bezüglich Russland positionierte sich Trump im Rahmen des Wahlkampfes durchaus kooperativ. Da seit seinem Wahlsieg jedoch sein Verhältnis zu Russland und das seines Teams permanent hinterfragt bzw. untersucht werden, ist es ihm nicht möglich, diesen pragmatisch-kooperativen Ansatz zu

realisieren. Gleichzeitig forciert der US-Kongress eine anti-russische Politik. Auch diese Problematik wird weiter unten noch detaillierter zu analysieren sein.

Es ist grundsätzlich unwahrscheinlicher, dass sich die vergleichsweise isolationistischere Regierung Trump in regionale Konflikte auf militärischer Ebene mit substanziellen Kräften einmischt. Die Regierung Trump ist aber vermutlich bereit, aggressiver als zuletzt gewohnt, nationale Interessen durchzusetzen. Auch ist zu erwarten, dass unliebsame Herausforderer in ihre Schranken gewiesen werden. Ob die USA in ihrer Eindämmung regionaler Mächte oder feindlicher Staaten und zur Durchsetzung ihrer eigenen Zielsetzungen bereit sind, notfalls auch mit militärischen Mitteln vorzugehen, kann derzeit nicht eindeutig beantwortet werden. Es ist jedoch zu vermuten, dass bei der Verwirklichung fundamentaler nationaler Interessen auch diese Ebene erreichbar ist. Entscheidend wird dabei die Definition eben dieser fundamentalen nationalen Interessen sein.

Im besonderen Fokus steht dabei in den letzten Monaten die koreanische Halbinsel. Trump hat in Bezug auf das nordkoreanische Atomprogramm den Druck zuletzt erhöht. Die US-Regierung schloss dabei auch ein militärisches Vorgehen nicht aus. Nordkorea provozierte seinerseits die internationale Gemeinschaft mit mehreren Raketentests. Derzeit ist Nordkorea in der Lage, mit seinen NODONG-Raketen Japan und mit seinen MUSUDAN-Raketen Guam zu bedrohen. Guam, das nicht inkorporierte Territorium der USA im Pazifischen Ozean mit der dort befindlichen strategisch wichtigen Luftwaffenbasis, ist dabei das Korea am nächsten gelegene US-Gebiet. Die sich weiterentwickelnde Raketentechnologie stellt jedoch aus US-amerikanischer Sicht eine sich verstärkende und zusehends inakzeptable Bedrohung dar. Sollte Nordkorea die Fähigkeit zur Verbringung atomarer Raketen bis an die Grenzen des nordamerikanischen Kontinents erlangen, ist jedenfalls mit einem militärischen Vorgehen der USA zu rechnen.

Das Phänomen Trump

Für besondere politische Irritation sorgen regelmäßig Trumps Brachialrhetorik und dabei insbesondere seine Tweets. Wenn dieses Verhalten des mächtigsten Mannes der Welt auch gewöhnungsbedürftig ist, so wird doch allzu oft übersehen, dass diese Handlungsweise bzw. die getätigten Aussagen primär innenpolitisch bedingt bzw. ausgerichtet sind. Trump befindet sich dabei in einem grundsätzlichen Konflikt mit dem politisch-bürokratischen Establishment und den linksliberal dominierten Medien. Die meisten Massenmedien seines Landes betrachtet er ja als Teil jenes Establishments, das er beseitigen möchte. Daher versucht er offensichtlich mit Twitter und medialer Inszenierung, seine Wähler und Unterstützer direkt zu erreichen. Nur aus diesem

Verständnis ist sein Verhalten zu begreifen. Überdies ist es hilfreich, Trumps Hintergrund und Erfahrungswelt des Immobiliengeschäftes und des Reality-TV in Betracht zu ziehen, wenn man versuchen möchte, seine (politischen) Aussagen zu analysieren und zu begreifen. Es ist einerseits ein Spiel mit den Medien, andererseits permanenter Wahlkampf. Als politischer Beobachter sollte man jedenfalls nicht den Fehler machen, seine Worte zu genau zu nehmen. Es sind nun einmal keine Statements, die von Heerscharen von Redenschreibern abgewogen bzw. überprüft wurden und in denen jedes einzelne Wort eine kalkulierte Bedeutung hat. Bei Trump handelt es sich offensichtlich häufig um eine Art Brainstorming. Trump ist offenbar primär daran interessiert, seine Wähler zufriedenzustellen oder zu belustigen und nicht so sehr diplomatisch optimierte Mitteilungen an die Welt zu senden. Trump hat dies in gewisser Hinsicht selbst auf den Punkt gebracht, als er nach der Kritik an seinem Ausstieg aus dem Pariser Klimaabkommen erklärte: "I was elected by the voters of Pittsburgh, not Paris."



US-Präsident Donald J. Trump

Trumps Kampf gegen das politisch/kulturelle Establishment ist dabei aggressiv, trivial und mehr mit Symbolpolitik als mit Substanz besetzt. Er spricht gleichzeitig in der Sprache des Volkes – ungeschliffen und ungenau. Das gibt ihm Charisma und Glaubwürdigkeit bei seinen Anhängern, während seine Gegner ihm schlussendlich relativ egal sind. Gleichzeitig erfüllt der Tabubrecher inhaltlich zahlreiche seiner Wahlversprechen, was für viele Beobachter offensichtlich eine Überraschung ist. Es ist auch durchaus umstritten, wie erfolgreich dieser permanente Wahlkampf ist. Als erster innenpolitischer Stimmungstest fanden jedenfalls zuletzt Nachwahlen für das Repräsentantenhaus statt. Dabei konnten die Republikaner jedoch wider aller Prognosen alle vier Duelle gegen die Demokraten für sich entscheiden. Wenn diese Wahlen aber eine Abstimmung über Präsident Trump waren, wie dies von Demokraten und zahlreichen (seriösen) Medien im Vorfeld behauptet wurde, dann hätte diese Trump gewonnen. Abseits einer solchen leicht zynischen Beurteilung ist aber natürlich

evident, dass die Beliebtheitswerte von Trump für einen US-Präsidenten historisch niedrig sind.

Strategische Auswirkungen der US-Innenpolitik auf die internationale Ebene

Losgelöst davon, dass sich am momentanen Machtgefüge in Washington ohnehin frühestens mit den Midterm-Elections 2018 etwas Wesentliches verändern könnte, führt die aggressive US-Innenpolitik dazu, dass das internationale Handeln der USA in nicht unbeträchtlicher Weise von innenpolitischen Bedürfnissen und Rahmenbedingungen bestimmt wird. Dies lässt sich beispielhaft an zwei sicherheitspolitisch und strategisch relevanten Ereignissen darstellen: Das erste Beispiel ist der US-Angriff auf den Militärflughafen Shayrat in Syrien Anfang April als Reaktion auf den behaupteten Giftgasangriff in Khan Sheikhoun. Zahlreiche Informationen, die einen solchen Giftgasangriff seitens des syrischen Regimes als extrem unwahrscheinlich erscheinen ließen, wurden von Trump ignoriert und ein Angriff mit Tomahawk-Marschflugkörpern angeordnet. Auch wenn der Angriff auf Grund der zuvor durchgeführten Warnung der russischen Streitkräfte in Syrien keine große Wirkung hatte und somit mehr eine Drohgebärde als eine beabsichtigte massive Schädigung eines Gegners war, ist vor allem der innenpolitische Aspekt dieses militärischen Handelns zu beachten. Trump war offensichtlich bereit, völkerrechtswidrig militärische Maßnahmen zu ergreifen, um in einer innenpolitischen Schwächephase demonstrieren zu können, handlungsfähig und handlungswillig zu sein. Fakten hatten in einem solchen Fall keine Relevanz.

Das zweite Beispiel für die signifikante Abhängigkeit der Außen- und Sicherheitspolitik des mächtigsten Staates der Welt von innenpolitischen Aspekten ist die aktuelle Russland-Politik. Trumps strategischem Interesse einer Aussöhnung mit Russland stehen die innenpolitischen Auseinandersetzungen über die Beziehungen seines Umfeldes zu Russland und die Einmischung Russlands in den US-amerikanischen Wahlkampf gegenüber. Um in dieser Situation keine allzu große Nähe zu Russland zu zeigen, führt Trump somit aus taktischen Gründen die aggressive Anti-Russland-Politik seines Vorgängers fort. Aber auch der US-amerikanische Kongress macht diesbezüglich deutlich, wie innenpolitische Interessen aggressiv in außen- und sicherheitspolitisch relevante Bereiche wirken. So wurde zuletzt vom US-Senat ein Gesetzesvorhaben zur Verschärfung der wirtschaftspolitischen Strafmaßnahmen gegenüber Russland beschlossen. Von besonderem Interesse ist dabei die unmittelbare Einmischung in innereuropäische Fragen zur Energiesicherung; offiziell um den negativen russischen Einfluss auf die europäische Energiesicherheit, auf die Entwicklung des mittel- und osteuropäischen Gasmarktes und die Energiereformen in

der Ukraine einzudämmen, werden auch europäische Firmen, die am Bau der zweiten Röhre der Nord-Stream-Gaspipeline durch die Ostsee beteiligt sind, mit Strafen bedroht. Auf diese Art und Weise wollen die US-Senatoren die Liefersicherheit des durch Pipelines gelieferten russischen Gases in die EU nachhaltig stören und den europäischen Markt für US-amerikanische Wirtschaftsinteressen öffnen. Der US-Senat verhehlt dabei in seinem, mit den Stimmen fast aller Republikaner und Demokraten gefällten Beschluss auch gar nicht, dass er damit die Lieferung des beim Fracking anfallenden und am eigenen Markt nicht benötigten Flüssiggases auf den europäischen Markt sicherstellen will. Nord-Stream 2 soll jedoch die Versorgungssicherheit Europas mit russischem Erdgas durch die Umgehung klassischer, aber unsicherer Transitländer erhöhen. Die US-Senatoren mischen sich mittels angedrohter Strafmaßnahmen nicht nur in Fragen der europäischen Energie-Versorgungssicherheit, sondern auch unmittelbar in die diesbezüglichen innereuropäischen Auseinandersetzungen ein. Dies scheint jedoch für diesen angeblich vergleichsweise seriösen Teil der US-amerikanischen Politiklandschaft nicht von Relevanz zu sein. Darüber hinaus soll die Gesetzesinitiative der Senatoren auch die Möglichkeiten Trumps bezüglich einer kooperativen Russlandpolitik beschränken. Dazu sieht das Gesetzesvorhaben vor, dass jeder Aufweichung oder Abschaffung von Sanktionen gegen Russland der US-Kongress zustimmen müsste.

Wenn auch schon in der Vergangenheit immer wieder innenpolitische Befindlichkeiten und Auseinandersetzungen in den USA das strategische Handeln dominiert haben, muss aktuell wohl ganz besonders dieser Aspekt beobachtet und beachtet werden.

Chinas strategische Rolle im Windschatten des US-Isolationismus

Das Chinesische Meer

China hat auch in den vergangenen Monaten den Ausbau logistischer und militärisch nutzbarer Stützpunkte im südchinesischen Meer weiter fortgeführt. Auch hat es nunmehr schon routinemäßig größere Militärmanöver im Raum abgehalten. Dennoch fühlt es sich gegenwärtig noch nicht stark genug, seine (regionalen und territorialen) Interessen auch militärisch durchzusetzen. Es baut deshalb seine militärischen Kapazitäten parallel zu seinem Wirtschaftswachstum sukzessive weiter aus. China benötigt aus seiner Sicht die strategische Tiefe zum Schutz des eigenen Hauptlandes sowie die Möglichkeit zur Sicherung der vorgelagerten Meerengen, über welche die Masse der chinesischen Importe und Exporte transportiert wird. Die Beherrschung der Straßen von Malakka und Formosa ermöglicht China in diesem Raum,

notfalls mit eigenen Kräften wirksam zu werden, um eine Sperre dieser Seestrassen verhindern zu können. China wird daher versuchen, in den nächsten Jahrzehnten die militärische Dominanz im Westlichen Pazifik zu erreichen, den US-Streitkräften vorerst die ungehinderte Nutzung des Raumes zu verwehren und langfristig aus diesem zu verdrängen. Es wird interessant zu beobachten sein, ob Trump China diese regionale Rolle zubilligen wird. Bisher hat sich der US-Präsident ja primär auf wirtschaftlicher Ebene mit China beschäftigt. Sein Treffen mit dem chinesischen Staatspräsidenten Xi Jinping verlief zuletzt auch durchaus harmonisch.

Die Neue Seidenstrasse

Parallel zu seinen Ambitionen im Chinesischen Meer treibt China den Ausbau der Neuen Seidenstrasse weiter voran. Ergänzend zur Machtpositionierung im eigenen maritimen Vorfeld baut China auch seine strategischen Verknüpfungen zu den Staaten entlang seiner strategischen Logistikrouten weiter aus. Dabei versucht es, die Versorgungswege von und nach China nicht nur auszubauen, sondern auch zu diversifizieren. Eine spezielle Rolle kommt dabei unter anderem auch Pakistan zu. Der China-Pakistan-Economic-Corridor (CPEC) ist nicht nur eine Alternativroute zur Umgehung der Seestrasse vom Malakka, sondern ermöglicht überdies die wirtschaftliche Entwicklung des bisher eher unterentwickelten uigurischen Autonomen Gebietes Xinjiang.



Die Korridore der Neuen Seidenstrasse

Auch nach Afrika erstreckt sich eine Teilstrecke der maritimen Seidenstraße. Dabei konnte zuletzt eine von China mitfinanzierte und erbaute Eisenbahnstrecke zwischen der Hafenstadt Mombasa mit der Hauptstadt Nairobi eröffnet werden. Die neue fast 500 Kilometer lange und etwa 3,4 Mrd. Euro teure Strecke ist Teil eines geplanten Bahnnetzes, das die Nachbarländer Uganda, Ruanda und Südsudan mit Mombasa verbinden wird. Daran ist nur beispielhaft die strategische Wahrnehmung Afrikas als potenziellen Markt mit wirtschaftlichen Chancen durch China erkennbar. Daher

ist China auch auf wirtschaftspolitischer Ebene als zentraler strategischer Investor in Afrika tätig.

Wirtschaftsbeziehungen und Diplomatie

Der Ausstieg der USA aus dem transpazifischen Freihandelsabkommen TPP gibt China auch wieder die Möglichkeit, die Regional Comprehensive Economic Partnership (RCEP) zu forcieren. Durch den Abschluss dieser alternativen Vereinbarungen könnte nunmehr China vom US-amerikanischen Protektionismus bzw. Isolationismus profitieren. Durch die RCEP soll eine Freihandelsvereinbarung zwischen den zehn ASEAN-Staaten, China, Australien, Neuseeland, Indien, Japan und Südkorea geschaffen werden.

Sowohl auf der Wirtschafts- als auch auf der Klima-Front forcierte China zuletzt auch seine diplomatischen Bemühungen gegenüber Europa. Bereits beim Weltwirtschaftsgipfel in Davos im Jänner dieses Jahres hat Staatspräsident Xi Jinping Europa eine stärkere Zusammenarbeit angeboten. Nach dem Ausstieg der USA aus dem Pariser Übereinkommen bot China der EU an, gemeinsam Klimaschutz und Freihandel zu verteidigen – eine potenzielle strategische Partnerschaft in Folge des zunehmenden US-Isolationismus.

Europas mangelnde strategische Handlungsfähigkeit

Trotz des pro-europäischen Ausgangs der niederländischen Parlaments- sowie der französischen Präsidenten- und Parlamentswahlen ist weiterhin keine strategische Handlungsfähigkeit der EU zu erkennen. Ob sich dies nach den noch ausstehenden Parlamentswahlen in Deutschland (und Österreich) ändern wird, darf bezweifelt werden. Die europäische Politik wird neben den beginnenden Brexit-Verhandlungen von den Nicht-Handlungen in der Migrationskrise und den unterschiedlichen Vorstellungen über eine gemeinsame europäische Flüchtlingspolitik dominiert. Neben innerstaatlichen Polarisierungen ist auch die Entfremdung zwischen einzelnen Nationalstaaten und den europäischen Institutionen unübersehbar. Wenn es der EU aber nicht gelingt, einheitliche Positionen zu Asyl und Einwanderung zu finden, wird es zu weiteren Renationalisierungen kommen. Für den europäischen Einigungsgedanken hat das entsprechend negative Konsequenzen.

Der Brexit und die Zukunft der GSVP

Einig waren sich EU-Staaten und Kommission zuletzt vor allem über die harten Bedingungen gegenüber Großbritannien in den Brexit-Verhandlungen. Dies trägt

die Gefahr einer grundsätzlichen und nachhaltigen Auseinanderentwicklung Festlandeuropas und Großbritannien in sich. Auf sicherheits- und verteidigungspolitischer Ebene würde dies innerhalb eines noch schwächeren Europas zu einer Stärkung Frankreichs führen, das einer Stärkung der GSVP sehr positiv gegenübersteht. Potenziell ergibt sich daraus aber auch die Option, dass neben der traditionell aktiven angloamerikanischen Gruppe auch Festlandeuropa und damit die EU sicherheitspolitisch mehr Eigenverantwortung übernehmen könnten. Dabei handelt es sich jedoch um eine sehr spekulative Überlegung. Denn bisher waren die meisten europäischen Staaten trotz zunehmender sicherheitspolitischer und strategischer Problemstellungen an der europäischen Peripherie sowie den Versuchen der USA, die eigene Rolle (vor allem aber den entsprechenden Aufwand) zu reduzieren, nicht bereit, relevante militärische Aufgaben zu übernehmen. Abgesehen von der bisher kaum zu erkennenden Bereitschaft zu einer echten und ernsthaften gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik sind auch die finanziellen Hürden hoch. Die durchschnittlichen Verteidigungsbudgets der europäischen Staaten sind in den vergangenen Jahren auf unter 1,5 Prozent des BIP gefallen. Die zuletzt wieder leicht steigenden Verteidigungsbudgets liegen nur knapp über dem BIP-Wachstum und werden zu keiner (raschen) Verbesserung der monetären Lage führen. Vor diesem Hintergrund veröffentlichte die Europäische Kommission Anfang Juni ein Reflexionspapier über die Zukunft der europäischen Verteidigung. Eine detaillierte Analyse dieses Dokumentes findet sich im Kapitel „Europa und die EU“. Vorerst und abgesehen von theoretischen Überlegungen nimmt die EU jedoch weiterhin nur im unmittelbaren europäischen Raum eine strategisch relevante Rolle ein. Eine bedeutungsvolle Projektionsfähigkeit ist hingegen auch in den unmittelbar an sie grenzenden Konfliktträumen im Süden und Osten kaum erkennbar.

Europas Dauermigrationskrise

Neben den begrenzten Fähigkeiten mangelt es diesbezüglich primär am sicherheitspolitischen Willen. Weiterhin ist dies besonders nachhaltig in der Migrationspolitik bzw. Dauermigrationskrise erkennbar. Die Tatsache, dass sowohl die EU als auch die meisten europäischen Nationalstaaten keine Einwanderungspolitik definiert und diese überdies zumindest in Teilen mit ihrer Asylpolitik vermenget haben, ist ein zentrales Element für die erodierende Stabilität Europas bzw. die Zunahme der Zentrifugalkräfte in der EU. Exemplarisch dafür ist die Lage im südlichen Mittelmeer. Im Jahr 2016 sind etwa 180.000 Migranten über die Fluchtroute Nordafrika-Italien nach Europa gekommen. 5.000 Menschen sind in

diesem Zeitraum bei ihrem Fluchtversuch ertrunken. 2017 werden über diese Route vermutlich über 200.000 Migranten illegal nach Italien einreisen und es werden vermutlich noch mehr Menschen dabei zu Tode kommen. Symptomatisch für die Sicherheits- und Migrationspolitik der EU ist dabei weiterhin die Operation SOPHIA. Die multinationale maritime EU-Mission sollte im südlichen zentralen Mittelmeer zwischen europäischer und tunesisch/libyscher Küste den Menschensmuggel im Allgemeinen und Schlepper und deren Infrastruktur im Speziellen bekämpfen. Nichts davon ist jedoch bisher geschehen. Gemeinsam mit NGOs werden vielmehr nur Migranten an der libyschen Seegrenze aufgenommen und nach Italien gebracht. Wie bereits mehrfach an dieser Stelle festgehalten, wird damit real den Schleppern das Geschäft nur erleichtert und verbilligt.



Politische Zielsetzung als Graffiti

Faktisch wirken die NGOs – aber natürlich auch die Operation SOPHIA selbst – dabei als Pull-Faktor, wie zuletzt ja mehrfach kritisiert wurde. Es ist unschwer zu erkennen, dass die meisten NGOs zur Durchsetzung ihrer ideologischen Zielsetzung einer grenzenlosen Welt Seerecht und Genfer Flüchtlingskonvention missbrauchen. Dennoch kann nicht ernsthaft erwartet werden, dass diese ihre Tätigkeit einstellen, wenn sich nicht gleichzeitig die verantwortlichen europäischen und nationalen Regierungen darauf einigen, wirksam gegen illegale Migration vorzugehen. Solange nicht sichergestellt ist, dass illegale Migranten garantiert nicht in Europa aufgenommen werden, werden diese auch unter Inkaufnahme des Risikos von Vergewaltigung, Folter, Versklavung und Tod weiterhin nach Europa aufbrechen. Zwangsmaßnahmen wider den illegalen Migrationsstrom sind die einzige Möglichkeit, Flüchtlinge vor oben beschriebenen Gefahren fernzuhalten. Jede erfolgreiche illegale Immigration nach Europa führt über die Informationsweitergabe an die Heimat zur Auslösung weiterer Wanderungsbewegungen. Die Erwartung des ökonomischen Paradieses in Europa wird Menschen

auch weiter dazu antreiben, alle Gefahren auf sich zu nehmen. Je sicherer die Migration wird, desto mehr Menschen werden sich auf den Weg machen. Da es wohl keine Lösung sein kann, in zynischer und menschenverachtender Weise die Sicherheit im Rahmen dieser Fluchtbewegungen zu verringern, kann nur eine konsequente Verweigerung der Aufnahme illegaler Migranten dieses menschenverachtende Geschäft stoppen. Das von der EU gepriesene Konzept der Relocation ist dabei jedoch der falsche politische Ansatz. Faktisch dient sie nur dazu, die Inkompetenz im Grenzschutz zu verbergen bzw. die Zielsetzungen der No-Borders-Anhänger zu verwirklichen. Relocation ist jedoch keine Lösung, um die aktuelle Bevölkerungsverschiebung bzw. Völkerwanderung zu beenden.

Die dargestellte Entscheidungs- und Handlungsschwäche hat jedoch über die zumeist tragischen Einzelschicksale und Überforderung nationaler Behörden hinaus auch massive Auswirkungen auf Europa als Ganzes. Auf politisch-strategischer Ebene führen mangelnde Perspektiven, die fehlende bzw. nicht vorhandene Einwanderungspolitik sowie die Verweigerung der Rechtsdurchsetzung an den Außengrenzen zu einer nachhaltigen inneren Destabilisierung und äußeren Handlungsunfähigkeit Europas.

Die westliche Welt ...

Weltmacht USA

Eine neue Welt

Heutzutage Kolumnist für die Politik des Weißen Hauses zu sein, fällt schwer. Das geht nicht nur dem Autor des hier vorliegenden Artikels so. Die Welt der Politik in Washington scheint seit dem Amtsantritt von Donald Trump um zumindest eine Facette reicher geworden zu sein: Um die des Surrealen.

Selbst hartgesottene Journalisten, die es gewohnt sind, sich in der politischen Schlangengrube der US-amerikanischen Hauptstadt zu bewegen wie eben selbige, befinden sich – nach 4 Monaten Administration Trump - noch immer in einer Lernphase: Fast täglich werden sie mit neuen, vorher unbekanntem, ja im Grunde für völlig unmöglich gehaltenen Situationen konfrontiert, wenn es um die Befindlichkeiten des neuen mächtigsten Mannes der Welt geht.

Es war David Brooks von der „New York Times“, der Mitte Mai dieses Jahres allen bisherigen tiefenpsychologischen Deutungsversuchen des Charakters des US-Präsidenten den Wind aus den Segeln nahm, indem er Donald Trump in seinem vielbeachteten Artikel „*When the World is Led by a Child*“ schlichtweg als infantilen Erwachsenen mit der Aufmerksamkeitsspanne eines Siebenjährigen darstellte.

Die Welt eines Siebenjährigen ist für den (erwachsenen) Außenstehenden indes nicht weniger komplex zu begreifen, wie jene eines Erwachsenen. Für den Siebenjährigen selbst scheint dagegen alles ganz einfach: Abhängig von seiner jeweiligen Stimmung lässt er seinen Emotionen freien Lauf. Was aber vielleicht für eine Sitzung beim Psychotherapeuten unseres Vertrauens von Vorteil wäre, ist auf dem Parkett, auf dem sich ein US-Präsident normalerweise tagein-tagaus bewegt, ein selten förderliches Verhaltensmuster.

Bislang waren hohe und höchste politische Ämter in Demokratien westlicher Prägung vor allem eines: Ein enges politisches Korsett für deren Träger. Und wie das mit Korsetts nun Mal so ist, war der reale (politische) Spielraum, den diese boten, im Grunde verschwindend gering.

Donald Trump hatte schon im Wahlkampf wiederholt durchblicken lassen, dass er sich auch von diesem Korsett nicht würde abhalten lassen, seine teilweise abstrusen Ideen nach seiner Wahl auch umzusetzen. Ob vielleicht gerade diese Einstellung Grund genug für viele US-(Wut)Bürger war, Trump letztlich eine Chance zu geben, bleibt dahingestellt. Das *Bashing* des politischen Establishments hat ja gerade in den letzten Jahren - nicht

nur in den USA - an Intensität zugenommen. Schaut man sich etwa die Wahlen in Frankreich an, so scheint sich möglicherweise auch international ein Trend weg von den Altparteien und hin zu politischen Quereinsteigern, zu (parteilosen) Persönlichkeiten, zu entwickeln. Und Quereinsteiger besitzen naturgemäß einen großen politischen Vorteil, wenn es um das besagte Establishment-Bashing geht: Sie haben in der Regel keine politische Vergangenheit. Und das macht sie für viele attraktiv.

Auch Donald Trump ist ein Quereinsteiger. Und wird nicht müde, zu behaupten, er gehöre selbstverständlich nicht zum Establishment, im Gegenteil.



Das US-Magazin „Forbes“ stellte sich in seiner März-Special-Edition unter dem Titel „*Doubting the Donald*“ die Frage: Wie reich ist der US-Präsident wirklich?

Eckehard Lose, seines Zeichens politischer Korrespondent der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ)“ in Berlin, hat im Januar dieses Jahres in einem seiner Kommentare den Establishment-Begriff einmal als „*Vorschlaghammer der Populisten*“ bezeichnet. Obwohl Donald Trump schon vor der Wahl jedem US-Amerikaner als Inbegriff des prahlerischen Umgangs mit Reichtum bekannt war, gestatteten sie ihm, diesen „*Vorschlaghammer*“ ungestraft zu benutzen, wann immer es ihm gefiel. Wir müssen uns letztendlich jenseits des großen Teichs unwillkürlich die Frage stellen, wie verhasst ein politisches System (eben jenes „Establishment“) denn sein muss, wenn die Wählerschaft

solche Vorgangsweisen populistischer Herausforderer ungestraft und wider besseres Wissens toleriert?

US-Rüstung: Hitting a Bullet With a Bullet

Am 31. Mai testeten die USA zum wiederholten Mal das Abfangen einer Interkontinentalrakete durch ihr *Ground-Based Midcourse Defense-System (GMD)*. Die anfliegende Rakete wurde auf einer der Marshall-Inseln im Pazifik abgefeuert und von einer bodengestützten Abfangrakete des US-Stützpunktes Vandenberg (Kalifornien) aus abgeschossen. *Jim Syring*, seines Zeichens Direktor der Raketenabwehr-Agentur (MDA) kommentierte:

„Der Abschuss einer komplexen, wirklichkeitsnahen Interkontinental-Rakete ist ein unglaublicher Erfolg unseres Abwehrsystems und ein wichtiger Meilenstein für dieses Programm“

Wie der Sprecher der US-Raketenabwehr, *Christopher Johnson*, betonte, handelte es sich bei der Übung um eine wesentlich schnellere Rakete, als bei vergangenen Tests. Der letzte Test war 2014 durchgeführt worden. Damals handelte es sich um eine Simulation mit einer Mittelstreckenrakete geringerer Geschwindigkeit. Auch dieser Test war erfolgreich verlaufen. In einem nächsten Versuch werde es sich dann um einen Test mit einer tatsächlichen Interkontinentalrakete unter Einsatzbedingungen handeln, ließ Johnson verlautbaren.

Mit diesen Tests reagierten die USA ganz offensichtlich auf die wiederholten Raketentests Nordkoreas der letzten Monate. Trotz weltweiter Proteste und dem Verbot solcher Tests durch die Resolution 1874 des UN-Sicherheitsrates hat Nordkorea nach eigenen Angaben seit 2006 nicht weniger als fünf Atomwaffentests durchgeführt.



Ground-Based Midcourse Defense Systems (GMD)

Ein Mann, der von seinem Vater nach Abschluss seines Studiums 2.000.000 US\$ (heutiger Wert ca. 15 Millionen

US\$) als „Starthilfe“ bekommt, um dann zu behaupten, er habe nie eben diesem „Establishment“ angehört, hat tatsächlich ein Wahrnehmungsproblem. Drei Jahre später, 1971, übernahm der erst 25-Jährige bereits das 300 Millionen US\$-schwere Geschäft seiner Eltern (Wert 2017: ca. 1,8 Milliarden US\$). Heute wird das Vermögen Trumps vom US-Wirtschaftsmagazin „Forbes“ auf etwa 3,5 Milliarden US\$ geschätzt. Trump selber behauptet übrigens steif und fest, über mehr als 10 Milliarden US\$ zu verfügen. Und genau hier sind wir bei einem von Trumps größten Problemen angekommen: Seinem Verhältnis zur Wahrheit.

Wenn einer eine Reise tut...

Donald Trumps erste Auslandsreise als 45. Präsident der Vereinigten Staaten führte ihn zuerst nach Saudi-Arabien, dann nach Israel, zu Papst Franziskus, zum NATO-Treffen nach Brüssel und schließlich zum Treffen der G7 nach Taormina auf Sizilien.

Tausendundein Dollar...

Das erste Ziel seiner 9-tägigen Auslandsreise war Riad. Eingedenk seiner im langen US-Wahlkampf unablässig verlautbarten islamfeindlichen Attacken oder etwa seiner zahlreichen entlarvenden Fauxpas bezüglich islamischer US-Bürger konnte man gespannt sein, wie sich Trump im streng-sunnitisch ausgerichteten autoritären Königreich verhalten würde. Darüber hinaus ist sein geplanter und mehrfach durch US-Gerichte ausgesetzter Einreisestopp für Bürger aus sechs islamischen Staaten weiterhin eines der Hauptthemen der US-Innenpolitik.

Wie ein Klischee aus Tausendundeiner Nacht präsentierte sich dann das saudische Königshaus, um den prominenten Gast zu empfangen. Trump war augenscheinlich ganz in seinem Element, fühlte sich sichtlich wohl, genoss die Darbietungen und Auszeichnungen des Königshauses.

Und die von Trump von seinem eigenen Team mit Bauchweh erwartete Grundsatzrede vor zahlreichen islamischen Staatschefs zum Islam? Alle Aufregung umsonst, wieder einmal erwies sich der US-Präsident als Meister des Adenauer-Zitats: Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern? Eine „Botschaft der Freude, der Hoffnung und der Liebe“ bringe er mit, so Big Donald. Die USA wollten den islamischen Staaten ein Partner sein.

Allen islamischen Staaten? Nun, so weit ging Trumps Liebe nun auch wieder nicht. Der böse Bube der Region war schnell gefunden und in der Gestalt des Iran natürlich Wasser auf den Mühlen der saudischen Machthaber. Der Kampf gegen den Terror sei ein Kampf zwischen „Gut und Böse“, so der US-Präsident. Trump forderte darüber hinaus die anwesenden Regierungschefs auf, gemeinsam mit den USA gegen den Terror zu kämpfen und keinen Extremisten mehr Unterschlupf zu

gewähren. „Vertreibt sie!“, forderte der US-Präsident von den muslimischen Regierungschefs.

Neben den politischen Beratungen wurde auch eine Reihe von bilateralen Wirtschaftsabkommen geschlossen.

Nach seinem Besuch bei den Saudis twitterte der Präsident:

“Just arrived in Italy for the G7. Trip has been very successful. We made and saved the USA many billions of dollars and millions of jobs.”

Millionen Arbeitsplätze wurden also für die USA durch den Einsatz des Donald Trump in Saudi Arabien gerettet. Diese Information ist es wert, etwas genauer unter die Lupe genommen zu werden.

Ein Rüstungsgeschäft in der Höhe von 110 Milliarden US\$ ist das Kernstück der Verträge. Die Saudis bestellten in den USA u.a. gepanzerte Fahrzeuge, Raketen, Munition, Küstenwachtschiffe und das Raketenabwehrsystem THAAD. Teile dieser Rüstung werden in Saudi Arabien gefertigt werden, um die regionale Rüstungsindustrie zu stärken. Darüber hinaus wurden mehrere andere Abkommen geschlossen, die „möglicherweise“ ein Volumen von bis zu 200 Milliarden US\$ erreichen könnten, so saudi-arabische Wirtschaftsfachleute. Donald Trump nahm diese Zahlen sogleich zum Anlass, generös etwas aufzurunden:

„[...] we signed historic agreements with the Kingdom that will invest almost \$400 billion in our two countries and create many thousands of jobs in America and Saudi Arabia. [...]“

Da waren sie also, die Jobs. Aber es waren „Tausende“ und nicht „Millionen“, wie von Trump nur wenig später getwittert. Doch es kam noch dicker: Auf Nachfrage der „*Washington Post*“ bei den entsprechenden Konzernen war auf einmal keine Rede mehr davon, dass überhaupt Jobs gerettet oder gar geschaffen werden würden. Diese Jobs existierten nur in der Vorstellungswelt des Donald Trump. Die einzigen Jobs, die durch diese Deals sicher geschaffen werden werden, befinden sich in Saudi Arabien.

Überhaupt sind viele der genannten Verträge laut „*Washington Post*“ noch längst keine ebensolchen, sondern Vorverträge bzw. Absichtserklärungen, die noch der speziellen Ausarbeitung bedürfen.

Auf diese Umstände angesprochen, meinte ein Sprecher des Weißen Hauses, der Präsident habe sich wohl auf die gesamte Reise inklusive der G7-Beratungen beziehen wollen. Um es kurz zu machen: Im weiteren Verlauf der Reise wurden keine weiteren wirtschaftlichen Abkommen geschlossen, schon gar nicht auf dem G7-Gipfel.

Die „*Washington Post*“ vergab dem US-Präsidenten für diese seine prahlerische Job-Mathematik 4 von 4 möglichen „Pinoccios“ (mit dem Zusatz-Ranking: „*whoppers*“, was so viel bedeutet wie: „*an extravagant or monstrous lie*“).

Blöd gelaufen.

Gute Freunde

Der eintägige Staatsbesuch in Israel, der dem Aufenthalt in Riad folgte, war von gegenseitigen Sympathiebezeugungen gekennzeichnet. Der israelische Premier Netanjahu hieß Trump schon am Flughafen als „guten Freund“ willkommen. Auch der Rüstungsdeal mit Saudi Arabien war bald vergessen, war er doch gegen die „Aggression des Iran“ abgeschlossen worden und damit auch für Israelis zumindest nachvollziehbar. Der gemeinsame Feind Iran beherrschte schließlich auch die außenpolitische Agenda.

Trump besuchte im Rahmen seines Kurzbesuchs als erster US-Präsident die Klagemauer in Jerusalem und notierte wenig später ins honorable Gästebuch der Holocaust-Gedenkstätte von *Yad Vashem* ein kurzes „so amazing“. Ein Wort wie „fantastisch“ für eine solche Gedenkstätte zu verwenden, stieß weltweit auf ungläubiges Kopfschütteln. Ist aber erklärbar. Noch vor einem Jahr hatte Trump getwittert:

„It is amazing how often I am right, only to be criticized by the media.“

Na also. Trump findet sich selbst auch „*amazing*“. *Yad Vashem* kann sich wirklich glücklich schätzen, so tituiert worden zu sein....

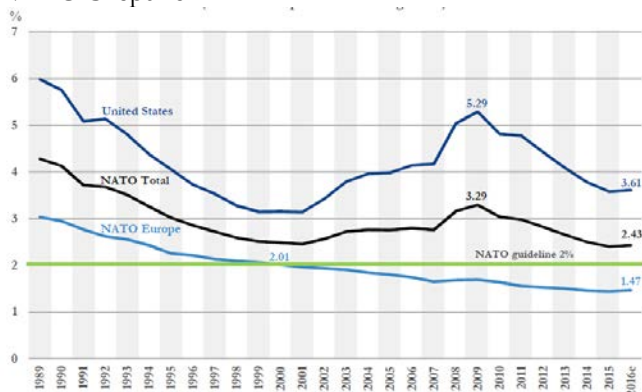
Trump sprach sowohl mit Israels Premier Benjamin Netanjahu als auch mit Palästinenserpräsident Mahmud Abbas über zukünftige Friedenschancen für den Nahen Osten. Es blieb jedoch bei unverbindlichen Absichtserklärungen beider Seiten, Frieden zu wollen. Wie dieser jedoch zu bewerkstelligen sein werde, wurde nicht angesprochen. Genauso wenig wie übrigens ein ultimativer Stopp israelischer Siedlungen im Westjordanland oder das Thema einer für Israel politisch-propagandistisch wichtigen Verlegung der US-Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem.

Fazit der Reise: Ein Besuch bei guten Freunden.

Trump bei der NATO

Nach seiner Reise nach Israel und einer anschließenden Audienz bei Papst Franziskus ging es weiter nach Brüssel ins NATO-Hauptquartier. Dieser seit langem mit Spannung erwartete Besuch des US-Präsidenten mündete sehr bald in eine Katastrophe für das westliche Verteidigungsbündnis. Trump, der bis in den April dieses Jahres hinein die NATO und deren Zweck des Öfteren bereits als „*obsolete*“ bezeichnet hatte, stellte nicht das Einigende, sondern das Trennende in den Focus seiner von vielen mit Besorgnis erwarteten Rede: Mit keinem Wort wurde beispielsweise der so essentielle „Artikel 5“ des Nordatlantikpaktes erwähnt. Dieser besagt bekanntlich, dass ein Angriff auf ein NATO-Mitglied einem Angriff auf die gesamte NATO gleichzusetzen ist – ganz im Sinne des kollektiven Verteidigungsgedankens. Jeder US-Präsident seit Harry S. Truman hatte diesen Gedanken bei seiner ersten Rede im NATO-

Hauptquartier bislang in den Mittelpunkt gestellt. Nicht so Donald Trump. Gegen den ausdrücklichen Rat seiner beiden wichtigsten Minister, Außenminister *Rex Tillerson* und Verteidigungsminister *Jim Mattis*, strich Trump den Artikel 5 aus seiner Rede und folgte somit lieber der Linie seiner umstrittenen persönlichen Berater *Steve Bannon* bzw. *Steven Miller*, beide glühende Anti-Globalisten und NATO-Skeptiker.



Verteidigungsausgaben als prozentueller BIP-Anteil: Realität versus 2-prozentiges NATO-Budgetziel

Was Trump bei seiner Grundsatzrede in den Mittelpunkt stellte, war das seit langem vereinbarte Ziel der europäischen Mitglieder, für die gemeinsame Verteidigung Europas zumindest 2% ihres BIP auszugeben. Nun hat Trump sicherlich Recht, wenn er einmal eingegangene europäische Bekenntnisse zur Erhöhung der Verteidigungsanstrengungen auch einfordert und umgesetzt sehen will. Damit sieht er sich in einer langen Reihe von US-Präsidenten, die genau das seit Jahrzehnten einmahnen. Tatsache ist, dass die Vereinigten Staaten momentan ca. 3,6% ihres BIP in die Verteidigung investieren – die meisten europäischen Staaten erreichen hingegen nicht einmal 1,5%. Dass Trump gerade bei seinem „Antrittsbesuch“ in Brüssel dieses Missverhältnis jedoch zum zentralen (und scheinbar einzigem) Anliegen an das gemeinsame Verteidigungsbündnis machte – und mit welchem elefantenartigem „Trumpeln“ er dies tat – war für die anderen Mitgliedstaaten schlicht schockierend und degradierte das weltweit aktive Bündnis zu einem reinen „Deal“ – übrigens eines der Lieblingswörter des neuen US-Präsidenten.

Bezeichnend dann die von zahlreichen internationalen Fernsichtteams festgehaltene Szene, in der sich Trump für das gemeinsame Foto der Regierungschefs geradezu mit Gewalt in den Vordergrund drängelt und dabei Montenegros Premierminister Dusko Markovic quasi wie ein wildgewordener Bulldozer beiseiteschiebt, um sich – endlich in der ersten Reihe angekommen – sofort in Pose zu stellen. Peinliches Detail am Rande: Das kleine Montenegro ist genau jenes Land, das nur wenig später am 5. Juni als 29. und bislang jüngstes Mitglied in die NATO aufgenommen wurde.

G7-Gipfel in Taormina

Der Gipfel im sizilianischen Taormina wird wohl als jene G7-Konferenz in die Nachkriegsgeschichte eingehen, die selbst jenen, die bis dato noch gehofft hatten, alles werde wohl halb so schlimm werden, glasklar vor Augen führte, daß, wie schon der derzeitige Literaturnobelpreisträger Bob Dylan vor langer Zeit sang, *The Times, They Are A-Changin'*.

Die Zeiten ändern sich, fürwahr. Nicht nur für die Vereinigten Staaten selbst. Auch – und gerade jetzt in besonderem Ausmaße – für ihre Alliierten. Der G7-Gipfel in Süditalien ließ zahllose Bruchstellen zwischen Donald J. Trump und wie er die Welt sieht – und dem Rest der industrialisierten Welt zu Tage treten. Es muss für die anwesenden Staatschefs erschreckend und ernüchternd zugleich gewesen sein, feststellen zu müssen, wie der Wechsel einer einzigen Person an der Spitze einer Führungsmacht mit einem Schlag die Arbeit von Jahren zunichte zu machen vermag.

Gastgeber Italien hatte den Tagungsort auf Sizilien sicherlich mit Bedacht gewählt. Schon im Vorfeld des Gipfels war es klar, dass der italienische Regierungschef Paolo Gentiloni die Flüchtlingsproblematik zentral behandelt wissen wollte. Der italienischen Regierung schwebte eine gemeinsame Absichtserklärung zur besseren Bewältigung der Migrationsströme vor. Allein vor der sizilianischen Küste sind seit Jahresbeginn ca. 1.400 Flüchtlinge aus Nordafrika ertrunken.

Ein weiterer italienischer Schwerpunkt war internationale Entwicklungszusammenarbeit und weltweite Ernährungssicherheit. Daneben standen die Klimakonferenz von Paris und – damit zusammenhängend – eine gemeinsame Erklärung zum Klimaschutz auf der Agenda. Gerade die deutsche Bundeskanzlerin versuchte bis zuletzt, Trump von der Wichtigkeit des Klimaschutzes und der von den USA in Gestalt von Barack Obama Ende 2015 unterzeichneten Vereinbarung zu überzeugen. Vergeblich.

Angela Merkel u.a. über das Verhältnis zur USA nach dem G7-Desaster von Taormina: [...] *Die Zeiten, in denen wir uns auf andere völlig verlassen konnten, sind ein Stück vorbei. Das habe ich in den letzten Tagen erlebt. Und deshalb kann ich nur sagen: Wir Europäer müssen unser Schicksal wirklich in unsere eigene Hand nehmen!* [...]

Keine der hier beschriebenen Agenden wurden von Donald Trump unterstützt oder führten gar zu einer gemeinsamen Erklärung. Lediglich in der Bewertung des aktuellen Terrors fand man eine gemeinsame Sprache: Von den Internetfirmen und sozialen Medien wurde gefordert, „ihre Bemühungen gegen terroristische Inhalte bedeutend [zu] steigern“, das Internet dürfe in Zukunft keine

Plattform zur Verbreitung „islamistisch terroristischer Inhalte“ mehr sein. Auch den aus den Krisengebieten zurückkehrenden westlichen IS-Kämpfern sagte man den Kampf an.

Das war's dann aber schon mit den Gemeinsamkeiten von Taormina. Die wirklich geplanten Themata – Migration und Klimaschutz – wurden von den USA blockiert, es kam zu keinen weiteren Erklärungen. Lediglich in der Frage des (von Trump selbst im Wahlkampf immer wieder ins Spiel gebrachten) Protektionismus konnte man dem US-Präsidenten zumindest ein offizielles Bekenntnis zu offenen Märkten abringen. Mit diesem beschämenden Minimalkonsens scheint (momentan) zumindest ein Handelskrieg zwischen den USA und Europa vom Tisch. Merkel abschließend zweckoptimistisch:

"Wir werden gemeinsam unsere Märkte offenhalten und gegen Protektionismus vorgehen, gleichzeitig aber auch dafür Sorge tragen, dass unfaire Handelspraktiken intensiv bekämpft werden."

Das alles konnte aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Ergebnis von Taormina vor allem eins bedeutete: Eine (frei gewählte) Isolation der USA.

Trump und das Klima

Noch in Taormina hatte Donald Trump alle übrigen Vertreter der wichtigsten westlichen Industriestaaten mit der monotonen Wiederholung seiner Ankündigung, er werde die ultimative Entscheidung in Kürze treffen, blockiert. Auf Twitter zwitscherte der US-Präsident am 27. Mai:

„I will make my final decision on the Paris Accord next week!“

Man fragt sich unwillkürlich, ob Trump diese zusätzliche Woche Meinungsbildung in Taormina wirklich benötigte, oder ob er dies lediglich wegen seines groß-geplanten eigenen „Solo-Auftrittes“ tat. Bereits am 1. Juni, also nur 5 Tage später, war er sich nämlich bereits sicher: In einer groß angelegten Pressekonferenz im Rosengarten vor dem Weißen Haus verkündete der 45. Präsident der Vereinigten Staaten den Ausstieg aus dem Klimavertrag von Paris.

„Als jemand, dem die Umwelt sehr am Herzen liegt, kann ich nicht guten Gewissens einen Deal unterstützen, der die USA bestraft!“

meinte Trump als Begründung. Er würde damit sein Wahlversprechen wahr machen und die USA aus diesem Vertrag lösen. Damit seien „Millionen von Jobs“ und „Milliarden an Beiträgen“ durch ihn für die Vereinigten Staaten gerettet worden.

Da waren sie wieder – Donalds Millionen und Milliarden.

Die Auswirkungen dieses einsamen Entschlusses des US-Präsidenten auf die globale Klimapolitik aber auch die US-Innenpolitik können zurzeit noch nicht realistisch abgeschätzt werden. Die globalen Player im Kampf gegen die Klimaerwärmung beilieten sich jedenfalls, zu

beteuern, in ihren Anstrengungen auch nach dem Rückzug der USA nicht nachlassen zu wollen. Innenpolitisch reagierten renommierte Firmen wie etwa der Elektroauto-Pionier Tesla oder der Elektronikriese Apple extrem ablehnend. Tesla kündigte an, weitere wirtschaftliche Beratungstätigkeit für Trump einstellen zu wollen.

Liebesgrüße aus Moskau?

Die Frage, die die US-Innenpolitik momentan zentral beschäftigt, ist jene von Trumps Russland-Kontakten. Dabei sind vor allem jene Kontakte gemeint, die er zahlreichen Berichten zufolge bereits im Wahlkampf, also noch vor seiner Angelobung mit offiziellen Stellen der Russischen Föderation gepflegt haben soll. Der Vorwurf: Donald Trump bzw. Teile seines Wahlkampfteams hätten unzulässige Kontakte zum Kreml unterhalten, um seine Wahlkampfgegnerin Hillary Clinton gezielt zu desavouieren und damit den US-Wahlkampf zu manipulieren. Dies sei vor allem durch das Hacken von US-Websites und Social-Media-Accounts erfolgt, wodurch russische Hacker in den widerrechtlichen Besitz von E-Mails und Dokumenten des demokratischen Wahlkampfteams gelangt seien. Laut US-Justizministerium und zahlreicher US-Nachrichtendienste standen diese Hacker mit der russischen Regierung in Kontakt. Und noch mehr: Zu Jahresbeginn verlautbarte das FBI in einem Bericht, dass die Hackerangriffe vom russischen Präsidenten Putin persönlich angeordnet worden seien:

"Wir geben weiter davon aus, dass Putin und die russische Regierung eine klare Vorliebe für den gewählten Präsidenten Trump entwickelten", so das FBI.

Trump kämpft bezüglich seiner „Ties to Russia“ indes an mehreren Fronten: Neben den Vorwürfen des Versuchs der Wahlbeeinflussung und der Unterstützung durch offizielle russische Stellen steht auch der sich immer stärker verdichtende Verdacht im Raum, er selbst bzw. wichtige Mitglieder seines Wahlkampfteams hätten geheime Kontakte mit Vertretern russischer Nachrichtendienste gepflegt. Schaut man sich die Liste seiner engsten Vertrauten an, so kann man sich des Eindrucks tatsächlich nicht erwehren, Trump habe in den letzten Jahren eine „Russian Connection“ höchster Komplexität um sich herum aufgezo-gen. Angefangen von seinem Wahlkampfleiter Paul Manafort, der neben seinen Geschäften mit russischen Oligarchen auch kremlfreundlicher Berater des gestürzten ukrainischen Präsidenten Janukowitsch gewesen war bis hin zum ehem. GenLt Michael Flynn, seines Zeichens außenpolitischer Berater Trumps im Wahlkampf und späterer Nationaler Sicherheitsberater, der seine engen Kontakte mit höchsten russischen Regierungsstellen im Wahlkampf verschwie-g und nach nur wenigen Tagen im Amt von Trump entlassen werden musste. Auch der derzeitige Justizminister Jeff Sessions, dem massive

Verbindungen zu Russland vorgeworfen werden (sich bei Redaktionsschluss aber noch im Amt befand), scheint Teil von Trumps „*Russian Connection*“ (gewesen) zu sein, ebenso wie *Jared Kushner*, Trumps Schwiegersohn, der ehem. Exxon-Chef und jetzige Außenminister *Rex Tillerson* und der derzeitige Wirtschaftsminister *Wilbur Ross*.

Was jedoch am schwersten wiegt, ist der Vorwurf, der das Verhalten des amtierenden Präsidenten selbst betrifft: Nämlich der Versuch der Einflußnahme auf die unabhängige Justiz. Die völlig überraschende Entlassung des Chefs des FBI, *James Comey*, der die Ermittlungen bezüglich der oben genannten Vorwürfe leitete, und der damit in Zusammenhang stehende Vorwurf Comeys, der Präsident habe ihn aufgefordert, seine (Comeys) Ermittlungen gegen den ehem. Nationalen Sicherheitsberater *Michael Flynn* „fallenzulassen“, ist die bislang schwerwiegendste Anschuldigung gegen den amtierenden US-Präsidenten. Diese Vorwürfe wiederholte *Comey* auch im Rahmen seiner offiziellen Anhörung vor dem Geheimdienstausschuss am 8. Mai. Im Verlauf der Anhörung warf der ehemalige FBI-Chef dem US-amerikanischen Präsidenten Diffamierung und „*Lügen, schlicht und einfach*“ vor. *Comey* stützt sich bei seinen Ausführungen auf die von ihm selbst angefertigten Gesprächsprotokolle mit Trump. Auf die Frage des stellvertretenden Geheimdienstausschuss-Chefs *Mike Warner*, warum er diese Protokolle denn überhaupt angefertigt habe, meinte *Comey*: „*Ich machte die Notizen, weil die Möglichkeit bestand, dass der Präsident über die Gespräche lügen würde.*“

Ernüchterung allerorts

Viele Zeitgenossen des 21. Jahrhunderts, vor allem jene unserer demokratischen sog. „1. Welt“, stehen dem Umstand der Rückkehr in ein Zeitalter sich infantil-destruktiv oder gar autoritär gebärdender politischer Führer geradezu fassungslos gegenüber. Man hatte irgendwie geglaubt, diese Stufe der politischen Evolution nach den Katastrophen des 20. Jahrhunderts ein für alle Mal hinter sich gelassen zu haben. Zugegeben, ungebildete politische Amateure gab und gibt es immer und überall, doch schien es unvorstellbar, dass es ein Vertreter dieser Spezies einmal bis ins Weiße Haus kommen würde. Was *Donald Trump* in den ersten 150 Tagen seiner Amtszeit alles an über Jahre vorgeleisteter diplomatischer und fachspezifischer (Vor)Arbeit zunichtegemacht hat, kommt jetzt schon einer Katastrophe für die USA, aber auch für ihre Verbündeten gleich.

Noch funktionieren die sog. „Checks and Balances“ der USA, doch wie lange noch? Könnten diese - bedingt etwa

durch einen großen Terroranschlag wie 9/11 – Gefahr laufen, außer Kraft gesetzt zu werden?

Die Welt des *Donald Trump* ist eine Parallelwelt, in der er „alternative Fakten“ nach Belieben nach seinen Regeln ausrichtet. Und dieser *Donald J. Trump* (aner)kennt bislang nur eine Kategorie von Spielregeln: Jene, die er selbst gemacht hat.

Viele sehen das nicht enden wollende comicähnliche Drama rund um die Person des 45. Präsidenten der Vereinigten Staaten lediglich als temporären Spuk, den man eben für die nächsten 4 Jahre (?) hinnehmen müsse, quasi als „Betriebsunfall“ der US-amerikanischen Demokratie.

Andere haben weniger Zeit.

Bereits nächstes Jahr wird in den USA wiedergewählt. Es stehen 2018 die sog. „Halbzeitwahlen (*Midterm Elections*)“ an. Nicht weniger als 34 der 50 US-Staaten wählen dann neue Parlamente. Zusätzlich werden ein Drittel der Senatoren und das gesamte Repräsentantenhaus (435 Abgeordnete) neu gewählt. Letzteres wird momentan von den Republikanern beherrscht (241 Abgeordnete). Eben jene müssen aber damit rechnen, für die Politik des *Donald Trump* nächstes Jahr zur Verantwortung gezogen zu werden. Falls sich dann die Popularität Trumps weiterhin im Keller befinden sollte, könnte das den Verlust des Repräsentantenhauses bedeuten. Und: Nur die Abgeordneten des Repräsentantenhauses können ein Amtsenthebungsverfahren einleiten.

(Inhaltlicher Redaktionsschluss des vorliegenden Artikels war der 9. Juni 2017.)

Europa und die EU

Zur Zukunft der europäischen Verteidigung

Die transatlantischen Beziehungen befinden sich in einem Wandlungsprozess. Die neue US-Regierung fordert mit Nachdruck die europäischen Bündnispartner auf, verstärkt in die Sicherheit und Verteidigung zu investieren. Nach dem „Brexit“ im Jahr 2019 werden 21 von 27 Mitgliedstaaten der NATO angehören. Aus diesem Grund veröffentlichte die Europäische Kommission am 7. Juni ihr Reflexionspapier über die Zukunft der europäischen Verteidigung. Die Einführung einer „EU-Armee“ bleibt weiterhin unwahrscheinlich. Auch dieses Reflexionspapier setzt sich wie jenes Weißbuch, das die Europäische Kommission am 1. März über die Zukunft der EU vorgelegt hatte, zum Ziel, auf der Grundlage von Szenarien – in diesem Fall über die Zukunft der Sicherheit und Verteidigung innerhalb der EU – zu diskutieren. Der Tenor lautet: Sicherheit und Verteidigung müssen „im künftigen europäischen Projekt eine größere Rolle spielen.“ Grundlage bilden in diesem Zusammenhang drei Szenarien „für den Übergang zu einer Sicherheits- und Verteidigungsunion“: „Diese Szenarien, die sich gegenseitig nicht ausschließen, unterscheiden sich jeweils durch das Ausmaß, in dem die EU ein gemeinsames Handeln im Sicherheits- und Verteidigungsbereich anstrebt.“ Ziele der EU bleiben die Umsetzung von Strukturreformen in der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP), die Entwicklung weiterer ziviler und militärischer Fähigkeiten sowie die Vertiefung der Kooperationen im Bereich Verteidigung innerhalb Europas und mit Partnerländern und -organisationen wie UNO und NATO. Die Europäische Kommission und die EU-27 sind bestrebt, sicherheits- und verteidigungspolitisch „mehr Verantwortung“ zu übernehmen und „eine stärker wettbewerbsfähige und integrierte Verteidigungsindustrie zu schaffen.“ Die EU bekennt sich „zur Stärkung ihrer gemeinsamen Sicherheit und Verteidigung“, „auch in Zusammenarbeit und Komplementarität“ mit der NATO. Diese Kooperationen tragen „dabei den nationalen Gegebenheiten und rechtlichen Verpflichtungen Rechnung“. (Erklärung von Rom, 25. März 2017) Die Europäische Kommission stellt in ihrem Reflexionspapier dar, dass die USA „mehr als doppelt so viel in die Verteidigung“ investieren als alle EU-Mitgliedstaaten zusammen. Die USA werden zudem 2018 ihre Verteidigungsausgaben um fast zehn Prozent erhöhen. China hat seinen Verteidigungsetat zwischen 2006 und 2016 um 150 Prozent erhöht, für 2017 ist ein siebenprozentiger Anstieg geplant. Russland wendet bereits 5,4 Prozent des BIP für Verteidigung auf.

In der EU führt die starke Fragmentierung der Verteidigungsmärkte zu mangelnder Interoperabilität und zu Opportunitätskosten in der Höhe von mindestens 30 Milliarden Euro: „Im Verhältnis zu den Ausgaben sind die erzeugten Verteidigungsfähigkeiten recht gering.“ Die Verteidigungsausgaben zwischen den EU-Staaten und den USA werden auf der Grundlage von Daten des SIPRI in Stockholm, des IISS in London sowie des Europäischen Zentrums für politische Strategie wie folgt verglichen:

	EU	USA
Gesamtbetrag	€ 227 Mrd.	€ 545 Mrd.
% des BIP	1,34%	3,3%
% der gesamten Verteidigungsausgaben:		
Personal	50%	37%
Ausrüstung		
(Beschaffung, F&E)	20%	25%
Sonstiges	3%	1%
Operationen /		
Instandhaltung	28%	37%
Investitionen/Soldat		
(Beschaffung von		
Ausrüstung und F&E)	€ 27.639	€108.322
Anzahl verschiedener		
Waffensysteme	178	30
Kampfpanzer	17	1
Zerstörer / Fregatten	29	4
Kampfflugzeuge	20	6

Die Wirksamkeit der Sicherheit und Verteidigung in der EU wird von einer effizienten Koordinierung umfangreicher Investitionen in der Forschung und Entwicklung (F&E) abhängen. Hier bedarf es seitens der EU einer strategischen Autonomie. Im Rahmen eines Binnenmarktes für Verteidigungsgüter soll u.a. seitens der EU angestrebt werden:

- mehr industrieller Wettbewerb;
- der grenzüberschreitende Marktzugang für kleinere Unternehmen entlang der Lieferkette;
- stärkere Spezialisierung; optimierte Produktionskapazitäten;
- niedrigere Produktionskosten;
- verbesserte Versorgungssicherheit.

Die seitens der Europäischen Kommission entwickelten drei Szenarien für die Zukunft der GSVP, „die schrittweise in die gleiche Richtung“ führen, lauten wie folgt:

Szenario 1: Die EU-Mitgliedstaaten arbeiten öfter zusammen als bisher. Die Kooperationen bleiben freiwillig, würden auf Ad-hoc-Beschlüssen beruhen, die erst dann gefasst werden, wenn sich neue Bedrohungen oder Krisen abzeichnen. Die EU-27 wären weder politisch noch rechtlich an gemeinsame „Marschrichtungen“ gebunden. Jeder Mitgliedstaat würde von Fall zu Fall entscheiden, was unter „Solidarität“ verstanden wird bzw. wie er ihr Ausdruck verleiht. Die EU bleibt weiterhin in der Lage, zivile Missionen und relativ kleine militärische Operationen durchzuführen. Der Schwerpunkt liegt dabei im Aufbau von Fähigkeiten mit dem Ziel, Institutionen von Partnerländern im Bereich Sicherheit und Verteidigung zu stärken und zu reformieren. Größere und komplexere Operationen werden von jenen Mitgliedstaaten durchgeführt, die dazu am besten befähigt sind. Der strategische Handlungsspielraum der EU bleibt weiterhin vom Einvernehmen zwischen den Mitgliedstaaten abhängig. Die Kooperationen mit der NATO werden im Hinblick auf hybride Bedrohungen, Cybersicherheit und maritime Sicherheit intensiviert. Ein Forschungsprogramm für Verteidigung wird mit dem Europäischen Verteidigungsfonds eingerichtet, um gemeinsame Fähigkeiten zu entwickeln. Dennoch bleibt in diesem Szenario die Verteidigungsindustrie in der EU fragmentiert, die Entwicklung von Fähigkeiten und Beschaffungsfragen werden somit Großteils auf nationaler Ebene erfolgen. Die EU hätte nur begrenzte Möglichkeiten, sich an Operationen mit höchsten Anforderungen zu beteiligen.

Szenario 2: Geteilte Verantwortung für Sicherheit und Verteidigung. Die EU-27 wären verstärkt in der Lage, militärische Macht zu projizieren, sich somit in vollem Umfang an der Bewältigung externer Krisen zu beteiligen und Partner beim Aufbau von Fähigkeiten zu unterstützen. Fähigkeiten für die Bekämpfung des Terrorismus, hybrider Bedrohungen, von Cyberbedrohungen, der Grenzschutz, die maritime Sicherheit und die Energieversorgungssicherheit werden verbessert. Kooperationen zwischen EU und NATO werden intensiver. Die EU würde entschiedener auf Bedrohungen und Herausforderungen reagieren, unter der Schwelle des NATO-Beistandsartikels 5. Die Beschlussfassung innerhalb der EU würde rascher eingestuft. Hier würde die EU über strategische Autonomie verfügen, „allein oder gemeinsam mit ihren wichtigsten Partnern zu handeln.“ Die verteidigungspolitische Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten wäre die Regel, nicht die Ausnahme (vor allem im Hinblick auf die Angleichung der

Verteidigungsplanung und einer besseren Interoperabilität). Gestützt auf den Europäischen Verteidigungsfonds würden die EU-27 gemeinsame Fähigkeiten in den Bereichen strategischer Transport, ferngesteuerte Flugsysteme, Satellitenkommunikation, Überwachung der Meere und Offensivfähigkeiten entwickeln. Diese multinationalen Fähigkeiten würden durch gemeinsame Planungsprozesse und Kommandostrukturen auf EU-Ebene und durch eine entsprechende Logistik unterstützt werden. Abrufbare multinationale Streitkräftekomponenten, ein medizinisches Corps und ein EU-weites Lufttransportkommando stünden der EU zur Verfügung. Durch gemeinsame Schulungs- und Ausbildungsmaßnahmen sowie Übungen könnte eine gemeinsame Militärkultur gefördert werden.

Szenario 3: Gemeinsame Verteidigung und Sicherheit: Solidarität und gegenseitige Hilfe zwischen den Mitgliedstaaten im Bereich Sicherheit und Verteidigung würden zur Regel werden – unter voller Ausschöpfung der durch Artikel 42 EU-Vertrag (Lissabon) gebotenen Möglichkeiten, einschließlich der schrittweisen Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik, die zu einer gemeinsamen Verteidigung führt. EU und NATO würden sich gegenseitig verstärkend die Verantwortung für den Schutz Europas wahrnehmen. Indem Sicherheitsinteressen zwischen den Mitgliedstaaten miteinander verknüpft werden, würden echte europäische Sicherheitsinteressen entstehen. Eine EU-Grenz- und Küstenwache würde auf ständige EU-Seestreitkräfte sowie auf EU-Plattformen zur Gewinnung nachrichtendienstlicher Erkenntnisse wie ferngesteuerte Flugsysteme oder Satelliten zurückgreifen. Zudem wird eine EU-Katastrophenschutzgruppe eingerichtet zwecks rascher Reaktion auf natürliche oder vom Menschen verursachte Katastrophen. Die Mitgliedstaaten würden sich bei der Verteidigungsplanung in vollem Umfang abstimmen und sich bei der nationalen Prioritätensetzung für die Entwicklung von Fähigkeiten nach den auf EU-Ebene vereinbarten Prioritäten richten. Die EU-27 beschaffen gemeinsame Fähigkeiten für den Luft-, Welt- und Seeraum, für die Überwachung, Kommunikation, für strategische Lufttransporte und Cybersicherheit – mit Unterstützung des Europäischen Verteidigungsfonds.

Schließlich müssen in der EU alte Vorbehalte der Mitgliedstaaten im Hinblick auf die gemeinsame Stärkung von Sicherheits- und Verteidigungsfähigkeiten überwunden werden. Die Europäische Kommission meint es sehr ernst mit dem Auf- und Ausbau von derartigen Fähigkeiten, sie versteht ihr Reflexionspapier vor allem als Beitrag zum „Kampf gegen die Kleinstaaterei“ bei Rüstung, Forschung und Entwicklung: 80 Prozent der Verteidigungsaufträge

werden national vergeben, 90 Prozent der Forschung betreiben die Mitgliedstaaten ohne europäische Kooperation. Es geht vor allem um optimale Mittelverwendung durch optimale Kooperationen zwischen den Mitgliedstaaten. Der Mangel an derartiger Zusammenarbeit verursacht laut Schätzung der Europäischen Kommission Kosten zwischen 25 und 100 Milliarden Euro pro Jahr. Seit 2010 wurden weniger als 200 Millionen Euro pro Jahr für gemeinsame europäische Forschungs- und Technologieprojekte im Bereich Verteidigung ausgegeben. Ab 2021 soll dieser Betrag verdreifacht werden. Die Europäische Verteidigungsbranche erwirtschaftet derzeit einen Gesamtumsatz von 100 Milliarden Euro pro Jahr, 1,4 Millionen Menschen sind in EU- und NATO-Europa direkt oder indirekt in diesem Wirtschaftszweig beschäftigt. Die Stärkung von Sicherheit und Verteidigung der EU soll auch die Interoperabilität von europäischen Streitkräften erhöhen: Derzeit sind weniger als 3 Prozent der europäischen Truppen (40.000 Personen) einsatzfähig (Vergleich USA: 190.000 Personen) – bedingt durch mangelnde Interoperabilität und fehlende Ausrüstung.

Präsidenten- und Parlamentswahlen in Frankreich, Parlamentswahlen in den Niederlanden

Am 7. Mai gewann Emmanuel Macron mit seiner Bewegung „En marche!“ die Stichwahlen zum französischen Staatspräsidenten entscheidend mit 66,06% der Wählerstimmen (20.703.694 Wähler) gegen seine Herausforderin Marine Le Pen vom Front National mit 33,94% (10.637.120 Wähler). Paris wählte fast zu 90 Prozent Macron. Le Pen bekam in zwei Departements die Mehrheit (in Aisne mit 52,91% und in Pas-de-Calais mit 52,05% der Stimmen) und in vier Departments über 40 Prozent: in Haute-Marne, in Corse-du-Sud, in den Ardennen und im südfranzösischen Var. 25,38% der Wählerschaft enthielt sich der Stimme (12.041.313), ungültig wählten 11,49% (4.066.802). Die Anzahl von Enthaltungen stellte in Frankreich einen neuen Rekord seit 1969 auf – seit dem Wahlduell Georges Pompidou gegen Alain Poher (damals enthielt sich 31,1% der Wählerschaft der Stimme). Beim ersten Durchgang der Präsidentenwahlen führte Macron ebenfalls mit 23,9% der Stimmen, gefolgt von Le Pen mit 21,4% der Stimmen. Der Kandidat der konservativen Republikaner Fillon bekam 19,9% der Stimmen, der linksextreme Kandidat Mélenchon von der „Parti de gauche“ 19,6%. Der Kandidat der Sozialisten Benoît Hamon bekam 6,3% der Stimmen und führte in der Folge die ehemalige Regierungspartei in einen historischen Tiefstand. Die Wählerschaft hat sich sowohl von den Konservativen als auch weit stärker von den Sozialisten abgewendet,

letztere hatten mit der Last ihrer Regierungsbilanz und dem schlechten Image des damaligen Staatspräsidenten François Hollande zu kämpfen. Fillon galt noch Monate zuvor als unschlagbar. Die Affäre um die Scheinbeschäftigung seiner Gattin gab den Ausschlag für seine Wahlschlappe – für die Niederlage war er somit ganz persönlich verantwortlich. Der Linksliberale Macron hatte überall dort gewonnen, wo traditionell die Linke (Sozialisten, Kommunisten, linke Radikale) seit Jahrzehnten äußerst stark war: im ganzen Südwesten entlang der Atlantikküste bis zur spanischen Grenze, in der Bretagne und der Normandie sowie in Paris und Umgebung. Der ganze Norden vom Elsass über Lothringen bis an den Ärmelkanal, die meisten Departements in Mittelfrankreich – mit Ausnahme der Region um Paris - der Südosten am Mittelmeer und das Hinterland der Côte d’Azur hatte deutlich den Front National (FN) gewählt, in den Ardennen sowie in Haute-Marne kam der FN sogar beim ersten Durchgang auf 30-33% der Stimmen. In Paris kam Le Pen auf Platz 5 (4,99% der Stimmen, hinter Macron, Fillon, Mélenchon und Hamon). Le Pen und Mélenchon sprachen sich beide für den Ausstieg aus der EU und aus der integrierten Kommandostruktur der NATO sowie gegen Freihandel und für die Wiedereinführung des Pensionseintrittsalters ab 60 aus.

Deutschlands Bundeskanzlerin Angela Merkel sowie Frankreichs neuer Staatspräsident Macron vereinbarten die Erstellung eines Fahrplanes für Reformen in der EU und in der Eurozone. Macron ist bestrebt, ein neues deutsch-französisches „Tandem“ zu schaffen. Er teilte der Vergemeinschaftung von Schulden innerhalb der EU eine Absage.

Bei den Parlamentswahlen in Frankreich siegte das Bündnis von Macron am 11. Juni im ersten Durchgang „La République en marche + MoDem (= Zentrumsparterie, Mouvement Démocratique, letztere trug 4% zum Gesamtergebnis bei) mit 32,3% der Stimmen, die konservativen Republikaner kamen auf 21,5% der Stimmen, „La France insoumise“ (unbeugsames Frankreich, Mélenchon) erreichte sogar mit 11% mehr Stimmen als die Sozialisten mit 9,5%. Jean-Luc Mélenchon warb für eine Partnerschaft mit Russlands Präsidenten Vladimir Putin und war bestrebt, der Bolivarischen Allianz – von Fidel Castro gegründet – beizutreten. Beim zweiten Durchgang der Parlamentswahlen am 18. Juni erreichte Macron gemeinsam mit der verbündeten MoDem laut Hochrechnungen zwischen 355 und 365 von 577 Abgeordnetenmandaten, er hat somit eine klare absolute Mehrheit erzielt.

Mit der Wahl von Macron zum Staatspräsidenten und dem zweitstärksten Ergebnis für Le Pen äußerste die französische Wählerschaft ihren Unmut mit den zuvor regierenden Sozialisten und ebenso mit den

Konservativen – ihren Unmut über leere Versprechen der früheren Präsidenten, über illegale Parteifinanzierungen, Korruption, Bereicherungen durch Scheinbeschäftigungen von Angehörigen, Machtmissbrauch und Beeinflussungen der Justiz zur Zeit von Mitterrand, Chirac, Sarkozy und Hollande.

Die Eskalation des Konflikts mit der Türkei hatte in den Niederlanden Mitte März eine hohe Wählerschaft von ca. 81% mobilisiert. Die rechtsliberale Volkspartei VVD von Regierungschef Mark Rutte kam mit deutlichem Abstand auf Platz 1 (21,3% der Stimmen). Auf Platz 2 folgte Geert Wilders von den Rechtspopulisten PVV („Freiheitspartei“, über 13%). Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan beschimpfte die Niederlande im Zusammenhang mit dem Auftrittsverbot von zwei türkischen Ministern in Rotterdam als „Nazis“ und „Faschisten“ und betonte, sie seien schuld am Massaker an bosnischen Muslimen 1995 in Srebrenica. Wilders plädierte daraufhin für die Ausweisung türkischer Diplomaten. Der verbindlichere Ton von Mark Rutte stieß bei der Wählerschaft auf größeres Echo. Bis auf die Seniorenpartei „50 plus“ schlossen alle Parteien eine Koalition mit den Rechtspopulisten aus. Wilders ließ 2012 die Minderheitsregierung unter Rutte platzen. 10% der Wählerstimmen bekamen die Christdemokraten CDA (12,5%) und die liberale D'66 (12%). Zum dritten Mal in Folge sollte Rutte als Regierungschef einer Koalition vorstehen, die Koalitionsverhandlungen gestalten sich jedoch als äußerst schwierig. Der wesentliche Streitpunkt bildet dabei die Einwanderungspolitik.

Der „Brexit“ – seit 19. Juni wird verhandelt

Nach Ansicht der EU wird der „Brexit“ für Großbritannien teuer: Auf der Grundlage des Leitfadens für die Verhandlungen über den „Brexit“, dessen Entwurf der Sonderverhandler der Europäischen Kommission, Michael Barnier, am 3. Mai vorgestellt hatte, könnten sich die Kosten des „Brexit“ auf bis zu 113 Milliarden Euro belaufen. Barnier betonte, dass Großbritannien alle Verpflichtungen, die es bis Ende seiner am 29. März 2019 um Mitternacht endenden EU-Mitgliedschaft eingegangen ist, einlösen müsse. Britische Gegenforderungen nach Anteilen am Unionsvermögen werden seitens der EU mit dem Verweis abgelehnt, die EU habe Rechtspersönlichkeit, ihr Vermögen gehöre der Union selbst. Ebenso ist die Hoffnung der britischen Premierministerin Theresa May, den Zuzug von EU-Bürgern frühestmöglich zu begrenzen, mit Verweis auf das Unionsrecht zerschlagen. Solange Großbritannien zur EU gehört, ist jede Unionsbürgerin und jeder Unionsbürger berechtigt, Arbeit zu suchen oder sich selbständig zu machen. Diesbezüglich hatte May Anfang März einen innenpolitischen Rückschlag erlitten: mit

großer Mehrheit von 102 Stimmen nahm das Oberhaus einen Antrag an, der für Unionsbürger innerhalb von 3 Monaten nach Beginn der „Brexit“-Verhandlungen eine Klärung ihres künftigen Rechtsstatus garantieren soll: „Wir haben es hier schließlich nicht mit feindlichen Ausländern zu tun“, so der konservative Abgeordnete Lord Bowness. 3,3 Millionen EU-Bürger leben derzeit in Großbritannien, in der EU dagegen 1,2 Millionen Briten. Mittlerweile finden gemäß Artikel 50 des EU-Vertrages (Lissabon) Gipfel, bei denen „Brexit“ Thema ist, ohne Premierministerin May statt. Der erste derartige offizielle EU-27-Gipfel fand am 29. April in Brüssel statt, die Staats- und Regierungschefs benötigten auf dem Sondergipfel keine 15 Minuten, um die Leitlinien für die Austrittsverhandlungen mit Großbritannien zu fixieren. Der einzige Punkt auf der Tagesordnung war der Beschluss der Verhandlungsrichtlinien. Der Rat steckte zunächst den politischen Rahmen für die Austrittsverhandlungen ab, die Europäische Kommission verhandelt nun im Namen der EU, zum Schluss muss das Verhandlungsergebnis vom Europäischen Parlament bewilligt werden. Das Ergebnis der Verhandlungen muss bereits im Herbst 2018 – unter österreichischem EU-Vorsitz – abgeschlossen sein, damit der Ratifizierungsprozess bis zum 29. März 2019 abgeschlossen werden kann. Zunächst wird es um „Trennungsverhandlungen“ gehen. Über drei Themenbereiche wird zunächst verhandelt:

- die Rechte der in Großbritannien lebenden EU-Bürger;
- der finanzielle Aspekt der Trennung und
- der Status der Grenze zu Nordirland.

Laut Barnier sollen nur 18 Monate für Verhandlungen bleiben. Im zweiten Halbjahr 2017 werden die Modalitäten des EU-Austritts festgelegt (1. Periode), im ersten Halbjahr 2018 die künftigen Beziehungen (2. Periode), im zweiten Halbjahr 2018 das Übergangsregime (3. Periode). Wirtschaftlich würde ein harter „Brexit“ Großbritannien einen großen Schaden zufügen. Airbus hat bereits angekündigt, die Weiterführung der Flugzeugproduktion in Großbritannien zu überprüfen. Verhandlungen über die künftigen Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EU und Großbritannien sollten erst dann eröffnet werden, wenn „substanzialer Fortschritt“ erzielt wurde. Die Neuerungen der Beziehungen zwischen der EU und Großbritannien werden derart komplex sein, sodass diese wahrscheinlich auf der Grundlage eines „Gemischten Abkommens“ ratifiziert werden müssen. Wie beim CETA-Abkommen mit Kanada müssten folglich alle mitspracheberechtigten nationalen und regionalen Parlamente der EU zustimmen. Einem „Brexit-Deal“

müssen im Rat mindestens 20 von 27 Mitgliedstaaten mit mindestens 65% der EU-Bevölkerung zustimmen.

Spanien bekommt ein Vetorecht bei den Entscheidungen mit Gibraltar (30.000 Einwohner, 6,8 km², niedrige Steuersätze, Briefkastenfirmen). Die EU-Verhandlungslinien zum „Brexit“ sehen folglich vor, dass künftige Handelsabkommen mit Großbritannien nicht automatisch auf Gibraltar übertragen werden. Verträge über eine mögliche Freizügigkeit des Waren- und Personenverkehrs müssen demnach vor der Anwendung auf Gibraltar von Spanien gebilligt werden. Die Einwohner von Gibraltar hatten in einem Referendum aus 2002 mit 99% der Stimmen bekräftigt, dass sie zu Großbritannien gehören. Sie befürworteten keine geteilte Verwaltung durch London und Madrid. Im Juni 2016 sprachen sich 96% der Einwohner von Gibraltar gegen den „Brexit“ aus. Gibraltar lebt Großteil vom Handel mit Spanien. Spanien soll einem künftigen Handelsabkommen zwischen Großbritannien und der EU zustimmen, sofern sich dieses Abkommen auch auf Gibraltar auswirkt. Gibraltar gehört zu Großbritannien auf der Grundlage des Friedens von Utrecht aus 1713. Als Spanien Anfang der 1980er-Jahre der EG beitreten wollte, machte London seine Zustimmung von der Aufhebung der Blockade an der Landgrenze zu Gibraltar abhängig. Die letzten Jahre waren von Streitigkeiten im Zusammenhang mit der Nutzung der Küstengewässer geprägt. Im Zusammenhang mit dem „Brexit“ hatte Madrid angekündigt, keinem europäischen Flugabkommen mit Großbritannien zuzustimmen, sofern es den Flughafen von Gibraltar betrifft. Spanien argumentiert, dass sich die Start- und Landebahn in einem Gebiet befindet, das Großbritannien nach 1713 unrechtmäßig unter britische Kontrolle gebracht hätte. Der Streit erstreckt sich auf einen über 300 Jahre alten Vertragstext. Positive Signale richtete May an Belfast: Die Grenze zwischen Nordirland und Irland soll für Reisende und für Güter auch nach dem „Brexit“ problemlos passierbar sein.

Um sich die absolute Mehrheit im Parlament abzusichern, brachten die Parlamentswahlen vom 8. Juni 2017 eine deutliche Niederlage für die Tories und somit für Premierministerin May hervor. Diese Wahlen brachen die Tories Mitte April vom Zaun, May erklärte, sie brauche für die „Brexit“-Verhandlungen eine „starke Mehrheit“, nur sie könne Großbritannien eine „starke und stabile Führung“ („strong and stable leadership“) anbieten. Die Tories verloren jedoch die absolute Mehrheit (zuvor hatten die Tories noch eine Mehrheit von 17 Mandaten), bei der Regierungsbildung ist May nun auf die nationalistische Democratic Ulster Party (DUP) (nordirische Protestanten) angewiesen. Gemeinsam kommen die 318 Tory-Abgeordneten mit den 10 DUP-Mandataren knapp über die magische Grenze der absoluten Mehrheit, die bei 326 der 650 Sitze

liegt. Die DUP strebt keine Koalition mit den Tories an, diese sollen nur „geduldet“ werden. Die DUP gilt als Verfechterin des „Brexit“ und lehnt gleichgeschlechtliche Beziehungen sowie Abtreibung ab. May scheint nun eine „lame duck“ auf Abruf zu sein, sie führte ihre Partei statt in den Triumph in ein heilloses Desaster. Der ehemalige Schatzkanzler George Osborne nannte May eine „Dead Woman Walking“. Mit der „dementia tax“, nach der die Altenbetreuung künftig aus dem persönlichen Erbe mitfinanziert werden sollte, wurde im Wahlkampf die konservative Kerntruppe der Pensionisten vor den Kopf gestoßen. Die Streichung der Subvention von Schülern erwies sich als „kalt und gefühllos“ gegenüber den Sorgen von Millionen von Eltern. Zudem spitzte sie ihrem Wahlkampf voll und ganz auf „Brexit“ zu mit dem Slogan: „No deal is better than a bad deal“. 48% der Briten hatten 2016 gegen den „Brexit“ gestimmt – vor allem die Mehrheit der Schotten (63 Prozent) und der Nordiren.

Der Alt-68er Jeremy Corbyn gewann mit seiner Labour Party enorm viele Stimmen. Er gilt als Pazifist, als absoluter Kriegsgegner und Gegner von Atomwaffen. Corbyn hegte Sympathien für die IRA, die Hamas und die Hezbollah und versteht sich als „sozialistischer Demokrat“. Sein Wahlprogramm:

- Verstaatlichung von Post und Bahn;
- Abschaffung der Studiengebühren;
- Ende der Sparpolitik;
- Soziale Gerechtigkeit;
- Verfechter des „National Health Service“ (Gesundheitsversorgung) als Gegenmodell zur „Demenzsteuer“ von Theresa May.

Die Schussphase des britischen Wahlkampfes überschattete zudem ein Terroranschlag in London. Der Anschlag vom 3. Juni war bereits die dritte Attacke in drei Monaten sowie die zweite in zwei Wochen. Die Angst vor terroristischen Einzeltätern in Großbritannien wächst. Angriffe auf weiche Ziele bleiben bei Islamisten bevorzugt. Labour beschuldigte im Wahlkampf Theresa May, dass sie während ihrer Zeit als Innenministerin zwischen 2010 und 2016 die Zahl der Polizeikräfte um 20.000 reduziert habe: „Wir brauchen nicht mehr Rechte, sondern mehr Mitarbeiter“, so ein hochrangiger Polizeivertreter. Großbritannien hat derzeit nur 5.500 bewaffnete Polizisten im Einsatz – das ist die Hälfte der Anzahl von 2002. Einer der Verdächtigen bei den Anschlägen vom 3. Juni war zudem 2016 im „Channel 4“ in der Sendereihe „Die Jihadisten von nebenan“ aufgetreten. Auch war der Attentäter von Manchester – ein gebürtiger Libyer – den britischen Behörden bekannt, beim Anschlag auf die „Manchester Arena“ am 22. Mai

kamen nach einem Popkonzert 23 Personen ums Leben – Großteils junge Frauen – 116 Menschen wurden verletzt. Über 21.000 Menschen befanden sich in der „Arena“.

Türkei: Das Verfassungsreferendum und die Folgen für die EU-Türkei-Beziehungen

Die türkische AKP-Regierung widmet sich auch 2017 dem Kampf gegen Fetullah Gülen, dem von Seiten des Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan die Hauptschuld am gescheiterten Militärputsch vom Juli 2016 gegeben wird, und der Bekämpfung der PKK. Viele Regierungen und EU-Staaten beschuldigte er, den Terrorismus zu unterstützen – d.h. vor allem Anhänger der Gülen-Bewegung Asyl zu gewähren. „Frau Merkel“, so gab Erdoğan zu verstehen, „wieso verstecken Sie in ihrem Land Terroristen?“ Erdoğan bezeichnete den in der Türkei inhaftierten deutsch-türkischen Journalisten Denis Yücel als „deutschen Agenten“ und als „PKK-Terroristen“. Zudem drohte Erdoğan das mit der EU vereinbarte Flüchtlingsübereinkommen aufzukündigen. Erdoğan verlangt von Deutschland die Auslieferung jener, die als „vermeintliche Putschisten“ Schutz vor jahrelanger Haft in der Türkei suchen. Der Leiter des türkischen Nachrichtendienstes, Hakan Fidan, übergab sogar am Rande der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar seinem deutschen Amtskollegen Bruno Kahl eine umfangreiche Liste mit Personennamen, Daten, mehr oder weniger erkennbare Bilder, auch zum Teil von Videoaufzeichnungen. Sie sollen in Deutschland wohnhafte Anhänger von Gülen zeigen, die laut Fidan mitverantwortlich für den gescheiterten Putsch sein sollen. Die deutschen Behörden haben daraufhin die betroffenen Personen vor türkischen Repressalien gewarnt und diese informiert, dass sie vom türkischen Nachrichtendienst observiert wurden. Kahl erklärte, es geben keine Anzeichen dafür, dass Gülen hinter dem Umsturzversuch stand. Der türkische Verteidigungsminister Fikri Işık meinte daraufhin, es gebe diesbezüglich Anlass zur Frage, ob nicht der deutsche Nachrichtendienst hinter dem Putschversuch gestanden sei. Von Deutschland wird zudem entgegengehalten, dass das deutsche Asylgericht nicht für Gewalttäter, jedoch für Beamte, Richter, Soldaten und Journalisten zuständig sei, deren Beteiligung an Staatsstreichen nicht bewiesen ist oder die sich in der Türkei keinen rechtsstaatlich einwandfreien Prozess erwarten können. Im Zuge des Verfassungsreferendums über die Einführung einer Präsidialrepublik am 16. April hatten deutsche Städte wie Hamburg zum Teil auch wegen „fehlender Brandmelder“ Veranstaltungen mit türkischen Politikern abgesagt, die niederländische Regierung hatte dem türkischen Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu die Einreise verweigert. Die türkische

Familienministerin Fatma Betül Sayan Kaya musste die Niederlande öffentlichkeitswirksam wieder Richtung Deutschland verlassen. Beide Politiker wollten in Rotterdam für das Verfassungsreferendum werben. In den Niederlanden leben insgesamt 400.000 Türken sowie Niederländer mit türkischen Wurzeln, in Deutschland waren von über 3 Millionen Türkischstämmigen 1,4 Millionen Türken stimmberechtigt. Der politische Dialog mit den Niederlanden wurde seitens der Türkei am 13. März vorläufig eingestellt, dem niederländischen Botschafter Daan Feddo Huisinga wurde die Einreise in die Türkei verweigert. Regierungssprecher Numan Kurtulmuş sprach in diesem Zusammenhang von einer „sehr tiefen Krise“, Präsident Erdoğan dagegen von „Nazi-Methoden“, er drohte mit der Anrufung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte in Straßburg: „Ihr wollt uns eine Demokratielehre geben, gleichzeitig aber nicht erlauben, dass türkische Minister dort sprechen. Diese Nazi-Welt wollen wir nicht sehen.“ Deutschland, so Erdoğan, habe „nicht einmal annähernd [etwas] mit Demokratie zu tun.“ Der türkische Minister für EU-Angelegenheiten, Ömer Çelik, schloss sogar Sanktionen gegen die Niederlande nicht aus. Der türkische Justizminister Bekir Bozdağ betonte, die Türkei erlaube es niemandem, mit „der Ehre der türkischen Nation und des türkischen Staates zu spielen.“ Deutschlands Bundeskanzlerin Angela Merkel drückte in diesem Zusammenhang ihre Solidarität mit den Niederlanden aus, die Niederlande mit „Nationalsozialisten“ zu vergleichen sei somit „völlig inakzeptabel“. Die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini und EU-Erweiterungskommissar Johannes Hahn riefen Präsident Erdoğan auf, derartige Äußerungen zu unterlassen. Während der türkischen Politikampagne hatten sich auch Dänemark, Österreich und die Schweiz entschlossen, keine (ehemaligen) türkischen Politiker für verfassungsreferendumswerbende Veranstaltungen zuzulassen. Hauptargument der AKP für das Verfassungsreferendum ist,

- dass im neuen System das Amt des Premierministers wegfällt und somit auch die permanenten Koalitionsstreitigkeiten;
- dass somit auch die Krisen bei der Regierungsbildung und die kurzlebigen Amtsperioden wegfallen.

Die Verfassung soll nun in 18 Punkten geändert werden, ebenso die Befugnisse des Parlaments. Die türkische Nationalversammlung hatte die Änderungen bereits im Jänner mit Dreifünftelmehrheit beschlossen:

- der Staatspräsident wird nun Staatsoberhaupt und Regierungschef in einer Person;
- der Staatspräsident kann ohne Zustimmung des Parlaments mit Dekreten, die Gesetzeskraft haben, regieren;
- der Staatspräsident beruft/entlässt seine Vizepräsidenten/ Minister, ernennt Rektoren der Universitäten und hat wesentlichen Einfluss auf die Berufung der obersten Richter und Staatsanwälte, er kann den Notstand ausrufen;
- der Staatspräsident kann zugleich Parteivorsitzender sein, die Neutralität des Staatspräsidenten gegenüber Parteien ist nun Geschichte.
- Staatspräsident und Parlament werden jeweils am gleichen Tag gewählt – und zwar erstmals am 3. November 2019. So erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, dass der jeweilige Präsident im Parlament eine Mehrheit hat.

„Checks and balances“ wären somit nicht mehr gegeben. Seit der Republikgründung hatte die Türkei 65 Regierungen, diese übten im Durchschnitt 17 Monate ihre Amtsgeschäfte aus. Wäre die Türkei eine Präsidialregierung gewesen, so die Argumentation der AKP, hätte die Türkei nur 19 Regierungen gehabt. Demnach werde, so die AKP, das neue System „Stabilität“ bringen. Das Referendum ging mit 51,3% äußerst knapp für die Ziele Erdoğan aus. Gegen Prinzipien der freien Abstimmung wurde vor allem im türkischen Parlament wiederholt verstoßen. Der Abstand zwischen Ja- und Nein-Stimmen lag bei knappen 1,38 Millionen der fast 50 Millionen Stimmen. Die kemalistische Oppositionspartei CHP sowie die prokurdische HDP beklagten die Zählung von rund 2,5 Millionen ungültigen Stimmen. Für das Präsidialsystem äußerten sich in Belgien mit 75% die meisten Türken, gefolgt von Österreich (73,2%) und den Niederlanden (ca. 71%). In Deutschland sprachen sich 63,1% der Türken mit Ja aus, in der Tschechischen Republik votierten 87,5% der Türken mit Nein.

Präsident Erdoğan wurde am 2. Mai im Rahmen seiner „Rückkehr nach Hause“ bzw. „zu meiner Liebe“ nach 979 Tagen wieder in die AKP aufgenommen. Am 21. Mai erhielt Erdoğan den Parteivorsitz. Diese Trennung zuvor war jedoch, so Erdoğan, für ihn nur „formell“.

In Richtung EU meinte Erdoğan im Mai: „Wenn die EU nicht weitere Beitrittskapitel öffnet, dann ‚Auf Wiedersehen‘.“ Bis dahin habe man mit der EU „nichts zu besprechen“. Seitens der EU bleiben die Beitrittsgespräche mit der Türkei vorerst auf Eis. EU-Erweiterungskommissar Johannes Hahn erklärte Ende April: „Aus der Sicht der großen Mehrzahl der

Mitgliedstaaten ist die Frage der Beitrittsverhandlungen nicht wirklich etwas Brennendes.“ Einen Abbruch der Verhandlungen mit der Türkei forderte beim EU-Außenministertreffen in Valletta Ende April offiziell niemand, Österreichs Außenminister Sebastian Kurz plädierte für „eine deutlich andere Debatte“. Deutschlands Außenminister Sigmar Gabriel stellte klar: man könne angesichts der Verhaftungswelle in der Türkei nach dem Putschversuch „nicht einfach weitermachen“. Ein Abbruch der Beitrittsverhandlungen wäre aber die „völlig falsche Reaktion.“ Gabriel plädierte für „neue Gesprächsformate“ mit der Türkei und schlug Visafreiheit für Kritiker des Präsidenten Erdoğan vor. Deutschlands Bundeskanzlerin Merkel meinte in diesem Zusammenhang: „Mit Klugheit wie mit Klarheit werden wir im Kreise der EU darüber beraten, welche präzisen Konsequenzen wir zu welchem Zeitpunkt für angemessen halten. Eine endgültige Abwendung der Türkei von Europa, aber auch Europas von der Türkei, wäre weder im deutschen noch im europäischen Interesse.“ Zumindest ein Druckmittel hätte die EU gegenüber der Türkei: die seit 1996 geltende Zollunion. Seither existieren keine Zölle in der EU für türkische Industriegüter. Die türkische Regierung ist bestrebt, dieses Abkommen auf Dienstleistungen und Agrarprodukte auszudehnen. In diesem Zusammenhang könnte die EU ebenso die wirtschaftlichen Ambitionen der Türkei mit der Entwicklung demokratischer Standards verknüpfen.

Die NATO und die transatlantischen Beziehungen

Bei der NATO stand das erste Halbjahr 2017 wenig überraschend unter vergleichsweise starken internen Spannungen, nachdem die Trump-Administration mit 20. Jänner ihre Arbeit aufgenommen hatte. Die europäischen Alliierten suchten mitunter verzweifelt nach Zusicherungen aus Washington, dass die USA weiterhin unverrückbar zum nordatlantischen Bündnis stünden. Dies betraf vor allem die an der Grenze zur Russischen Föderation liegenden Länder, doch ihre Hoffnungen erfüllten sich nur ungenügend. Zwar bekräftigten Mitglieder der neuen Regierung wie der Verteidigungs- und der Außenminister die Treue der USA zur Allianz, doch Präsident Trump unterließ beim Gipfeltreffen Ende Mai in Brüssel jegliche Bestätigung des „US commitment“. Zurück blieben verunsicherte Europäer, die zum ersten Mal seit 1945 mit einer amerikanischen Regierung konfrontiert sind, die ihren NATO-Verpflichtungen zumindest skeptisch gegenübersteht. Beistand im Sinne des Artikel 5 NATO-Vertrag, also der „Deal“ nur dann, wenn die Europäer ihre finanziellen Vorleistungen erfüllen, also genug „Cash“ leisteten. Die mit dem Irakkrieg 2003 vergleichbare Krise führte zum ersten Mal dazu, dass mehrere europäische Regierungsspitzen begannen, laut über eine eigene Sicherung des Kontinents nachzudenken.

Der Ausgang dieser Spannungen ist noch ungewiss. Auf dem Feld der praktischen Allianzpolitik werden im starken Kontrast dazu die in Wales 2014 und in Warschau 2016 beschlossenen Maßnahmen vorerst umgesetzt. Montenegro wurde Anfang Juni das 29. Mitglied der Allianz, die noch unter Präsident Obama beschlossenen Verstärkungen für Osteuropa kamen und üben im Raum und schließlich werden auch unter den Begriffen „Enhanced“ und „Tailored Forward Presence“ begrenzte Verstärkungen in Osteuropa stationiert.

„Enhanced Forward Presence“

Unter diesem Arbeitstitel und in Umsetzung der Warschauer Gipfelbeschlüsse entsendet die NATO ab Frühjahr 2017 vier multinationale Bataillone in die baltischen Länder und nach Polen. In Estland übernimmt Großbritannien die Führungsverantwortung und wird dabei von Frankreich unterstützt, das 2018 Dänemark ablöst. In Lettland stellt Kanada die Rahmennation, dem sich Albanien, Italien, Polen und Slowenien anschließen. Deutschland führt das Bataillon in Litauen und nimmt dabei Beiträge von Belgien, Luxemburg, der Niederlande und Norwegen auf, 2018 kommen noch Kroatien und Frankreich dazu. Die belgischen Kräfte werden die Versorgung des kleinen Verbandes sicherstellen. In Polen schließlich wird mit den USA der zweite

nordamerikanische Alliierte eine Führungsverantwortung übernehmen und dabei von Rumänien und Großbritannien unterstützt.

An der somit breit gefächerten Multinationalität fällt nur auf, dass vorläufig südliche Alliierte wie Portugal und Spanien sowie die Visegrad-Staaten fehlen, mit Ausnahme Polens natürlich. Unterschiedliche Bedrohungswahrnehmung wegen unterschiedlicher geografischer Distanz zu Russland oder wegen differenzierter Einschätzung der russischen Politik (Ungarn) könnten die Gründe dafür sein. Die Türkei hingegen beteiligt sich an der Verstärkung der NATO-Kräfte in der Schwarzmeerregion.

Mittlerweile traf in Polen Ende März das von den USA geführte Bataillon ein, das am Stationierungsort im Nordosten des Landes vom polnischen Verteidigungsminister begrüßt wurde. Bis Ende Juni werden auch die Bataillone in Litauen und in Estland verfügbar sein, nur für den von Kanada geführten kleinen Verband in Lettland trifft das erst mit Anfang Herbst zu.

Bei der NATO stand das erste Halbjahr 2017 wenig überraschend unter vergleichsweise starken internen Spannungen. Diese wurden durch die Unwägbarkeiten der Politik in Washington, namentlich des US-Präsidenten, hervorgerufen, obwohl die Verstärkungen in Osteuropa planmäßig anlaufen. In dieser Lage täten die Europäer gut daran, 72 Jahre nach dem Ende des 2. Weltkriegs die Sicherung ihres Kontinents verstärkt in die eigenen Hände zu nehmen.

„Tailored Forward Presence“

Abgestützt auf das multinationale Divisionskommando in Bukarest werden in Südosteuropa verstärkt Ausbildung und Übungen durchgeführt. Der dafür in Warschau gefasste Beschluss erfuhr eine Ausweitung auf das Schwarze Meer beim Treffen der Verteidigungsminister im Oktober 2016. So soll auch hier verstärkt Präsenz gezeigt werden, und der Standing NATO Maritime Group kommt eine koordinierende Rolle zu, sobald sie im Schwarzen Meer operiert.

Zur Verstärkung der Luftraumüberwachung wurden ab Ende März vier britische „Eurofighter Typhoon“ für vier Monate nach Rumänien verlegt, um gemeinsam mit der Luftwaffe des Landes zu patrouillieren.

Abschließend soll noch erwähnt werden, dass am 24. Jänner in Bratislava die letzte NATO Force Integration Unit (NFIU) eröffnet wurde. Damit sind alle im „Readiness Action Plan“ vorgesehenen acht NFIU ihrer Bestimmung übergeben. Die slowakische Einheit wird von 20 Soldaten aus Tschechien, Deutschland, Ungarn, Polen, Rumänien, den USA und der Türkei unterstützt, ihre Gesamtstärke beträgt 41 Männer und Frauen.



„Enhanced Forward Presence“ und „Tailored Forward Presence“

Verteidigungsausgaben steigen

Als (finanzielle) Grundlage für o. a. Schritte und in Erfüllung teils länger zurückliegender amerikanischer Forderungen sowie eigener Beschlüsse steigen in Europa nach langen Jahren der Kürzungen wieder vielerorts die Verteidigungsausgaben. Mitte März betonte NATO-Generalsekretär Stoltenberg, dass nun fünf Alliierte das Ziel erreicht haben, 2% des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigungsausgaben aufzuwenden. Dazu zählen neben den USA das Vereinigte Königreich, Estland, Griechenland und Polen. Die dabei enthaltene Zusatzklausel, dass von diesen Aufwendungen 20% Investitionen zugutekommen müssen, erfüllen 10 Mitgliedsstaaten, darunter Italien, Litauen und Rumänien. Insgesamt nahmen im letzten Jahr die Ausgaben NATO-weit um knapp 4% zu, was den Generalsekretär veranlasste, die Zielerreichung 2024 für alle Mitglieder als realistisch zu bezeichnen.

Das ist dennoch wenig wahrscheinlich. Kanada und andere Mitgliedstaaten wollten auch die Beteiligung an NATO-Operationen als mögliches Kriterium für die 2%-Zielvorgabe gewertet wissen und der deutsche Außenminister Gabriel lehnte ein errechnetes Verteidigungsbudget von etwa 70 Mrd. € bei einem NATO-Treffen rundweg ab. Dazu kommen noch die weiter anhaltenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten vor allem der südeuropäischen Mitglieder.

Ergänzende US-Verstärkungen

Unter dem Begriff „Atlantic Resolve“ wurden diese Verstärkungen bilateral zwischen den Empfängerstaaten

und den USA beschlossen, und zwar schon unter der Regierung des Präsidenten Obama. Sie ergänzen die „Presence“-Maßnahmen der NATO.

Nachdem die US-Streitkräfte im Jänner eine Heeresbrigade für neun Monate nach Europa verlegt haben, trafen nun die ersten Teile der „10th Combat Aviation Brigade“ in Deutschland und in Griechenland ein. 50 Blackhawk, 24 Apache und 10 Chinook Hubschrauber wurden nach und nach mittels C-5 Galaxy-Transportflugzeugen sowie im Schiffstransport über den Atlantik verlegt und ebenfalls für neun Monate in Mittel-, Ost- und Südosteuropa stationiert.

Mitte April landeten acht F-35A Kampffjets der US-Luftwaffe in Großbritannien. Dort absolvieren sie Übungseinsätze mit F-15 C und –E sowie mit den britischen „Eurofighter Typhoon“. Um Spannungen mit der russischen Führung zu vermeiden, werden diese Übungen vorrangig über britischem Luftraum abgehalten, nur fallweise wird in andere Räume verlegt. So flogen Ende April zwei der acht Kampfflugzeuge für einige Tage nach Estland und Bulgarien, dort unterstützt von US-Tankflugzeugen einer Reserveeinheit. Die Finanzierung der Verlegung erfolgt teilweise aus der „European Reassurance Initiative“, die Grundlage von „Atlantic Resolve“ ist. Der zeitlich begrenzte Aufenthalt dient nicht zuletzt der Vorbereitung auf die permanente Stationierung dieser modernen Jets auf britischen Basen, die ab den frühen 2020-er Jahren beginnen wird.



F-35A Lightning II Joint Strike Fighter in Europa

Kampf gegen den Terror

Um den Bedrohungen aus den südlichen Räumen wie Nordafrika und Naher Osten besser begegnen zu können, wurde am Joint Force Command in Neapel eine eigene Planungszelle eingerichtet. 100 Experten erhielten die laufende Beurteilung der Lage und die mögliche Zusammenarbeit mit regionalen Partnern als Hauptaufgabe zugewiesen. Ein wesentliches Element dabei ist die eigene Aufklärungsfähigkeit, welche u. a. durch in Sizilien stationierte Drohnen und durch AWACS-Frühwarnflugzeuge sichergestellt wird.

Mittlerweile trat die NATO als Organisation der „Anti-IS-Koalition“ bei, an der sich ohnehin bereits alle Mitglieder individuell beteiligen. Damit soll das Bündnis als Akteur politisch besser auftreten und die Anstrengungen ihrer Alliierten besser koordinieren, wie beispielsweise bei den Ausbildungsprogrammen für die irakische Armee und für die kurdischen Kräfte.

Auch die Partnerschaften im Raum werden ausgebaut. Ende Jänner wurde in Kuwait das ein Jahr zuvor beschlossene Zentrum für die bilaterale Kooperation zwischen der Allianz und den Ländern der Istanbul Cooperation Initiative (Kuwait, Bahrain, Katar und die Vereinigten Arabischen Emirate) eröffnet. Das Kooperationszentrum ist die erste dauerhafte Einrichtung der NATO im Mittleren Osten. Zu den gemeinsamen Herausforderungen zählen der Terrorismus, die Nichtweiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und Cyber-Angriffe. Noch heuer wird das Joint Force Command Neapel mehrere Ausbildungsteams nach Kuwait entsenden. Über die ICI-Partner hinaus strebt das Zentrum auch noch die Zusammenarbeit mit Saudi-Arabien, dem Oman und dem Golfkooperationsrat an. Doch dürfte die Kooperation schon wieder gefährdet sein, nachdem die Nachbarstaaten alle Beziehungen zu Katar abgebrochen haben. Auch die gemeinsame Definition von Terrorismus dürfte problematisch werden, da dieser aus dem Raum heraus durchaus Unterstützung erfährt.

Partner

Russland

Nach einigen Sitzungen des NATO-Russland-Rates auf politischer Ebene im Jahr 2016 scheiterten vorerst die Versuche, auch militärisch wieder einen Anfang zu machen. Wie General Pavel, der Vorsitzende des NATO-Militärkomitees, ausführte, blieben telefonische Kontaktaufnahmen mit dem russischen Generalstabschef Gerassimow lange Zeit unbeantwortet. Erst Anfang März erfolgte die Aufnahme neuer Kontakte, dabei wurden die Vermeidung von Zwischenfällen bei militärischen Übungen, russische Bedenken über NATO-Truppenverlegungen und Möglichkeiten zur strukturierten Wiederaufnahme des militärischen Dialogs besprochen.

Das zögernde Verhalten Gerassimows überrascht nicht, da die Russische Föderation derzeit aus einer Position der Stärke agiert. Vom syrischen Kriegsschauplatz bis zu politischen Vorgängen wie Brexit wurde die globale Rolle Russlands gestärkt. Aus dieser Position ist ein sofortiges Eingehen auf Wünsche eines Partners nicht unbedingt nötig, ganz im Gegenteil. Moskau droht mit militärischen Antworten auf die ohnehin nur schwachen Maßnahmen des Bündnisses in Mittelost- und Südosteuropa und versucht NATO-Partner wie Schweden durch Einschüchterung von einem Beitritt zur Allianz

abzuhalten. Dies, obwohl eine derartige Entscheidung allein in die Kompetenz Stockholms fällt.

Türkei blockiert Kooperation mit Pfp-Partner

NATO-Partner kommen aber überraschend auch von anderer Seite unter Druck. Offenbar als Reaktion auf anti-türkische Haltungen mehrerer europäischer Regierungen blockiert die türkische Führung die Kooperation mit Pfp-Partnern, deren interne Prozesse einstimmige Entscheidungen der Alliierten erfordern. Im Zentrum steht offenbar Österreich, das die Politik Ankaras im Gefolge des Putschversuchs besonders massiv kritisiert und ein Ende der Beitrittsgespräche gefordert hatte. Obwohl unmittelbar noch kaum negative Effekte eingetreten sind, könnten mittelfristig mehrere Programme und die KFOR-Einsatzvorbereitung gefährdet sein. Nach mehreren ergebnislosen Versuchen zur Aufhebung der Blockade hofft die Führung der Allianz nun auf eine bilaterale Beilegung des Konflikts.

Unterstützung für Libyen

Während die EU den Aufbau einer funktionierenden Küstenwache als vorrangiges Ziel sieht, konzentriert die NATO derzeit ihre Bemühungen auf die Reform oder den grundlegenden Neuanfang des libyschen Sicherheitssektors. Effiziente Strukturen und ein zeitgemäßer Nachrichtendienst könnten die ersten Schritte bilden in einem Land, dessen mittelfristige Stabilität aber nach wie vor unsicher ist. Dies erklärt auch das vorsichtige Vorgehen beider Organisationen.

Ägypten

Anfang März eröffnete Ägypten eine diplomatische Vertretung am NATO Hauptquartier in Brüssel. Das nordafrikanische Land ist seit mehreren Jahren Mitglied im Partnerschaftsformat des „Mediterranean Dialogue“ und wird seine Vertretung in Belgien zusätzlich mit der Mission betrauen. Neben gemeinsamen Aktivitäten in der Ausbildung und für die Interoperabilität gewann der Partner aus Sicht der NATO durch seine Nähe zu Libyen an Bedeutung. Die in Aussicht genommene Vertiefung des politischen Dialogs zwischen Kairo und Brüssel soll auch die NATO-Unterstützung für den Nachbarn in Tripolis stärken.

Zusammenfassung

Die NATO gibt zur Jahresmitte 2017 durchaus ein uneinheitliches Bild ab. Da sind auf der einen Seite die Unwägbarkeiten der Politik in Washington, namentlich des US-Präsidenten, und auf der anderen Seite die planmäßig anlaufenden Verstärkungen in Osteuropa. Diese trägt auch der US-Verbündete mit, der alleine fast genauso viele Soldaten verlegt wie alle Europäer zusammen. Dennoch bleiben diese mehrheitlich verunsichert und täten gut daran, 72 Jahre nach dem

Ende des 2. Weltkriegs die Sicherung ihres Kontinents verstärkt in die eigenen Hände zu nehmen. Jede Krise birgt auch eine Chance und Brüssel muss ja nicht die Brücken über den Atlantik abbrechen.

Dies schon deswegen, da Moskau im Osten und der IS-Terror im Süden/Südosten als Bedrohung bestehen bleiben. Moskau hält an der völkerrechtswidrigen Politik auf der Krim bzw. in der Ukraine fest und zieht mittlerweile auch internationale richterliche Kritik auf sich. So weist mit dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag ein Organ der Vereinten Nationen die Russische Föderation an, die Unterdrückung der Krimtataren unverzüglich zu unterlassen und den Gebrauch der ukrainischen Sprache auf der Halbinsel sicher zu stellen. Interessierte Leser werden sich erinnern, dass 2014 das durch Kiew kurzfristig erwogene Verbot der russischen Sprache ein Auslöser für das Eingreifen des Kremls bildete.

In einem derartigen Szenario sollte jegliche Diskussion über ein Entgegenkommen in der Sanktionsfrage unterbleiben und auch sonst jede westliche Uneinigkeit vermieden werden. Es ist daher kontraproduktiv, wenn der neugewählte bulgarische Präsident Zweifel an der Zuverlässigkeit seines Landes als NATO-Verbündeter streut, indem er die Teilnahme an einer NATO-Marinegruppe im Schwarzen Meer ablehnt.

Die Bekämpfung des „Islamischen Staats“ erfordert hingegen zuerst eine verstärkte polizeiliche Kooperation der europäischen Staaten auf allen Feldern und erst nachrangig militärische Aktivitäten, wie sie in der Anti-IS Koalition ohnehin durchgeführt werden. Alles in allem darf aber abschließend festgehalten werden, dass die europäischen Staaten gut beraten sind, im Angesicht mannigfacher Krisen mehr und mehr zusammenzustehen, als nationale Sonderwege zu beschreiten. Die großen Gefahren, denen Europa erstmals seit 1990 ausgesetzt ist, erfordern gut abgestimmte Reaktionen und natürlich auch mehr finanzielle Mittel, als in den Jahren zuvor. Jede Krise birgt eine Chance, hier diejenige, dass Europa gestärkt daraus hervorgeht. Dies würde auch ein transatlantisches Verhältnis „auf Augenhöhe“ ermöglichen.

... und ihre Partner und Herausforderer

Russland und der zentralasiatische Raum

Die Außen- und Sicherheitspolitik Russlands wurde zu Beginn der ersten Jahreshälfte 2017 von der Ungewissheit der Gestaltung der internationalen Politik der neuen US-Administration unter Präsident Donald Trump geprägt. Da sich aus Sicht des Kremls die weiteren internationalen Prozesse von der außenpolitischen Schwerpunktsetzung der USA ableiten, galt es zunächst für Moskau, die Positionierung Washingtons in zentralen Sicherheitsbereichen abzuwarten. Im Berichtszeitraum wurden zwar keine endgültigen Weichen für weitere Entwicklungen gelegt, aber eine gewisse Tendenz ist dennoch erkennbar.

Ausgangslage für russische Außen- und Sicherheitspolitik

Für die russische Regierung sind Fragen nach der Positionierung der USA zur NATO und ihrer Rolle in Osteuropa, US-Initiativen im Ukraine-Konflikt sowie im syrischen Bürgerkrieg im Kontext weiterführender Maßnahmen bei der Neuordnung des Nahen und Mittleren Ostens essentiell für die eigenen außen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Maßnahmen. In all diesen Bereichen ließ Donald Trump zu Beginn seiner Präsidentschaft eine Änderung der von US-Präsident Obama eingeführten Praktiken verlautbaren. Dies ließ Russland zunächst in einem Zustand der „strategischen Unklarheit“ verharren, da die tatsächliche außenpolitische Schwerpunktsetzung der neuen US-Administration zu Jahresbeginn 2017 nicht seriös eingeschätzt werden konnte. Daher war der russischen Regierung auch nicht klar, wie die eigene Politik unter möglichen veränderten Parametern künftig gestaltet werden müsste. Abhängig von der US-Regierung standen für Moskau im Grunde drei Optionen für die bilateralen Beziehungen offen:

- die USA-Russland Beziehungen werden neu geregelt und Entspannung auf der Basis von gegenseitigen machtpolitischen Zugeständnissen kehrt ein,
- der unter Präsident Obama eingeleitete Zustand des „kalten Friedens“ verfestigt sich,
- die bilateralen Beziehungen verschlechtern sich und in weiterer Folge werden Spannungen international und Regionen übergreifend zunehmen.

Da zu Jahresbeginn Diskussionen über eine „veränderte Weltordnung“ seitens russischer Regierungsvertreter geführt wurden, kann dies als Anzeichen gedeutet werden, dass man sich in Moskau eine „Balance“ der machtpolitischen Verhältnisse in den internationalen Beziehungen erwartet hatte. Ausschlaggebend dafür wäre

eine Änderung der Rolle der USA in den internationalen Beziehungen. Zu Jahresmitte 2017 lässt sich zwar eine erste Bilanz der US-Politik ziehen, eine Ableitung für die weitere russische Außen- und Sicherheitspolitik im Verhältnis zu den USA gestaltet sich dennoch schwierig.

Die russische Weltsicht

Für Moskau galt für mehr als zwei Jahrzehnte nach dem Zerfall der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR), dass den USA als der einzigen verbliebenen Supermacht nicht nur theoretische Möglichkeiten, sondern auch personelle und materielle Mittel zur Verfügung standen, die globale Weltordnung nach ihrem Willen zu beeinflussen. Da kein internationaler Akteur in der Lage gewesen war, ein Gegengewicht zu den USA im Sinne einer globalen Machtbalance zu bilden, wurden internationale Normen und Regeln durch völkerrechtswidrige Intervention im US-Interesse gebrochen, so die russische Sichtweise. Als Rechtfertigung für diese Interventionen wurde die Verbreitung von Werten – basierend auf Menschenrechten und auf Zugrundelegung des theoretischen Konzepts des „liberal interventionism“ – argumentiert. Gemäß russischer Lesart verbargen sich dahinter aber geopolitische und ökonomische Interessen.

Zwar strebte die russische Regierung zusammen mit Partnern eine multipolare Ordnungsstruktur der internationalen Beziehungen an, doch die „hegemonialen“ Ansprüche der USA würden die anderen Akteure lediglich zur Anpassung an den vorgegebenen Rahmen zwingen. So lautete jahrelang die gängige russische Bewertung politischer Prozesse auf internationaler Ebene. Das eigene völkerrechtswidrige Handeln – wie z.B. die Annexion der Krim – wird hingegen von der russischen Regierung als legitim oder als „Reaktion“ auf das Machtstreben des „Westens“ unter US-Führung gerechtfertigt. Mit Trump als US-Präsident schien zu Jahresbeginn 2017 der russische Präsident aber einen Konterpart im Weißen Haus zu haben, der Verständnis für die russische Außenpolitik signalisierte und eine Änderung der Haltung gegenüber Moskau andeutete.

„Post-westliche“ Weltordnung

Im Zuge der Übernahme der Regierungsgeschäfte durch die neue US-Administration wurden politische Paradigmen und somit Konstanten internationaler Politik, wie die Förderung der liberalen Demokratie durch die USA, in Frage gestellt. Aus russischer Sicht bedeutete die Verbreitung der liberalen Demokratie vor allem „regime change“ und damit einhergehend Verlust des eigenen Macht- und Geltungsbereichs. Vor diesem

Hintergrund wurden in Moskau besonders jene Botschaften des neuen US-Präsidenten positiv aufgenommen, die Kritik an der vergangenen „Regime-Change-Politik“ beinhalteten. Noch vor seinem offiziellen Amtsantritt verkündete Trump im Dezember 2016 eine Änderung der Außenpolitik: „We will stop racing to topple foreign regimes that we know nothing about, that we shouldn't be involved with (...)“. Nicholas Kitchen vom US Center der LSE bringt es auf den Punkt: Mit Trump als Präsident wurde die Ära des „liberal internationalism“, die von den USA nach dem Zweiten Weltkrieg eingeführt wurde, durch den „offensive realism“ abgelöst. Damit würde sich der Fokus der US-Außenpolitik verlagern: weg von „maximising American security“, hin zu „maximising American power“.

Neben den USA hat auch der wichtigste Verbündete Washingtons ein Umdenken in der Außenpolitik angekündigt: das Vereinigte Königreich. Premierministerin Theresa May spricht von einer veränderten Außen- und Sicherheitspolitik und kritisierte bei ihrem Antrittsbesuch beim Donald Trump am 26. Jänner 2017 im Weißen Haus ebenfalls die Praktiken der Vergangenheit als „failed policies of the past“. Gleichzeitig kündigt sie einen Bruch des Prinzips der „liberal intervention“ an, das von Tony Blair eingeführt wurde. In ihren Äußerungen lässt sie keine Zweifel offen: „The days of Britain and America intervening in sovereign countries in an attempt to remake the world in our own image are over.“

Diese Ausgangslage versuchte die russische Führung offensichtlich für sich zu nutzen, ein neues Modell der Weltordnung durchzusetzen. Es war der russische Außenminister Sergej Lawrow, der bei der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2017 das Konzept einer „post-westlichen“ Weltordnung vorstellte. Im Mittelpunkt dieses Konzepts soll die „freie Wahl der eigenen nationalen Politik“ stehen. „Jedes Land sollte auf Basis seiner Souveränität und unter Wahrung des Völkerrechts sein eigenes Gleichgewicht zwischen nationalen Interessen und den Interessen seiner Partner finden dürfen“ gibt Lawrow zu verstehen. Damit dürfte gemeint sein, dass sich in einer „post-westlichen“ Weltordnung künftig Staaten an Russland außen-, sicherheits- und verteidigungspolitisch annähern dürfen (sollen), ohne dass mittels Interventionen von außen eine Änderung herbeigeführt werden würde (sollte). Die zentralen Fragen in diesem Zusammenhang lauten: Welche Positionen würden die USA einnehmen? Lassen sich Indikatoren der US-Außenpolitik identifizieren, die in weiterer Folge eine „post-westliche“ Weltordnung zulassen würden?

Trumps‘ Russlandaffäre

Nachdem Donald Trump am 20. Januar 2017 zum 45. Präsidenten der USA angelobt worden war, herrschte in

Moskau ein vorsichtiger Optimismus. Hoffnungen wurden dahingehend geäußert, dass sich die Beziehungen mit Washington verbessern könnten und dies unter Umständen auch eine „post-westliche“ Weltordnung ermöglichen könnte. Doch gerade eine mögliche Nähe zwischen Trump zu Russland erwies sich im Berichtszeitraum als die größte Hürde für ein solches Szenario.

Der US-Präsident und Teile seines engsten Umfeldes in der Administration gerieten aufgrund möglicher rechtswidriger Kontakte zu russischen Amtsträgern noch während des US-Präsidentschaftswahlkampfes in Bedrängnis. Schließlich musste Trumps Sicherheitsberater, Micheal Flynn, bereits im Februar nach nur wenigen Wochen im Amt zurücktreten. Der Vorwurf lautete, dass Flynn während des Wahlkampfes illegalen Kontakt zum russischen Botschafter in Washington D.C., Sergej Kisljak, gehabt und dabei die US-Sanktionspolitik gegenüber Moskau besprochen haben soll. Nachdem FBI-Direktor James Comey, der die Investigationen in dieser Russlandaffäre untersuchen sollte, am 11. Mai von Trump entlassen worden war, wurde eine neue Ebene des politischen Drucks auf Trump erreicht. Trump wird vorgeworfen, bei der Entlassung von Comey politisch motiviert gehandelt zu haben, um eine Aufarbeitung der möglichen Verbindungen von seinen engsten Mitarbeitern zum Kreml zu verhindern.

Nach der Entlassung von Comey setzte das Justizministerium mit Robert Mueller ebenfalls einen ehemaligen FBI-Direktor als Sonderermittler ein, der die Untersuchungen seitdem weiterführt. Doch nachdem dieser Ende Mai Ermittlungen auch gegen Trumps Schwiegersohn und engsten Berater des Präsidenten, Jared Kushner, wegen illegaler Russlandkontakte einleiten ließ, könnte Medienberichten zufolge der US-Präsident auch Mueller von der Funktion des Sonderermittlers entheben. Dies könnte Trump aber nur über das Justizministerium anordnen und nicht selbst eine Entlassung mittels Weisung direkt umsetzen.

Würde sich Trump der Behinderung der Justiz schuldig machen, wäre ein Amtserhebungsverfahren gegen ihn wahrscheinlich. Seine Gegner in den Reihen der Republikaner würden sich zusammen mit Demokraten auf so einen Fall bereits vorbereiten.

Alles neu unter Trump?

Vor dem Hintergrund der Ermittlungen gegen Vertraute des US-Präsidenten sind neue Spannungen zwischen Washington und Moskau aufgekommen. Am 4. April kamen in der syrischen Stadt Khan Sheikoun bei einem mutmaßlichen Giftgasangriff 80 Menschen, darunter

Kinder und Frauen, ums Leben. Als Reaktion darauf wurden von US-Kriegsschiffen 59 Marschflugkörper auf eine Luftwaffenbasis der syrischen Streitkräfte abgefeuert. Erstmals griffen somit die USA im Syrienkrieg Flugzeuge, Start- und Landebahnen sowie Treibstofflager der regulären syrischen Streitkräfte direkt an. Dies hatte es davor unter Präsident Obama nicht gegeben.

Der russische Präsident Vladimir Putin verurteilte das Vorgehen der USA als illegitimen Angriff gegen einen souveränen Staat. Putin kündigte militärische Gegenmaßnahmen an, um syrische Streitkräfte und deren Infrastruktur vor weiteren Luftangriffen zu schützen. Auch wurde eine russisch-amerikanische Vereinbarung von Russland ausgesetzt, die Zusammenstöße beider Luftstreitkräfte im syrischen Luftraum verhindern soll. Jedoch wurde diese Abmachung kurze Zeit später schließlich wiederaufgenommen.

Annäherung zwischen USA und Russland?

Eine gewisse Entspannung in den Beziehungen brachte das Treffen des US-Außenministers Rex Tillerson in Moskau am 12. April, bei dem es auch zum Treffen mit Putin kam. Ausführlich wurde die Situation in Syrien besprochen und der russische Präsident betonte, dass das Vertrauen auf militärischer Ebene abgenommen habe: "One could say that the level of trust on a working level, especially on the military level, has not improved, but rather has deteriorated," sagte Putin. Grundsätzlich sei man sich bei diesem Treffen aber nähergekommen.

Auch das Gespräch zwischen dem russischen Außenminister Lawrov und US-Präsident Trump am 10. Mai in Washington sei „sehr positiv“ verlaufen, ließ das Weiße Haus verlautbaren. Unter anderem wurde der russische Vorschlag über die Errichtung von Schutzzonen in Syrien besprochen. Den Medien gegenüber sagte Trump: „We're going to stop the killing and the death.“ Lawrov bestätigte den guten Verlauf der Gespräche und meinte, dass diese „frei von Ideologie“ gewesen seien. Einigkeit herrschte zwischen dem russischen Außenminister und Trump dahingehend, dass die Zusammenarbeit beider Länder bei der Terrorismusbekämpfung forciert werden müsse.

Nach einer gewissen Annäherung zwischen Washington und Moskau Mitte Mai nahmen außen- und sicherheitspolitische Spannungen dann allerdings wieder deutlich zu. Insbesondere im Juni kann eine negative Tendenz in allen für Russland wichtigen außen- und sicherheitspolitischen Bereichen festgestellt werden. Dies betrifft die NATO, den Krieg in Syrien, die Situation in der Ukraine und US-Sanktionen gegen Russland.

NATO

Die noch unter Obama beschlossene Verlegung von US-Truppen sowie Streitkräften weiterer NATO-Staaten nach Polen und in die baltischen Staaten wurde umgesetzt. Ab Ende März begann die Stationierung von ca. 1.000 US-Soldaten in Polen. Insbesondere die NATO-Aktivitäten im Baltikum wurden im April vom russischen Außenministerium heftig kritisiert. Zwar stellte Trump die Bündnisverteidigung – sehr zur Freude der russischen Führung – immer wieder in Frage, doch am 9. Juni stellte er unmissverständlich klar: "I am committing the United States to Article 5," und in Richtung der verunsicherten Balten sagte er weiters: "And certainly we are there to protect".

Syrien

Nachdem am 19. Juni ein syrisches Kampfflugzeug von einer F-18-Maschine der US-Luftstreitkräfte abgeschossen worden war, kündigte das russische Verteidigungsministerium erneut das Abkommen auf, das Zusammenstöße im syrischen Luftraum verhindern soll. Die russische Regierung hat scharfen Protest gegen den Abschuss des syrischen Flugzeugs eingelegt und sah dahinter eine weitere Provokation durch die USA.

Ukraine

Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko war seit der Amtseinführung von Trump sichtlich bemüht, die Aufmerksamkeit der neuen US-Administration auf die Problemlage in der Ukraine zu lenken. Noch am 4. Februar vertrat Trump im Telefongespräch mit Poroschenko eine durchaus „russlandfreundliche Position“ und sagte zum weiteren Vorgehen in der Ukraine: "We will work with Ukraine, Russia, and all other parties involved to help them restore peace along the border". Doch beim persönlichen Treffen der beiden Präsidenten am 20. Juni vertrat Trump bereits eine andere Haltung. Trump äußerte Verständnis für die ukrainische Regierung und lies zugleich neue Sanktionen gegen Russland verhängen.

Sanktionen der US-Regierung

Als „Willkommensgeschenk“ für den ukrainischen Staatschef bezeichneten US-Medien die von den USA erweiterten Sanktionsmaßnahmen gegen Russland, die genau am selben Tag der Öffentlichkeit präsentiert wurden, an dem das Treffen zwischen Trump und Poroschenko in Washington stattfand. Von den neuen Sanktionen sind insgesamt 38 russische Einzelpersonen und Organisationen, davon zwei Regierungsbeamte und eine russische Bank, betroffen. Die Sanktionen wurden

vom US-Finanzminister Steven Mnuchin verkündet, der meinte, dass man der "ukrainischen Souveränität" verpflichtet sei. Man wolle mit diesen Maßnahmen zur Einhaltung des Minsker Abkommens beitragen, so sagte Mnuchin: "The [US-]administration is committed to a diplomatic process that guarantees Ukrainian sovereignty, and there should be no sanctions relief, until Russia meets its obligations under the Minsk agreements."

Aufgrund der Nichtumsetzung des Minsker Abkommens wurde am 22. Juni auch von EU-Staats- und Regierungschefs die Verlängerung der Wirtschaftssanktionen gegen Russland um weitere sechs Monate verkündet.

Sanktionen des US-Senats

Neben den Sanktionen der US-Regierung wurden mit einer überwältigenden Mehrheit vom US-Senat Sanktionen gegenüber Russland beschlossen. Vordergründig wurde Russlands Rolle in der Ostukraine, russische Unterstützung für den syrischen Machthaber Bashar al-Assad und die Einmischung in den US-Wahlkampf als Grund für die Sanktionen angegeben. Das entsprechende Gesetz muss zwar noch von Trump unterzeichnet werden, doch auch wenn dieser seine Unterschrift verweigern sollte, könnte das Gesetz dennoch durch den Senat in Kraft gesetzt werden.

Die beschlossenen Sanktionen wurden vom österreichischen Bundeskanzler Christian Kern, sowie dem deutschen Außenminister Sigmar Gabriel scharf kritisiert. Beide sehen nicht die russische Außenpolitik, sondern vielmehr US-amerikanische Wirtschaftsinteressen als wahren Grund hinter den Sanktionen. In einem Apell heißt es wörtlich "Keine Vermengung außenpolitischer Interessen mit wirtschaftlichen! Noch ist Zeit und Gelegenheit, das zu verhindern!" Die geplanten Sanktionen würden die Gasversorgung aus Russland mittels der Gaspipeline North Stream II, die über die Ostsee direkt nach Deutschland verlaufen soll, treffen. Das Gas soll über ein entsprechendes Verteilernetz auch in andere EU-Staaten transportiert werden. Am Bau der Pipeline beteiligen sich unter anderem das deutsche Unternehmen BSAF und die ÖMV. In einer Presseaussendung des österreichischen Bundeskanzleramts heißt es dazu wörtlich: „In bemerkenswerter Offenheit beschreibt der US-Gesetzentwurf, worum es eigentlich geht: um den Verkauf amerikanischen Flüssiggases und die Verdrängung russischer Erdgaslieferungen vom europäischen Markt. Ziel sei es, Arbeitsplätze in der Erdgas- und Erdölindustrie der USA zu sichern. Politische Sanktionsinstrumente sollten nicht mit wirtschaftlichen Interessen in Verbindung gebracht

werden. Und Unternehmen in Deutschland, Österreich und anderen europäischen Staaten auf dem US-Markt mit Bestrafungen zu drohen, wenn sie sich an Erdgasprojekten wie Nord Stream II mit Russland beteiligen oder sie finanzieren, bringt eine völlig neue und sehr negative Qualität in die europäisch-amerikanischen Beziehungen.“

Dass US-Amerikanische Unternehmen auf den europäischen Energiemarkt drängen, ist angesichts des Energieverbrauches verständlich. In Summe werden von der EU jährlich fossile Brennstoffe im Wert von über 500 Milliarden Euro importiert. Der europäische Energiemarkt ist für die russische Wirtschaft essentiell, denn der Gasverbrauch in der EU wird zu 40% und der Ölverbrauch zu ca. 36% von Russland abgedeckt. Ein Zurückdrängen russischer Energielieferungen nach Europa hätte daher gravierende soziale, wirtschaftliche und sicherheitspolitische Folgen für Russland. Daher sind US-Sanktionen gegen europäische Firmen, die mit russischen Unternehmen in diesem Bereich zusammenarbeiten, absolut inakzeptabel.

Ausblick

Gerade aufgrund der Vorwürfe der illegalen Russlandkontakte war der US-Präsident bemüht, Maßnahmen zu setzen, die offensichtlich gegen Russland gerichtet waren. Daher können insbesondere die Positionierungen der US-Regierung ab Ende Mai als Indikatoren einer Tendenz weiterer politischer außen- und sicherheitspolitischer Prozesse gewertet werden. Die weiteren bilateralen Beziehungen zwischen den USA und Russland werden kurz- bis mittelfristig vor dem Hintergrund der innenpolitischen Entwicklungen in der „Russland-Affäre“ beeinflusst werden. Unter diesen Vorzeichen ist deshalb davon auszugehen, dass solange Ermittlungen gegen Personen aus dem unmittelbaren Umfeld von Präsident Trump wegen „illegalen Russlandkontakten“ geführt werden und er daher innenpolitisch angreifbar ist, es keine substantielle Annäherung zwischen Washington und Moskau geben wird. Aus russischer Sicht bleiben zumindest aus taktischen Überlegungen zwei Möglichkeiten offen: Entweder man verhält sich zurückhaltend und vermeidet Konfrontationen mit den USA, um keine unbeabsichtigte Dynamik einzuleiten, die in weiterer Folge eine Verbesserung der Beziehungen unmöglich machen würde, oder die russische Regierung bereitet sich auf eine Situation vor, die auch eine Eskalation, z.B. in Syrien, zulassen würde.

Für die zweite Jahreshälfte deutet Vieles darauf hin, dass Moskau abwartet und sich eine Einstellung der Ermittlungen und somit die innenpolitische Stärkung des US-Präsidenten erhofft. Solange die USA keine für Russland definierte „rote Linie“ überschreiten, wird

Russland die gegenwärtige US-Administration nicht herausfordern. Als eine „rote Linie“ gilt unter anderem die Unterstützung der Ukraine mit sogenannten „tödlichen Waffen“ oder massives militärisches Vorgehen gegen reguläre syrische Streitkräfte. Würde dies geschehen, könnte eine Eskalationsstufe eingeleitet werden, die in weiterer Folge genau in das Gegenteil einer „post-westlichen“ Weltordnung münden würde. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt scheinen die USA jedoch kein Interesse an einer solchen Eskalation zu haben.

Der indo-pazifische Raum

Myanmar: Friedensprozess mit Hindernissen

Der 2016 mit viel Hoffnung begonnene Friedensprozess in Myanmar (Burma) geht weiter; Fortschritte zu erzielen, ist aber schwierig. Das Land wird seit der Unabhängigkeit 1948 von ethnischen Konflikten erschüttert, die besonders die Teilstaaten Kachin und Shan im Nordosten des Landes betreffen. Myanmar befindet sich zudem in einem noch frühen Stadium der Demokratisierung. Mit der aus den Wahlen 2015 hervorgegangenen Regierung der siegreichen Nationalen Liga für Demokratie unter Führung der Friedensnobelpreisträgerin und ehemaligen Oppositionschefin Aung San Suu Kyi (aus verfassungsrechtlichen Gründen ist sie nicht offiziell Regierungschefin, als „Staatsrat“ ist sie es aber de facto) waren große Hoffnungen auf eine innere Konsolidierung des Landes verbunden.

Im August 2016 war es erstmals gelungen, einen Großteil der bewaffneten Gruppen an einen Tisch mit der Regierung zu bringen. Der Erfolg des Verhandlungsformats „21st Century Panglong“ war schon damals fraglich. Trotz der Friedensgespräche verstärkten die Streitkräfte ihre Bemühungen um eine militärische Lösung. Der relativ eng gesteckte Zeitplan erlaubte angesichts der Komplexität der Lage nur eingeschränkten Spielraum. Abkommen mit einer Reihe von Rebellengruppen wurden von der Militärregierung schon zwischen 2011 und 2013 unterzeichnet. Sie mündeten in das „Nationwide Ceasefire Agreement“ von 2015. Sieben von 15 Rebellengruppen verweigerten aber die Unterzeichnung.

Eine Schwierigkeit am Weg zu einem nationalen Konsens ist der ungebrochen große Einfluss des Militärs auf den Staat. Im Mai 2017 wurden die Friedensgespräche fortgesetzt. Nach wie vor besteht die Regierungsseite auf einen Beitritt zum dem genannten Waffenstillstandsabkommen. Drei Gruppen, die ihn nicht unterzeichnet haben, waren daher nur als „special guests“ geladen, eine weitere Gruppierung war – anders als bei der letzten Runde – diesmal nicht dabei. Heikle Fragen wie die nach Sezession und Selbstbestimmung bleiben weiterhin offen. Der Dialog soll in einem halben Jahr fortgesetzt werden.

Die ethnischen Konflikte sind längst nicht nur ein inneres Problem von Myanmar. Internationale Aufmerksamkeit wird vor allem den Rohingya zuteil, einer muslimischen Minderheit im westlich gelegenen Teilstaat Rakhine, die als unerwünschte Einwanderer aus dem benachbarten Bangladesch betrachtet werden – Religion und Sprache sind grenzübergreifend – und daher keine Bürgerrechte besitzen. Der Konflikt zwischen den Rohingya und den buddhistischen Rakhine eskalierte schon während des

Zweiten Weltkriegs und konnte nie befriedet werden. Nach Übergriffen durch Kämpfer der Minderheit auf Sicherheitskräfte Ende 2016 hat sich die Armee massiv in den Konflikt eingeschaltet.

Schilderungen von Betroffenen berichten von schweren Gewalttaten wie Morden, Vergewaltigungen und Plünderungen. 43.000 Menschen sind nach Angaben der UN nach Bangladesch geflüchtet, 74.000 Flüchtlinge leben dort in Flüchtlingslagern und Behelfsunterkünften. Die UN gehen davon aus, dass in den letzten fünf Jahren 160.000 Rohingya aus Myanmar geflohen sind. 420.000 sollen insgesamt als Flüchtlinge im Ausland leben, 120.000 als Binnenflüchtlinge im Land. Die Armee hat möglicherweise schon mehrere Tausend Rohingya getötet; die Regierung spricht lediglich von etwas mehr als hundert.

Der UN-Menschenrechtsbeirat hat angesichts dieser Entwicklungen die Entsendung einer Fact-finding-Mission beschlossen, die sich besonders mit der Lage in Rakhine befassen soll. Die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini unterstützt das Vorhaben. Aung San Suu Kyi lehnt die Entsendung ab. Der Begriff „ethnische Säuberung“ für das Vorgehen gegen die Rohingya ist nach ihrer Ansicht „zu stark“, sie will nur eine „Trennlinie“ („divide“) zwischen zwei Parteien erkennen.

International hat diese Haltung ihrem Ansehen geschadet, im mehrheitlich buddhistischen Myanmar bringt es ihr aber keinen Nachteil. Suu Kyi sieht offenbar das Eintreten für die Rechte der Rohingya als nachrangig gegenüber anderen Zielen, die sie nicht durch den Einsatz für eine verachtete Minderheit aufs Spiel setzen will. Ihr Einfluss und der ihrer Partei sind allerdings beschränkt. Das Militär ist noch immer ein Machtfaktor: Es stellt den Verteidigungs- und den Innenminister (diese können auch aktive Soldaten sein) sowie ein Viertel der Abgeordneten im Unionsparlament, was eine Sperrminorität für Verfassungsgesetze bedeutet. Ein Arrangement von Suu Kyi mit den Generälen ist daher im Bereich des Möglichen.

Auch China ist von der Flüchtlingsbewegung betroffen und hat sich daher in die Friedensbemühungen eingeschaltet. Staats- und Parteichef Xi Jinping hat Aung San Suu Kyi die Hilfe Chinas zugesagt. Im Rahmen der Initiative „One Belt, One Road“ will China die „neue Seidenstraße“ auch nach Myanmar vorantreiben. Kritiker sagen, dass China aber schon mehr Partei als bloßer Vermittler ist. Die größte Rebellengruppen in Myanmar, die United Wa State Army, die über rund 30.000 Kämpfer verfügt, soll aus China schwere Waffen wie Boden-Luft-Raketen, schwere Artillerie und leichte Kampffahrzeuge beziehen. Die Gruppe ist auch in den Drogenhandel verwickelt. In dem von ihr kontrollierten Gebiet an der Grenze zu China wird die chinesische Währung

verwendet und chinesische Spieler besuchen die dortigen Kasinos. Mit der Unterstützung durch China im Hintergrund gilt die Gruppe als sehr mächtig, ihre Bereitschaft zur konstruktiven Zusammenarbeit ist daher für den Friedensprozess unerlässlich. Das Friedensabkommen von 2015 hat sie bislang nicht unterzeichnet.

Islamismus: steigende Gefahr für Südostasien

In Südostasien wird der islamistische Extremismus immer mehr zu einer Bedrohung für die Sicherheit. Davon ist auch Indonesien betroffen, das – an Einwohnern gemessen – größte muslimische Land der Erde. Bei einem Selbstmordanschlag zweier Attentäter in der Hauptstadt Jakarta Ende Mai 2017 wurden drei Polizisten getötet und sechs weitere gemeinsam mit fünf Zivilisten verletzt. Der Anschlag dürfte den Polizisten gegolten haben. Die Behörden sehen einen Zusammenhang mit dem Islamischen Staat (IS), der sich auch zu dem Anschlag bekannt hat. Mehrere Hundert Indonesier sollen in Syrien und im Irak auf Seiten des IS kämpfen. Durch die zunehmenden Gebietsverluste des „Kalifats“ steigt auch für Indonesien die Gefahr, dass Rückkehrer aus Syrien und dem Irak den Kampf des IS in ihre Heimat exportieren. Hinter dem jüngsten Anschlag könnte das lokale Netzwerk Jamaah Ansharut Daulah stecken, das dem IS nahesteht und in jüngster Vergangenheit bereits kleinere Anschläge verübt hat. Der letzte schwere Anschlag in Indonesien war im Jänner 2016, als acht Menschen, davon vier Angreifer, starben. Danach gab es eine ganze Reihe von Anschlägen niedrigerer Intensität. Nach dem jüngsten Angriff wurden drei Personen verhaftet.

Wie sehr sich das Meinungsklima in Indonesien geändert hat, wurde anhand des Falles von Basuki Purnama, genannt Ahok, deutlich. Der Politiker ist Christ und gehört der chinesischen Minderheit an. Er war Gouverneur der Hauptstadt Jakarta. Im letzten Jahr kritisierte er während der Kampagne für seine Wiederwahl politische Gegner, die eine Stelle des Koran gegen ihn ins Treffen geführt hatten, nach der Muslime nicht von einem Nichtmuslim geführt werden dürfen. Purnama wurde daraufhin vorgeworfen, den Koran selbst in Frage zu stellen. Es wurde verlangt, ihn wegen Blasphemie vor Gericht zu stellen. Purnamas Gegner organisierten Massenveranstaltungen, 500.000 Menschen kamen bei einer solchen zusammen. Der Prozess gegen ihn begann im Dezember 2016. Die Affäre kostete den zuvor beliebten Politiker das Amt. Er verlor im April die Wahl gegen seinen Herausforderer Anies Baswedan, der auf die Unterstützung konservativer Muslime zählen konnte. Anfang Mai wurde Purnama zu einer zweijährigen Haftstrafe verurteilt.

Die Härte des Urteils überraschte, denn die Anklage hatte höchstens ein Jahr auf Bewährung gefordert. Seine Gegner hatten die Höchststrafe von vier Jahren gefordert. Purnama verzichtete auf eine Berufung, um nicht Konflikte zwischen seinen Anhängern und Gegnern anzufachen. Es gibt allerdings eine Berufung durch die Ankläger, die weiterhin eine geringere Strafe fordern. Kritiker befürchten, dass das Blasphemiegesetz zu einem politischen Instrument werden könnte, das besonders gegen Minderheiten eingesetzt wird. Gleichzeitig wird in Indonesien gegen extreme Ausformungen des Islamismus sehr wohl vorgegangen. So soll die Gruppe Hizbut Tahrir, die einen islamischen Staat fordert, verboten werden.

Wesentlich kritischer ist die Lage auf den Philippinen. Nach wie vor konzentrieren sich die Aktionen bewaffneter muslimischer Gruppen auf die südlichen Inseln des Archipelstaates, wo der Großteil der philippinischen Muslime lebt – über 80 Prozent der Philippinos sind Katholiken. Ende der 1960er-Jahre führte die Einwanderung von Christen aus dem Norden zu einem Aufstand der Muslime gegen ihre Marginalisierung durch die Neuankömmlinge. Der jahrzehntelange Kampf um Unabhängigkeit kostete Zehntausenden Menschen das Leben. 2014 wurde mit der wichtigsten Guerillaorganisation, der Moro Islamic Liberation Front (MILF), ein Autonomieabkommen unterzeichnet. Die Umsetzung ist nach wie vor ungewiss. Der philippinische Präsident Rodrigo Duterte äußerte sich im Mai 2017 skeptisch darüber, weil sich die Moslems untereinander nicht einig seien. Verkompliziert wird die Lage durch Duterter Pläne zur Föderalisierung der Philippinen.

In diesem von Gewalt und einer Mischung von Politik und Religion geprägten Umfeld fand der islamistische Extremismus nach Art der Al-Kaida einen idealen Nährboden. Die bekannteste Organisation dieser Richtung ist Abu Sayyaf, eine Abspaltung der MILF. Die Entscheidung des Anführers, Isnilon Hapilon, sich 2014 dem IS anzuschließen, wollten nicht alle Anhänger mittragen und es kam zu Absplitterungen. Ab Ende 2016 tat sich Abu Sayyaf mit drei ähnlich gesinnten Gruppen zusammen, eine davon „Maute“.

Benannt ist Maute nach ihren Gründern, den Brüdern Omar und Abdullah Maute, die sie vor fünf oder sechs Jahren ins Leben riefen. Omar studierte an der berühmten Al-Azhar-Universität in Kairo, Abdullah in Jordanien. Beide sprechen Arabisch und können somit entsprechende Kontakte zu den arabischen Gesinnungsfreunden vom IS pflegen. Bereits 2016 trat Maute mit Aktionen in Erscheinung. Die Gruppe soll einige Hundert Kämpfer umfassen, darunter auch eine Reihe von Ausländern, vorwiegend aus Indonesien und Malaysia.

Mautes jüngster Plan war, zu Beginn des Fastenmonates Ramadan 2017 die Stadt Marawi auf der Insel Mindanao unter ihre Kontrolle zu bringen. Marawi hat eine mehrheitlich muslimische Bevölkerung, daher wird die 200.000 Einwohner zählende Stadt „Islamic City“ genannt. Der ursprüngliche Plan dürfte schiefgegangen sein, weil die Streitkräfte zu diesem Zeitpunkt Isnilon Hapilon in der Stadt vermuteten und ihn festnehmen wollten. Daraufhin schlugen die Maute-Kämpfer los. Gebäude wurden angezündet, ein Krankenhaus besetzt, Gefangene befreit und Geiseln genommen. Viele Menschen flüchteten. Präsident Duterte verhängte das Kriegsrecht über Mindanao. 138 Maute-Kämpfer, darunter auch Omar Maute, und 58 Sicherheitskräfte sollen bereits getötet worden sein. Auch 20 Zivilisten befinden sich unter den Opfern. Die Philippinen ersuchten um US-Hilfe beim Kampf gegen die Aufständischen; die Spezialeinsatzkräfte sollen aber nur „technische Unterstützung“ leisten.

Der lang anhaltende Widerstand der Maute-Kämpfer gegen die Armee beweist einerseits die Kampfkraft der Gruppe und erhöht andererseits ihr Ansehen und dadurch ihre Attraktivität in Islamistenkreisen. Die Finanzierung dürfte aktuell aus indonesischen Quellen erfolgen, vielleicht auch aus Syrien. Für indonesische Gesinnungsfreunde ist Mindanao auch ein interessanter Waffenmarkt – eine Folge des langen Bürgerkrieges. Kritiker befürchten, dass die Regierung die Gefahr des islamistischen Extremismus unterschätzt. Auch für die Philippinen gilt, dass die Rückkehrer aus dem zerfallenden „Kalifat“ des IS die Reihen lokaler Gruppen verstärken könnten – zahlenmäßig und durch Kampferfahrung.

Südchinesisches Meer: Chinas Dominanz wächst

Außenpolitisch steuert Rodrigo Duterte einen Kurs zwischen den USA und China. Die USA sind der Bündnispartner der Philippinen, China dürfte heuer der größte Handelspartner des südostasiatischen Landes werden. 2016 hatte Duterte in Peking mit markigen Worten eine politische Abkehr von den USA und eine Hinwendung zu China verkündet. Angesichts des Souveränitätsstreites mit China um das Südchinesische Meer überraschte dieses Bekenntnis, da ein Nachgeben in dem Streit für keine Seite in Frage kam. Die Aussicht auf umfangreiche chinesische Investitionen macht die Neuausrichtung aber nachvollziehbar. Duterte nahm daher Berichte über eine geplante chinesische Radarstation in den umstrittenen Gewässern der Scarborough Shoal mit Gleichmut hin. Dieser Ort ist strategisch für die Kontrolle des Seeweges in den Pazifik wichtig. Duterte fragte rhetorisch, ob er China deswegen den Krieg erklären solle.

Nicht rhetorisch dürfte eine Kriegsdrohung von Xi Jinping gegenüber Duterte gewesen sein, wenn sie tatsächlich so geäußert wurde – China kommentierte den Vorwurf nicht. Duterte besuchte Xi im Mai in Peking. Im Gespräch bestand er auf das Recht der Philippinen auf Erdölförderung aus dem Südchinesischen Meer. Nach Darstellung Dutertes soll Xi gewarnt haben, wenn die Philippinen die Angelegenheit forcieren sollten, werde China einen Krieg führen. China reagiert laut Duterte so gereizt, weil es Vietnam, mit dem es ebenfalls um Hoheitsrechte im Südchinesischen Meer streitet, nicht ermutigen will, gleichfalls ein Schiedsverfahren in Den Haag anzustrengen.

Die Philippinen hatten 2016 vom Internationalen Schiedsgerichtshof in Den Haag in dem Streit mit China um das Südchinesische Meer weitgehend Recht bekommen; für Peking ein herber Rückschlag. Duterte ließ dem Erkenntnis aber bislang keine Taten folgen. Er stellte sich auf den Standpunkt, nur mit Verhandlungen könnten die Philippinen etwas erreichen, nicht mit Konfrontation. Er wollte die Angelegenheit auch nicht am Gipfel der Staaten der Association of Southeast Asian Nations (ASEAN), dessen Vorsitz die Philippinen 2017 innehaben, diskutieren. Die Weigerung, den Streit in internationalen Gremien zu erörtern, ist unverrückbarer Standpunkt Pekings. Duterte unterließ es auch, das Problem der „land reclamation and militarization“ in das Schlussdokument des Gipfels aufzunehmen. Im letzten Jahr war dieser Passus, der sich gegen die aktuelle Vorgangsweise Chinas im Südchinesischen Meer richtete, noch enthalten. Das chinesische Außenministerium soll heuer erfolgreich interveniert haben – nicht zum ersten Mal.

Dutertes Beschwichtigungspolitik gegenüber Peking stößt im eigenen Land auf Kritik, weswegen er sich offenbar zu einer offensiveren Haltung bei seinem Besuch in Peking entschloss. China dürfte hoffen, dass letztlich die Investitionen auf den Philippinen mehr zählen als maritime Ansprüche. Das gilt auch für die anderen ASEAN-Mitglieder, die in der Frage des Südchinesischen Meeres gegenüber China Anzeichen von Nachgiebigkeit zeigen. Nach fünfzehn Jahren könnte heuer der „code of conduct“ für die Konflikte um das Südchinesische Meer beschlossen werden. Bereits 2002 kamen China und die ASEAN überein, einen solchen Verhaltenskodex zu erarbeiten. Im Mai wurde nun eine Übereinkunft erzielt, die den Außenministern der beteiligten Staaten vorgelegt werden soll. Da Peking kein Dokument unterzeichnen würde, das Nachteile bringt, dürfte es seine Positionen erfolgreich durchgesetzt haben. Andernfalls hätte für den chinesischen Vizeaußenminister Liu Zhenmin kein Grund bestanden, vor „Einmischung von außen“ bei den Verhandlungen – womit Washington gemeint war – zu warnen.

Ein Dorn im Auge Washingtons und der ASEAN-Mitglieder sind die chinesischen Stützpunkte im Südchinesischen Meer. Für China haben sie hohen strategischen Wert, für die USA bedeuten sie eine Bedrohung ihrer militärischen Bewegungsfreiheit. „China’s militarization of the South China Sea is real,“ sagte Admiral Harry Harris, der Kommandant des U.S. Pacific Command, im April vor dem Streitkräfteausschuss des Senates. Er warf einem „aggressiven“ China vor, eine „systematische Strategie“ zur Kontrolle dieser Gewässer zu betreiben. Noch im Jänner hatte der designierte US-Außenminister Rex Tillerson in seiner Anhörung vor dem Senat mit einer Blockade der künstlich errichteten Inseln gedroht. Ein halbes Jahr später ist davon keine Rede mehr.

China wird diese Stützpunkte nicht freiwillig aufgeben, und den Preis einer militärischen Konfrontation werden die USA nicht zahlen. Außerdem benötigt Washington die Unterstützung Chinas im Konflikt mit Nordkorea. Drei (Subi-, Mischief- und Fiery-Cross-Riff) der insgesamt sieben Stützpunkte dürften nun für militärische Zwecke voll zur Verfügung stehen. Das bedeutet, dass sie über Flugpisten und Einrichtungen zur Stationierung von Boden-Luft-Raketen verfügen. China kann nun mittels Flugzeugen und Radar nahezu das gesamte Südchinesische Meer kontrollieren.

Das strategische Dilemma der USA wurde auf der sicherheitspolitischen Konferenz „Shangri-La Dialogue“ in Singapur deutlich, wo US-Verteidigungsminister James Mattis sich positiv über die Kooperationsbereitschaft Chinas im Nordkorea-Konflikt äußerte. Er wies aber auch darauf hin, dass ein nuklearwaffenfreies Korea in Chinas eigenem Interesse stünde. Auf der anderen Seite stellte er fest, dass die USA gegen die „Militarisierung künstlicher Inseln“ und die Durchsetzung „überzogener maritimer Ansprüche“ seien.

Um China gegenüber nicht gänzlich passiv zu bleiben, führte die USS Dewey eine sogenannte „freedom of navigation operation“ durch. Das Kriegsschiff fuhr näher als 12 Seemeilen an das Mischief-Riff, auf dem sich einer der chinesischen Stützpunkte befindet, heran, um zu zeigen, dass es sich gemäß Völkerrecht um internationale Gewässer handelt – was China bestreitet. Es war die erste derartige Operation in der Amtszeit von Donald Trump. Peking protestierte. Um die Verbündeten in der Region vom fortgesetzten Engagement der USA zu überzeugen, kündigte Mattis an, dass die USA 60 Prozent ihrer in Übersee befindlichen taktischen Luftkampfmittel im westlichen Pazifik stationieren werden. Washington steht unter dem Druck seiner regionalen Partner, die sich über den Kurs der USA nicht im Klaren sind. Der malaysische Verteidigungsminister Hishammuddin Hussein hatte gemeint, dass er gerne wissen würde, was denn die Absichten der USA in der Region seien.

Nordkorea: Schulterchluss von USA und China?

Zweifellos gehört das nordkoreanische Nuklearprogramm zu den derzeit dringendsten sicherheitspolitischen Problemen der USA – eine Entwicklung, die sich schon am Ende der Amtszeit von Barack Obama abzeichnete. Vincent Stewart, der Direktor des militärischen US-Nachrichtendienstes, Defense Intelligence Agency, sprach im Mai von einer „critical security challenge“ für die USA. Wenn Nordkorea auch bislang keine nuklear bestückte Interkontinentalrakete, die die kontinentalen USA erreichen kann, getestet hat, so wird mit Nachdruck daran gearbeitet. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis Nordkorea die USA direkt bedrohen kann – und diese Zeit wird immer knapper. Jahrelange Sanktionen haben das Regime der Familie Kim nicht von der Fortführung des Nuklearwaffenprogramms abgehalten. Es war nun an der Regierung von Donald Trump, das Ende der Politik der „strategischen Geduld“, die Obama betrieben hatte, zu verkünden.

Angesichts von bereits zehn Raketentests 2017 und einem jederzeit erwarteten neuerlichen Nukleartest liegen nun „alle Optionen“ am Tisch – so formuliert die US-Regierung ihre geänderte Haltung. Dazu gehört auch der Einsatz militärischer Mittel. Diese Option birgt allerdings so hohe Risiken, dass sie keine taugliche Alternative ist. Nordkorea könnte selbst defensiv angelegte Maßnahmen, wie das Abfangen einer Testrakete, als Auftakt für eine Invasion werten und mit einem Angriff antworten. Ein direkter Schlag gegen das nordkoreanische Nukleararsenal kann die vollständige Vernichtung aller Nuklearwaffen nicht garantieren, zumal Nordkorea über mobile Abschussvorrichtungen verfügt. Ein nuklearer Gegenschlag Nordkoreas wäre die wahrscheinliche Folge eines US-Angriffs. Und selbst mit konventionellen Waffen könnte Nordkorea furchtbare Zerstörungen anrichten. Die südkoreanische Hauptstadt Seoul ist nur 50 km von der Grenzlinie der beiden koreanischen Staaten entfernt und damit in Reichweite der nordkoreanischen Artillerie.

Die einzige erfolgversprechende Möglichkeit, das Nuklearprogramm von außen zu behindern, sind Mittel der Cyberkriegsführung, wie sie die USA bereits anwenden. Die Beurteilung des Erfolgs ist schwierig, fehlgeschlagene Tests können technische Ursachen haben oder auf menschliche Fehler zurückzuführen sein. Von völliger Wirkungslosigkeit dieser Maßnahmen ist aber nicht auszugehen. Experten warnen allerdings vor der Verbindung von Cyberkriegsführung und Nuklearwaffen: Gelingt es Mittel der elektronischen Kriegsführung zu entwickeln, die den Start feindlicher Nuklearraketen verhindern können, könnte dies die Bereitschaft von Nuklearwaffenstaaten steigern, den Einsatz solcher Waffen zu erwägen.

Für Washington bleibt mangels gangbarer Alternativen nur, eine gemeinsame Linie mit China gegenüber Nordkorea zu finden und gleichzeitig die eigenen Abwehrkapazitäten und die der Verbündeten zu stärken. Erfolgreich war in diesem Zusammenhang der Test der „Ground-base Midcourse Defense“, mit der erstmals der Abschuss einer Interkontinentalrakete erprobt wurde. China das gemeinsame Interesse an einem nuklearwaffenfreien Korea nahezubringen war ein wichtiges Thema beim Besuch von Xi Jinping bei Donald Trump im April. Der Hinweis Trumps auf einen möglichen US-Alleingang, wenn es zu keiner Kooperation kommen sollte, war als Ansporn zur Zusammenarbeit gedacht. Bereits zuvor hatte Trump die Beziehungen zu Peking normalisiert, die noch zu Beginn des Jahres von schweren Verstimmungen gekennzeichnet waren. Der US-Präsident bekennt sich nunmehr zur Ein-China-Politik, die er zuvor in Frage gestellt hatte.

Peking weigert sich nach wie vor, Sanktionen gegen Nordkorea mitzutragen, die das Regime von Kim Jong-un in seiner Existenz gefährden. Als einziger relevanter Handelspartner Nordkoreas wäre China theoretisch dazu in der Lage. Stabilität auf der koreanischen Halbinsel ist aber für China das oberste Gebot. Korea ist strategisch zu wichtig, um einen Sturz von Kim und die Ausweitung der US-Einflusssphäre auf die gesamte Halbinsel zu riskieren.

Aus diesem Grund nimmt Peking auch hin, dass Nordkorea sich den Beschlüssen des UN-Sicherheitsrates nicht beugt und sein Nuklearprogramm unbeirrt weiterführt. Pjöngjang agiert nicht nur implizit gegen China. Der Mord an Kim Jong-nam, dem in China lebenden Halbbruder des nordkoreanischen Staatsführers, am Flughafen von Kuala Lumpur war eine unfreundliche Geste gegen Peking, und der Vorwurf an China, „nach der Pfeife der USA zu tanzen“, zeigt explizit an, dass Nordkorea China nicht als Verbündeten betrachtet. Hier ist zu bemerken, dass die nordkoreanischen Nuklearwaffen auch eine Bedrohung Chinas darstellen; ein Aspekt, der in der Diskussion gerne vernachlässigt wird.

Es ist klar, dass in den Augen Pekings das Regime von Kim Jong-un kein Stabilitätsfaktor ist. Pjöngjangs Griff nach Nuklearwaffen beeinträchtigt die strategischen Interessen Chinas. Die Bedrohung Südkoreas und der dort stationierten US-Soldaten hat Washington zur Aufstellung des Raketenabwehrsystems Terminal High Altitude Area Defense (THAAD) in Südkorea bewogen. Die ersten beiden Raketenwerfer sind bereits eingelangt, weitere sollen allerdings vorerst nicht folgen, da der neue südkoreanische Präsident Moon Jae-in dem Vorhaben kritisch gegenübersteht. Vollends ablehnend ist China. Peking sieht das weit nach China hineinreichende Radar von THAAD und die verbesserten Möglichkeiten der

US-Raketenabwehr als Gefährdung der eigenen Sicherheit und der strategischen Balance in Ostasien.

Aus der Sicht der chinesischen Führung bleibt somit nur eine Verhandlungslösung. Peking sieht momentan trotz der kritischen Lage ein „window of opportunity“. China will, dass die USA dem Sicherheitsbedürfnis Nordkoreas entgegenkommen und auf Militärmanöver mit Südkorea verzichten, Nordkorea soll dafür keine weiteren Raketen- und Nukleartests durchführen. Dass es ohne Druck auf Pjöngjang nicht gehen wird, ist aber auch Peking bewusst. Aus diesem Grund wurde der Beschluss des UN-Sicherheitsrates 2356 vom 2. Juni 2017 über neue Sanktionen gegen Nordkorea von China mitgetragen. 14 Personen wurden mit einem Reisebann belegt, weiters werden die Vermögenswerte dieser Personen, einer Bank, zweier Unternehmen sowie der strategischen Raketenkräfte eingefroren.

Der Beschluss wurde öffentlichkeitswirksam gefasst, indem nicht hinter verschlossenen Türen im Sanktionenausschuss, sondern offen im Sicherheitsrat darüber abgestimmt wurde – die USA hatten China um diese Geste gebeten. Für den Fall eines erneuten Nukleartests oder beim Test einer Interkontinentalrakete soll China bereit sein, auch schärfere Sanktionen wie ein Ölembargo oder weitergehende Wirtschaftssanktionen mitzutragen. Auf diese Weise könnte Nordkorea empfindlich getroffen werden – wie sehr, würde Peking entscheiden und damit weiter die Kontrolle über das Schicksal des Regimes von Kim Jong-un behalten.

Westchina: Ziel des islamistischen Extremismus

Der Islamische Staat und seine internationalen Verbindungen könnten auch für China zum ernstesten Problem werden. In einem Video des IS aus dem Irak wurde den „bösen chinesischen kommunistischen ungläubigen Lakaiaen“ mit Blutvergießen gedroht. Die moslemischen Uiguren, ein Turkvolk und die größte Volksgruppe der westchinesischen autonomen Region Xinjiang, kämpfen seit langem um ihre ethnischen und religiösen Rechte als Minderheit in der Volksrepublik. Ein Teil setzt dabei auf terroristische Mittel.

Der IS versucht die Lage der Moslems zum Aufbau eigener Strukturen zu nutzen. Die Behörden sagen, dass die Extremisten einen unabhängigen Staat Ostturkestan errichten wollen. Mitte Februar gab es eine erneute Terrorattacke in Xinjiang. Drei Angreifer töteten im Kreis Pishan mit Messern fünf Menschen und wurden anschließend von der Polizei erschossen. Nähere Angaben zu den Tätern gab es keine; die chinesischen Behörden sprachen nur von „Verbrechern“. Umfangreiche Polizeimaßnahmen waren die Folge.

Westchina und die angrenzenden zentralasiatischen Staaten spielen für Peking eine wichtige Rolle in der Belt-and-Road-Initiative, dem wirtschaftlichen Leitprojekt von Xi Jinping. Mit Sorge betrachtet China daher die Entwicklung in Afghanistan, das an Xinjiang grenzt. China ist der größte Investor im Nachbarland, ein grenzüberschreitendes Glasfasernetzwerk steht derzeit an oberster Stelle der gemeinsamen Agenda. Kann Sicherheit nicht ausreichend gewährleistet werden, sind die chinesischen Investitionen bedroht. Die Außenminister der Shanghai Cooperation Organisation sprachen sich auf ihrer Tagung im April für die Fortführung der SCO-Kontaktgruppe mit Afghanistan aus.

Xi bezeichnete im März Xinjiang als „Sicherheitsbarriere“ im Nordwesten Chinas, die eine besondere strategische Position habe, und verlangte eine „große Mauer aus Eisen“ für die Region, um „nationale Einheit“ und „ethnische Solidarität“ sicherzustellen. Die autonome Region Xinjiang hat ein eigenes Regulativ gegen Extremismus erlassen. Extremismus wird demnach als „to use radical religious beliefs to interfere with others' lifestyles and comments“ definiert. Schleier und Bärte werden verboten, Halal-Bestimmungen auf Lebensmittel beschränkt. Der Name „Mohamed“ und andere sind nicht mehr zulässig. Das Regulativ setzt auf Prävention und „Erziehung“. Erstmaligen Verstößen sollen nur Verwarnungen folgen.

Subsahara-Afrika

Zentralafrikanische Republik

Ende Oktober 2016 wurde von Frankreich die Operation Sangaris für beendet erklärt, die drei Jahre zuvor als Reaktion auf blutige Unruhen ins Leben gerufen worden war. Während sich Frankreich vom Erfolg der Operation überzeugt gibt, begann schon vor dem Abzug die Gewalt im Land wieder zuzunehmen. Große Teile des Landes befinden sich nicht unter der Kontrolle der Regierung bzw. der Truppen der UN-Mission MINUSCA (Multidimensional Integrated Stabilization Mission in the Central African Republic). Besonders im Norden und im Osten wird die Lage zunehmend instabil. Nach dem Abzug des Großteils der französischen Truppen gruppieren sich Teile der eigentlich als aufgelöst erklärten Séléka-Milizen wieder und bewaffneten sich. Im Gegensatz zu 2013, als sich muslimische Séléka und christliche Anti-Balaka gegenüberstanden, verläuft die Konfliktlinie heute nicht (vordergründig) entlang der religiösen Achse, sondern manifestiert sich in erster Linie entlang der ethnischen Dimension. Splittergruppen der als „Ex-Séléka“ bezeichneten Gruppen, die aus der aufgelösten Miliz hervorgegangen sind, bekämpfen sich mittlerweile gegenseitig. Die UPC (Unité pour la Paix en Centrafrique), die sich überwiegend aus der ethnischen Gruppe der Fulani (Peuhl) rekrutiert, liefert sich blutige Kämpfe mit der hauptsächlich aus ethnischen Gula und Runga bestehenden FPRC (Front populaire pour la renaissance de la Centrafrique). Dabei kommt es häufig zu Übergriffen auf die Zivilbevölkerung der jeweils anderen Volksgruppen. Die muslimische FPRC strebt außerdem die Unabhängigkeit eines Teils des Nordens als République du Logone (bzw. Dar al-Kuti) an. Sie hat sich im aktuellen Konflikt in der Region um Bambari mit den früher als Feinden betrachteten christlichen Anti-Balaka-Milizen verbündet. Diese unterstützen den Kampf gegen die UPC, lehnen aber jegliche separatistischen Bestrebungen ab. Weitere Gruppierungen von Ex-Séléka sind im Norden und Nordosten des Landes aktiv.

Zurzeit deuten alle Zeichen auf eine weitere Eskalation des Konflikts. Die Gewalt und die Grausamkeiten an der Zivilbevölkerung der jeweils anderen Volksgruppe drohen sich aufzuschaukeln. Große Teile des Landes befinden sich weiterhin nicht unter der Kontrolle der Regierung. Der staatliche Sicherheitsapparat ist der Lage nicht gewachsen. Neben hunderten Toten hat der aufflammende Konflikt zur Flucht zehntausender Menschen geführt. Schätzungen gehen von insgesamt bis zu 426.000 internen Vertriebenen durch vorherige und aktuelle Konflikte in der Zentralafrikanischen Republik aus. Während die Anwesenheit der bis zu 2.000 französischen Truppen einen befriedenden Effekt zu haben schien, gelang es der ca. 12.500 Mann starken

MINUSCA bislang nicht, den Konflikt unter Kontrolle zu bringen. Ein Angriff im Mai auf die MINUSCA, bei dem sechs Blauhelme getötet wurden, zeigt auch die Gefährlichkeit des Konfliktes für die der UN-Truppen auf.

Ohne politische Lösung der ethnischen Konflikte und der Unabhängigkeitsbestrebungen könnte die gewaltsame Eskalation der letzten Wochen und Monate erst der Auftakt zu einer längeren Phase der Instabilität gewesen sein.

Nigeria

Die Erfolge bei der Bekämpfung der Terrorgruppe Boko Haram führten Ende 2016 zur Eroberung der letzten Hochburg, des sog. „Camp Zero“ im nordöstlichen Bundesstaat Borno. Trotz bedeutender Gebietsverluste der Terrororganisation, die auf die gemeinsamen Anstrengungen Nigerias und seiner Nachbarstaaten zurückzuführen sind, ist diese aber nach wie vor nicht besiegt. Rückschlüsse auf die derzeitige Organisationsstruktur werden auch durch die Spaltung der Gruppe in die Fraktion von Abubakar Shekau und den Ende 2016 festgenommenen Abu Musab al-Barnawi, erschwert.

Als Reaktion auf die territorialen Einbußen wurde bisher ein weiterer Anstieg von Selbstmordattentaten verzeichnet. Für die Angriffe werden vorwiegend Kinder herangezogen, ein Großteil von ihnen sollen Mädchen sein.

Die Regierung Nigerias versucht, im Rahmen der „Operation Safe Corridor“ die einfachen Mitglieder von Boko Haram zum Ausstieg zu bewegen. Ihnen soll im Rahmen des Programms für die Niederlegung der Waffen die Möglichkeit der Rehabilitation gegeben werden. Der Regierung zufolge sei das Programm erfolgreich und hätte zur Aufgabe tausender Kämpfer geführt. Das tiefe Misstrauen der Bevölkerung wirkt allerdings als limitierender Faktor.

Anfang Mai wurden nach langen Verhandlungen 82 Mädchen gegen Kämpfer der Terrorgruppe ausgetauscht.

Nach den Erfolgen gegen Boko Haram, könnte aus der Bekämpfung der Terrororganisation das nächste Problem hervorgehen. Aufgrund der Schwäche der Armee kam es in der Provinz Borno zur Gründung ziviler bewaffneter Gruppen. Die unter dem Namen Civilian Joint Task Force (CJTF) zusammengefassten Gruppen organisieren den Schutz von Gemeinden und führen auf lokaler Ebene relativ erfolgreich den Kampf gegen Boko Haram. In manchen Fällen kämpfen Mitglieder der CJTF aber auch an der Seite der Armee. Von den mehr als 20.000 Kämpfern erhielt bzw. erhält nur ein kleiner Teil militärische Ausbildung und Ausrüstung von staatlicher Seite zur Verfügung gestellt. Auch erhält nur ein geringer Teil der CJTF-Milizen finanzielle Unterstützungen vom

Staat. NGOs wie Amnesty International werfen den Milizen schwere Menschenrechtsverletzungen wie Hinrichtungen und willkürliche Übergriffe auf die Zivilbevölkerung vor, zu deren Schutz die CJTF ursprünglich gegründet worden war. Von staatlicher Seite wird die CJTF zunehmend als Gefahr wahrgenommen. Es wird befürchtet, dass sie nach der Vertreibung von Boko Haram als neue Bedrohung der zivilen Ordnung und des staatlichen Gewaltmonopols gewissermaßen an deren Stelle treten könnten.

Versuche der Entwaffnung einerseits und der Eingliederung in reguläre Verbände andererseits sind Möglichkeiten zur Vermeidung von Eskalation, sie scheitern aber bislang an beidseitiger Bereitschaft.

Eine besonders problematische Rolle könnten die Milizen der CJTF bei der Wahl 2019 spielen, falls bis dahin keine erfolgreiche Entwaffnung oder Eingliederung in reguläre militärische oder polizeiliche Strukturen stattgefunden hat. Kommt es im Kontext des Wahlkampfes zu einer Politisierung der bewaffneten Gruppen, wären Gewalteskalationen zwischen politischen Kontrahenten durchaus möglich.

Die Grundlagen der Rekrutierung von Boko Haram (und auch der CJTF) – die schlechte ökonomische Lage und soziale Marginalisierung – werden in absehbarer Zeit nicht entschärft werden können und bleiben Herausforderungen. Durch die fortschreitenden ökologischen Folgen der klimatischen Veränderungen und durch das starke Bevölkerungswachstum in Nigeria ist bei Ausbleiben politischer Maßnahmen eher mit einer Verschlechterung der Lage zu rechnen.

Ein Unsicherheitsfaktor ist zurzeit auch der Gesundheitszustand von Präsident Muhammadu Buhari. Der 74-Jährige befand sich seit Anfang 2017 mehrmals und längere Zeit in London in medizinischer Behandlung, verlässliche Informationen über seinen Zustand gibt es de facto nicht. Im Falle seines Todes bzw. einer Amtsunfähigkeit würde das fragile politische System in Nigeria zusätzlich belastet.

Mali

Anfang März 2017 fand in Mali eine Fusion mehrerer Terrororganisationen statt. Ansar Dine, Al-Mourabitoun, al-Qaida im Maghreb und Katibat Macina schlossen sich unter der Führung von Iyad Ag Ghali zusammen. Die neue Organisation nennt sich Jama'at Nusrat al-Islam wal Muslimeen (Gruppe zur Unterstützung des Islam und der Muslime) und hat al-Qaida die Treue geschworen. Durch den Zusammenschluss soll vermutlich versucht werden, ein Gegengewicht zum sogenannten Islamischen Staat zu bilden, der von Libyen aus versucht, sich Einfluss in der Region zu sichern. Gleich nach der Vereinigung führte die Jama'at Nusrat al-Islam wal Muslimeen mehrere

Aktionen durch, darunter einen Angriff auf eine Militärbasis, bei dem mehrere malische Soldaten ums Leben kamen.

Südsudan

Die sicherheitspolitische Lage im jungen Staat Südsudan hat sich in letzter Zeit verschlechtert. Die Kämpfe zwischen den Milizen der konkurrierenden Volksgruppen destabilisieren die Situation weiter. Im Mai hat General Cirillo verlautbart, mit seiner angeblich mehrere zehntausend Mann starken Rebellengruppe Präsident Salva Kiir stürzen zu wollen.

Die UNO hat unterdessen angekündigt, Untersuchungen zu einer möglichen ethnischen Säuberung im Rahmen des Bürgerkrieges vornehmen zu wollen. Während die ethnische Dimension des Konfliktes immer wieder hervorgehoben wird, wird auf die wirtschaftliche Dimension oft vergessen. Die Konflikte im Südsudan sind vor allem Umverteilungskonflikte um die künftigen Einnahmen aus der Erdölproduktion.

Nachdem die Entsendung einer schnellen Eingreiftruppe („Regional Protection Force“) von 4.000 Mann mehrmals an der Zustimmung der südsudanesischen Regierung gescheitert war, scheint es mit Mai 2017 tatsächlich zu einem Einfließen der ersten Kräfte zu kommen. Die Eingreiftruppe soll die etwa 13.000 Soldaten der UN-Mission UNMISS unterstützen, denen es bisher nicht gelungen ist, die Lage unter Kontrolle zu bringen und die selbst regelmäßig zum Ziel von Angriffen ist. Allerdings steht noch nicht fest, welche Staaten Truppen für die Mission stellen werden. Während sich Ruanda zur Entsendung von Truppen und Hubschraubern bereiterklärt und auch Äthiopien einen Beitrag zugesagt hat, hat beispielsweise Kenia seine Teilnahme noch nicht bestätigt.

Der Konflikt im Südsudan wird mit äußerster Grausamkeit geführt. Übergriffe auf die Zivilbevölkerung werden ebenso gezielt vorgenommen wie organisierte sexuelle Gewalt gegen Frauen und Angriffe auf Hilfsorganisationen und die UN-Truppen. Bis zu vier Millionen Menschen sind auf der Flucht. Ein Teil hält sich in den Nachbarländern auf, ein Teil sind Binnenflüchtlinge. Die Entsendung der Regional Protection Force birgt die Chance auf eine kurz- bis mittelfristige Eindämmung der Gewalt. Dazu muss sie aber entschlossen genug agieren und tatsächlich mit den nötigen personellen und finanziellen Ressourcen ausgestattet werden, um erfolgreich sein zu können. Gemessen werden wird die Regional Protection Force an der Intervention Brigade, die ab 2013 gegen Rebellengruppen militärisch erfolgreich vorging.

Somalia

Somalische Piraten waren in den letzten Jahren de facto nicht existent. Seit Mai 2012 gab es keine gemeldeten Piratenangriffe auf internationale Schiffe mehr. Dies ist unter anderen Ursachen auf die internationalen Missionen/Operationen im Indischen Ozean aber auch auf den Konflikt im Jemen zurückzuführen, der den Piraten die Möglichkeit der Nutzung der Gegenküste nahm. Im März 2017 wurde jedoch wieder ein Öltanker auf dem Weg von Dschibuti nach Mogadischu entführt und Lösegeld gefordert. Weitere Übergriffe folgten.

Eine Serie von Konferenzen in der britischen Hauptstadt London, die seit 2012 abgehalten werden, mündeten dieses Jahr in einem Stabilisierungsabkommen, das unter dem neugewählten Präsidenten Mohammed Abdullahi Farmajo die Rückkehr zu einigermaßen geordneten Verhältnissen bis 2020 ermöglichen soll. Eine wesentliche Herausforderung ist es, der Bevölkerung zu zeigen, dass diese Regierung auch tatsächlich im Stande ist, die Lebensumstände der Bevölkerung zu verbessern. Große Hoffnungen könnten auch zu großen Enttäuschungen und zu weiterem Zulauf zu Gruppen wie al-Shabaab führen.

Präsident Farmajo versucht seit seinem Amtsantritt auch außenpolitisch Profil zu zeigen. Seine Reise nach Äthiopien war ein erstes Indiz für eine verstärkte Kooperation mit den Nachbarstaaten, wohl auch in dem Wissen, dass eine Lösung der Konflikte in Somalia ohne die Unterstützung der Nachbarstaaten kaum möglich ist. Der kenianische Präsident Uhuru Kenyatta betonte beispielsweise, dass im Kampf gegen den Terrorismus enge Beziehungen der Schlüssel zum Erfolg seien. Somalia ist aber zudem Katalysator für ökonomische und sicherheitspolitische Interessen seiner Nachbarstaaten.

Die Terrorgruppe Al-Shabaab bleibt eine Herausforderung für die Sicherheit. Sie ist nach wie vor in der Lage, auf mehreren Ebenen gegen die staatlichen Strukturen zu kämpfen. Das reicht von Angriffen auf militärische Stützpunkte über Terroranschläge in Mogadishu bis zur Verhinderung internationaler Hilfe für die hungernde Bevölkerung. Al-Shabaab nutzt die Hungersnot aber auch gezielt aus, um selbst Nahrungsmittel und andere Hilfen zu verteilen und Rückhalt in der Bevölkerung zu gewinnen. Überlegungen zu einer langfristigen Stabilisierung müssen al-Shabaab integrieren. Dies gilt vor allem für die „einfachen“ Mitglieder der Gruppe sowie in Teilen für die somalischen Führungskader. Während sie derselben Gesellschaft angehören und Teil des somalischen Clansystems sind, bleibt weiterhin die Frage bestehen, wie mit ausländischen Kämpfern umgegangen werden soll.

Neben der Mission der Afrikanischen Union (AMISOM) sind auch die USA in Somalia nachhaltig involviert. Der Kampf gegen die Terrorgruppe al-Shabaab wird mit Drohnen und Luftschlägen geführt. Der Tod eines US-Soldaten weist aber auch auf das Engagement am Boden hin. Im April bestätigte ein Sprecher von US AFRICOM gegenüber der Zeitschrift Newsweek, dass etwa 100 Soldaten in Somalia stationiert sind. Sie haben die Aufgabe, sowohl die Kräfte der Afrikanischen Union als auch die somalischen Streitkräfte auszubilden.

Am Horn von Afrika treten daneben aber auch neue Akteure auf, die sich aus sicherheitspolitischen Interessen in dieser Region engagieren. Ein Beispiel dafür sind die Vereinigten Arabischen Emirate (UAE), die neben einem Stützpunkt in Eritrea auch in der Republik Somaliland sogar mit Zustimmung der Regierung in Mogadishu einen Stützpunkt errichten.

Für Somalia ist aber eine verheerende Dürre die derzeit größte Herausforderung. Über eine halbe Million Menschen leiden unter Hunger und Durst. Krankheiten wie Cholera breiten sich aus, Nutztiere verenden aus Wassermangel. Ca. sechs Millionen Menschen sind auf humanitäre Hilfe angewiesen. Innerhalb Somalias und -zeitverzögert aus der Region - ist daher mit größeren Flüchtlingsbewegungen zu rechnen.

Dürre und Hungerkrise

Eine ganze Reihe afrikanischer Staaten sind derzeit von einer teils klimatisch bedingten, teils menschengemachten Dürre betroffen. Besonders betroffene Konfliktregionen sind der Südsudan sowie der Nordosten Nigerias, aber auch andere Staaten wie Malawi oder Äthiopien, wo jeweils das Leben von 5 Mio. Menschen gefährdet ist. Zusätzlich zu den Auswirkungen des Wetterphänomens El Niño, das für das Ausbleiben von Regen verantwortlich gemacht wird, verhindern in Konfliktregionen Kampfhandlungen und die Vertreibung von Menschen, dass weiterhin Ackerbau und Viehzucht betrieben wird. Zudem erschwert oder verhindert in einigen Regionen die Gefährdung durch militante Gruppen die Verteilung von Hilfsgütern.

Da unregulierte und exzessive Bodennutzung durch Ackerbau und Viehzucht die Regeneration der Böden verhindert und die Abholzung von Wäldern für Brennholz die Desertifikation begünstigt, werden Hungerkatastrophen auch künftig sicherheitspolitische Entwicklungen in Teilen Afrikas beeinflussen.

Um den sicherheitspolitischen Auswirkungen möglichst früh zu begegnen, wäre daher ein umfassender Ansatz notwendig, der sowohl Wirtschafts- und Umweltpolitik, aber auch Gesellschaftspolitik umfasst. Die nicht ausreichenden Kapazitäten der betroffenen Regionen

sowie der internationalen Organisationen lassen allerdings darauf schließen, dass Hungersnöte und zumindest lokale Migrationsströme auf der Tagesordnung bleiben werden.

Lateinamerika

Militärausgaben in Lateinamerika gesunken

Während die weltweiten Militärausgaben im Jahr 2016 (im Vergleich zum Vorjahr) um 0,4 Prozent gestiegen sind, gingen sie in Lateinamerika um 7,8 Prozent zurück. Diese ist nach Angaben des Stockholmer *International Peace Research Institute* (SIPRI) nach dem Nahen Osten die zweitgrößte Abnahme an Militärausgaben weltweit. Unter den 15 Ländern mit den größten Reduktionen der Militärausgaben befinden sich 13 lateinamerikanische Länder und hier insbesondere die Rohstoff-exportierenden Länder wie Ecuador, Mexiko und Bolivien. Grund dafür ist insbesondere der fallende Erdölpreis an den internationalen Märkten. Insbesondere das krisengeschüttelte Venezuela reduzierte fast 60 Prozent seiner Militärausgaben. Seit 1995 hat Kolumbien den größten Anteil des BIP für Militärausgaben aller lateinamerikanischen Länder. 2016 stiegen die Militärausgaben des Landes – ebenso wie in Argentinien und entgegen dem kontinentalen Trend - um 3,4 Prozent des BIP und übertrafen damit das U.S.-Niveau von 3,3 Prozent. Kolumbien wird auch 2017 das Militärbudget erhöhen, um das Friedensabkommen zu unterstützen, welches mit der Guerilla (FARC) abgeschlossen wurde.

Abzug des brasilianischen UN-Truppenkontingentes aus Haiti

Das brasilianische Truppenkontingent im Rahmen der MINUSTAH (United Nations Stabilization Mission in Haiti) umfasst 2.370 Soldaten, die im Oktober 2017 abgezogen werden sollen. Die unter dem Kommando Brasiliens stehende MINUSTAH wurde 2004 mittels der *Security Council Resolution 1542* eingesetzt und ist eine der zeitlich längsten UN Friedenseinsätze. Diese Mission hatte insbesondere mit zwei schwerwiegenden Vorfällen zu kämpfen. Einerseits mit einem Ausbruch der Cholera, ausgelöst durch nepalesische UN Soldaten nach dem schweren Erdbeben in Haiti im Jahre 2010; Andererseits wurden wiederholt Missbrauchsfälle, auch von Kindern, publik und haben die Mission immer wieder in die Kritik gebracht. Die MINUSTAH-Truppen werden nun von einer 295 Mitglieder umfassenden Polizeitruppe, die ebenfalls der UNO untersteht und zwei Jahre im Land bleibt, ersetzt. Langfristig soll sie durch eigene haitianische Polizeikräfte ersetzt werden. Der Abzug wurde auf Vorschlag des UN- Generalsekretärs von den 15 Mitgliedsstaaten des UN Sicherheitsrates im April dieses Jahres ratifiziert und wird auch vom haitianischen Präsidenten Jovenel Moise unterstützt.

Trotz des Endes von MINUSTAH bleibt Brasilien weiterhin ein wichtiger Partner der Friedenssicherungsmission der Vereinten Nationen. So

untersteht dem Land das Kommando der United Nations Interim Force in Lebanon (UNIFIL) und hat Personal in Friedensmissionen in der Zentralafrikanischen Republik, Zypern, Elfenbeinküste, Liberia, Sudan, Südsudan und der Westsahara. Der brasilianische Verteidigungsminister Raul Jungmann erklärte, Brasilien sei - zusätzlich zu UNIFIL - an einer weiteren Friedenssicherungsmission im Libanon sowie an der United Nations Organization Stabilization Mission in the Democratic Republic of the Congo (MONUSCO) interessiert. Dieses grundsätzliche Interesse Brasiliens an UN Friedenseinsätzen kann mit einem der Hauptziele der brasilianischen Außenpolitik erklärt werden: Einem permanenten Sitz im UN-Sicherheitsrat. Dieses Ziel sollte in enger Zusammenarbeit mit den anderen sogenannten G4-Staaten (Deutschland, Indien und Japan), die eine baldige Reform dieses Organs der UNO fordern, erreicht werden.

Militärische Übungen an der Grenze zwischen Brasilien, Kolumbien und Peru

Die wichtigste strategische Region innerhalb des Landes ist für das brasilianische Militär das Amazonasgebiet, wo es auch das größte Sicherheitsproblem gibt: Den Drogenhandel, insbesondere im Grenzgebiet zu Kolumbien. Brasilien ist weltweit nach den USA der zweitgrößte Abnehmermarkt für Kokain. In diesem Kontext ist die Operation América Unida (Vereinigtes Amerika), die für November dieses Jahres mit einer Dauer von zehn Tagen geplant ist, zu sehen.

Die militärischen Übungen werden von einer multinationalen Basis, die sich aus den Truppen von vier Ländern (Kolumbien, Peru, USA und Brasilien) zusammensetzt und unter der Führung des brasilianischen Militärs steht, geleitet werden. Diese wird in der brasilianischen Stadt Tabatinga (Amazonas), die an die Städte Leticia (Kolumbien) und Santa Rosa (Peru) angrenzt, eingerichtet werden.

Brasiliens Armee hat auch Militärbeobachter aus anderen befreundeten Nationen und verschiedenen Organisationen und Behörden eingeladen. Gleichzeitig wird betont, dass nicht beabsichtigt sei, eine permanente multinationale Militärbasis in dieser abgelegenen Region des Amazonas zu etablieren. Vielmehr sei es Ziel dieser militärischen Übung, Erfahrungen multilateral auszutauschen, gegenseitiges Vertrauen aufzubauen, die schnelle multinationale Reaktionsfähigkeit zu verbessern und die Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität, insbesondere des Drogenhandels, zu simulieren. Diese multinationale Übung mit Beteiligung der USA wird von politischen Beobachtern auch als eine Annäherung der neuen US-Administration an die rechtsgerichtete brasilianische Regierung angesehen.

Konstruktion brasilianisch-südafrikanischer Luft-Luft-Lenkwaffe vor Abschluss

Wie der brasilianische Außenminister Aloysio Nunes Ferreira im Mai 2017 in Pretoria bekannt gab, steht die Umsetzung der gemeinsam mit Südafrika entwickelten A-Darter (Agile Darter) Luft-Luft-Lenkwaffe vor dem Abschluss. Diese Initiative wurde von der brasilianischen Innovationsagentur Financiadora de Estudos e Projetos (FINEP) finanziert und wird in Einrichtungen des südafrikanischen Staatsverteidigungsunternehmens Denel durchgeführt, in dem brasilianische Luftwaffenoffiziere und technische Mitarbeiter aus brasilianischen privaten Verteidigungsunternehmen mit ihren südafrikanischen Kollegen zusammenarbeiten. Es ist angedacht, diese Lenkwaffe auch an Drittländer zu exportieren.

Diese militärische Kooperation ist im Kontext des besonderen geostrategischen Interesses Brasiliens (dem Staat mit der längsten Atlantikküste der Welt) im Südatlantik zu sehen, der für den Welthandel von entscheidender Bedeutung ist. Die südliche Passage, die den Atlantik mit dem Pazifik verbindet, bildet einen alternativen Weg zum Panamakanal, insbesondere für große Schiffe. Die Kap der Guten Hoffnung-Route verbindet den Südatlantik mit dem Indischen Ozean und bietet so einerseits eine Alternative zum Suezkanal, wie auch einen besseren Sezugang zur Antarktis. Hier liegt die geostrategische Bedeutung des IBSA-Forums (Indien, Brasilien, Südafrika), das in seiner militärischen Dimension einerseits die Sicherung dieser Handelsrouten zum Ziel hat, andererseits dem Einfluss Chinas in dieser Region entgegenwirken möchte. Ein wichtiges Instrument der drei Staaten Indien, Brasilien und Südafrika sind die regelmäßig stattfindenden gemeinsamen Marineübungen IBSAMAR (India-Brazil-South Africa Maritime). Die letzten wurden 2016 an der Westküste Indiens bei Goa durchgeführt (siehe auch ISS Aktuell 1/2017).

Dynamische, aber risikobeladene Erholung der Weltwirtschaft

Die Stimmung in der Weltwirtschaft hat sich im letzten Jahr deutlich aufgehellt. Vertrauensindikatoren, Industrieproduktion, Beschäftigungsmaßnahmen und grenzüberschreitende Handelsströme haben sich in den meisten Volkswirtschaften deutlich verbessert. Daher verstärkt sich das globale Wirtschaftswachstum 2017 parallel zu positiven Zukunftserwartungen. Die Weltbank erwartet konkret eine Steigerung des globalen Wirtschaftswachstums auf 2,7 Prozent im Jahr 2017. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und der Internationale Währungsfond (IWF) gehen sogar von einem Wachstum von 3,5 Prozent aus. 2018 rechnen sowohl IWF als auch OECD mit einer weiteren Steigerung auf 3,6 Prozent. Grund dafür sind Zunahmen sowohl bei Produktion und Handel, als auch die Stabilisierung der Rohstoffpreise und ein steigendes Marktvertrauen. Anstöße für die stärkeren Wirtschaftsaktivitäten sind dabei positive Erwartungen einer robusten globalen Nachfrage, reduzierter deflationärer Druck und optimistischere Finanzmärkte. Im Vergleich zum 20-jährigen Vor-Krisen-Durchschnitt, ist jedoch das Pro-Kopf-BIP-Wachstum der Industriestaaten weiterhin über einen halben Prozentpunkt schwächer. In Summe sind somit die globalen Konjunkturaussichten besser, aber nicht gut genug, um eine nachhaltige Entspannung sicherzustellen.



Wachstumsraten des globalen BIP

Die Industriestaaten werden dabei 2017 laut Weltbank voraussichtlich um 1,9 Prozent, laut IWF um 2,0 Prozent und laut OECD um 2,1 Prozent wachsen und auf diesem Niveau auch in den kommenden Jahren verharren. Das Wachstum in den Schwellen- und Entwicklungsländern steigt laut IWF von 4,1 Prozent im Jahr 2016 auf 4,5 Prozent im Jahr 2017 und 4,8 Prozent im Folgejahr. Die wieder gestiegenen und relativ stabilen Rohstoffpreise sorgen dafür, dass auch die in den letzten Jahren krisengebeutelten rohstoffexportierenden Staaten in den Wachstumsbereich zurückgekehrt sind.

Die Schwellen- und Entwicklungsländer haben in den vergangenen Jahren unter schleppender Nachfrage der Industriestaaten und einer starken Korrektur der Rohstoffpreise gelitten. Weiterhin besteht die Gefahr, dass ein schwächeres Produktionswachstum in den Industriestaaten gepaart mit einer möglichen Zunahme der Handelsbarrieren das Wirtschaftswachstum in den Schwellen- und Entwicklungsländern massiv bremsen könnte. Ein zusätzliches Problem für die Rohstoffexporteure ist Chinas notwendiger Übergang zu langsamerem, nachhaltigerem, verbrauchs- und dienstleistungsbasiertem Wachstum.

Die globale Wirtschaft ist aber auf Grund der Unsicherheit bezüglich der (wirtschafts-)politischen Ausrichtung vor allem der USA aber auch einiger wichtiger europäischer Staaten, weiter deutlichen Risiken ausgesetzt. Langanhaltende Unsicherheiten könnten das nunmehr langsame Investitionswachstum gefährden. Insbesondere Anti-Globalisierungsrhetorik und potentielle protektionistische Maßnahmen einzelner Industriestaaten erhöhen dabei die Unsicherheiten. Neue Handelsbeschränkungen oder anhaltende politische Unsicherheit könnten Vertrauen und Investitionen beeinträchtigen.

Auseinandersetzungen um globale Handelsbeziehungen

In der globalen Wirtschaft besteht weltweit ein großes Handelsbilanz-Ungleichgewicht. Das generelle Handelsbilanzdefizit der Industriestaaten ist vor allem auf die USA zurückzuführen. Laut IWF wird die negative Handelsbilanz der USA 2017 etwa 522 Mrd. USD betragen, während für den Euro-Raum eine positive in Höhe von 347 Mrd. USD prognostiziert wird. Verantwortlich dafür sind vor allem Deutschland mit 280 Mrd. USD, Italien mit 32 Mrd. USD und Spanien mit 19 Mrd. USD, während Frankreich weiterhin eine negative Handelsbilanz von 22 Mrd. USD aufweist. Das außerhalb der Euro-Zone und zukünftig auch außerhalb der EU stehende Großbritannien weist sogar eine negative Handelsbilanz von 81 Mrd. USD auf. China (149 Mrd. USD) hat ebenso wie Russland (51 Mrd. USD) hingegen traditionellerweise eine positive Handelsbilanz.

US-Präsident Donald J. Trump kritisiert in diesem Zusammenhang den globalen Freihandel als unfair. (siehe dazu auch ISS Aktuell 1/2017, 49-50) Zuletzt hat er dabei vor allem an Deutschland Kritik geübt und die Einführung von Zöllen bzw. Steuern auf deutsche Waren androht. Die USA behaupten im Gegensatz zu vielen

anderen Ländern grundsätzlich geringe Hürden für Importe zu haben. Die neue US-Regierung will jedoch massiv gegen Dumping vorgehen. Die USA gehen dabei von Dumping aus, wenn Produkte unter ihrem fairen Wert verkauft werden. Um einen unfairen Preis würde es sich dabei dann handeln, wenn Produkte unter den Herstellungskosten bzw. dem Einkaufspreis verkauft werden. Für 2015 wurden in einer ersten Überprüfung Einfuhren im Wert von 732 Millionen Dollar beanstandet. 196 Millionen Dollar entfallen dabei auf Importe aus Deutschland. Konkret sieht die US-Regierung Dumpingvorwürfe gegen mehrere ausländische Stahlproduzenten als erwiesen an und droht mit Strafzöllen.

Innereuropäische Gegensätze

Aber auch der neue französische Präsident Emmanuel Macron hat im Zuge des französischen Wahlkampfes die exportorientierte deutsche Wirtschaft massiv angegriffen und erklärt, dass die wirtschaftliche Stärke Deutschlands in der jetzigen Form nicht akzeptabel sei. Die hohen deutschen Handelsüberschüsse wären dabei für die Wirtschaft der Eurozone äußerst negativ. Volkswirtschaftlich eroberte Deutschland in den vergangenen Jahren Marktanteile unter anderem auch deshalb, weil es seine Produktivität besser als konkurrierende Länder erhöhte. Kritiker beanstanden dabei, dass Deutschland seine Lohnkosten nicht im Ausmaß seiner Produktivitätszuwächse erhöhte und somit seine Wettbewerbsfähigkeit in unfairen Weise und sozial fragwürdig verbesserte. Der Euro führte parallel dazu, dass die historische geübten Gegenmaßnahmen der leistungsschwächeren europäischen Volkswirtschaften, die Abwertung der eigenen und damit die Aufwertung der deutschen Währung, nicht mehr möglich sind. Diesen Ländern gehen somit Arbeitsplätze verloren, während Deutschland diese unter Inkaufnahme von Einbußen in den Realeinkommen gewinnt.

Bekanntlich hatte der französische Staatspräsident François Mitterrand 1989 für seine Zustimmung zur Wiedervereinigung Deutschlands eine beschleunigte Einführung der Europäischen Währungsunion und damit die überhastete Einführung des Euro verlangt. Die Schaffung einer entsprechenden wirtschaftspolitischen bzw. politischen Union war damals jedoch nicht verwirklicht. Französische Forderungen nach einer Art europäischer Wirtschaftsregierung wurden vor allem von Deutschland bisher auch immer abgelehnt. Dem deutschen Wunsch nach Haushaltsstabilität steht bekanntermaßen traditionell die französische Position entgegen, die eine einseitige Orientierung an Budgetstabilität ablehnt und mittels staatlicher Intervention der Wirtschaft Impulse versetzen möchte. Gleichzeitig zeigt sich weiterhin die tiefe Spaltung

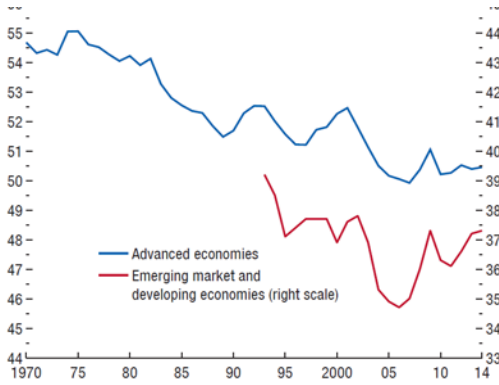
zwischen den europäischen (Wirtschafts-)Kernstaaten und seiner Peripherie. Die Nationalwirtschaften Deutschlands und der wirtschaftlich eng mit Deutschland verbundenen Staaten, wie Österreich, Tschechien, die Slowakei und Polen, werden weiterhin ein moderates Wachstum und geringe Arbeitslosigkeit realisieren. Frankreich und die südeuropäischen Staaten Griechenland, Spanien und Italien müssen jedoch weiterhin mit niedrigem Wachstum und vor allem hoher Arbeitslosigkeit rechnen. Kritische Ökonomen glauben daher, dass die Euroländer entweder enger zusammenrücken oder zu ihren nationalen Währungen zurückkehren müssen. Die griechische Krise war diesbezüglich jedoch nur ein kleines Vorspiel in Relation zu einer potentiellen Krise in Italien. Italien, das in etwa die achtfache Wirtschaftsleistung Griechenlands darstellt, hat eine der höchsten Verschuldungsquoten Europas mit 133,1 Prozent. Es ist damit zwar noch nicht auf griechischem Niveau (178,8 Prozent) angelangt, jedoch von einer stabilen Finanzsituation weit entfernt. Im wirtschaftlichen Sinn hat für Italien die Eurozone jedoch versagt. Manche Ökonomen raten daher Italien zur Lira zurückzukehren.

Diese grundsätzliche wirtschaftspolitische Auseinandersetzung gefährdet jedoch langfristig nicht nur den politischen Zusammenhalt im Euro-Raum, sondern zwangsläufig auch in der EU. Die große Gefahr besteht, dass Finanz- und Geldpolitik die EU und die europäische Gesellschaft nicht wie geplant und erwünscht einen, sondern spalten. Damit eine stabile europäische Währungsunion entsteht, muss jedenfalls fast zwangsläufig eine politische Union geschaffen werden. Alternativ ist früher oder später der Euro-Raum aufzulösen oder auf einen Kernraum zu reduzieren.

Dies führt konzeptionell von wirtschaftspolitischen über grundsätzliche politische zu sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragestellungen. Denn es hat in der Geschichte noch kein Beispiel einer politischen Union gegeben, welches ohne eine gemeinsame Verteidigung entstanden ist bzw. bestehen konnte. Dabei hat in der aktuellen strategischen Situation nicht eine akut notwendige Abwehrfähigkeit Priorität, sondern die Symbolkraft und grundsätzliche Bereitschaft für die zu bildende Gemeinschaft einzustehen. Es wird somit schlussendlich auch eine sicherheitspolitische Frage sein ob die wirtschafts- bzw. währungspolitische Union in der jetzigen Form bestehen bleibt oder sich massiv verändert. Sehr wahrscheinlich erscheint der aufgezeigte Weg derzeit jedoch nicht zu sein, weshalb mittelfristig eher eine Veränderung des wirtschafts- bzw. währungspolitischen Status quo zu erwarten ist.

Arbeitseinkommen und Arbeitskräfteverteilung

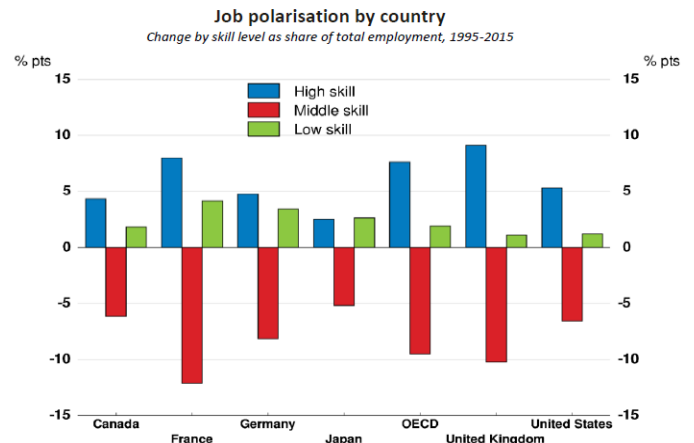
Das Lohnwachstum hat in vielen Volkswirtschaften in den letzten drei Jahrzehnten nicht mit der Produktivität mitgehalten. Der Arbeitsanteil am Volkseinkommen hat sich dabei sowohl in den Industriestaaten als auch in den Schwellen- und Entwicklungsländern abwärts entwickelt.



Entwicklung des prozentuellen Anteils der Arbeitseinkommen am wirtschaftlichen Gesamteinkommen

In den Industriestaaten sind parallel dazu zumindest seit Anfang der neunziger Jahre massiv Arbeitsplätzen der Mittelschicht verloren gegangen. Die Kräfte hinter diesem Rückgang der Arbeitseinkommen werden von den Ökonomen bisher nur begrenzt verstanden. Es gibt jedoch grundsätzlich zwei Erklärungen: einerseits den rasanten Fortschritt der Technologie und andererseits die Globalisierung von Handel und Kapital. Technologischer Fortschritt beeinflusst den Faktor Arbeit insofern, als durch einen starken Kostenrückgang bei Investitionsgütern die Kapitalkosten der Unternehmen gesenkt werden und daher starke Anreize gegeben sind Arbeit mit Kapital zu ersetzen. Globalisierung ist wiederum für die Verlagerung von Arbeitsplätzen an günstigere Standorte verantwortlich. Es gibt in der modernen Volkswirtschaftslehre einen breiten wissenschaftlichen Konsens darüber, dass beide Trends stark zum globalen Gesamtwachstum und Wohlstand sowie zur Einkommenskonvergenz in Schwellen- und Entwicklungsländern beigetragen haben. Die Theorie der bedingten Konvergenz unterstellt, dass insbesondere diese Länder vom Aufhol- und Wachstumspotenzial profitieren. Aufgrund eines höheren Einkommenswachstums wird das Pro-Kopf-Einkommen mittel- bis langfristig auf das Niveau der am weitesten fortgeschrittenen Volkswirtschaften konvergieren. Es wird dabei davon ausgegangen, dass der globale Handel und die Integration von Schwellen- und Entwicklungsländern in Produktions- und Finanzprozesse die Konvergenz gefördert, Einkommen erwirtschaftet, den Zugang zu Gütern und Dienstleistungen erweitert und Millionen von Armut befreit haben. Empirische Analysen haben aber auch gezeigt, dass in Industriestaaten die Automatisierung von

Arbeitsplätzen, gemeinsam mit der Auslagerung von Produktion und die Öffnung von Märkten für konkurrierende Importprodukte zu anhaltenden Verluste von Arbeitsplätzen der Mittelschicht geführt hat. Ein Ergebnis dieser Konsequenzen ist, dass viele Menschen sowohl in den USA als auch in Europa von der Globalisierung enttäuscht sind. Es besteht daher das Risiko, dass die Skepsis gegenüber Handel, Einwanderung und multilateralem Engagement politischen Druck zur Realisierung protektionistischer politischer Maßnahmen auslösen könnte. US-Präsident Trump hat in diesem Zusammenhang bereits die Absicht erklärt, bestehende Handelsabkommen aufzulösen oder neu zu verhandeln, Handelsbilanzdefizite mittels (Straf-)Zöllen zu reduzieren und gegen echte oder vermeintliche Dumpingpreise vorzugehen.



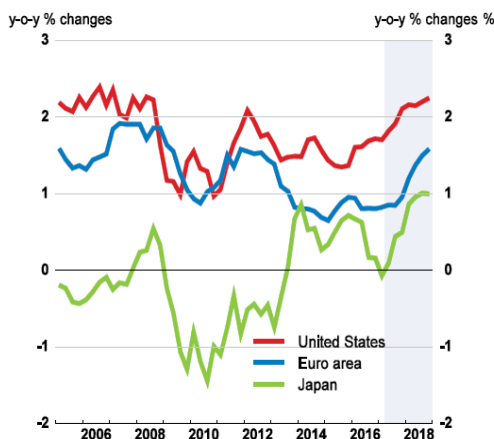
Veränderung der Arbeitskräfteverteilung nach Qualifikation in ausgesuchten Ländern

Es ist aber auch davon auszugehen, dass in den kommenden Jahren protektionistische Tendenzen als alternatives Angebot noch intensiver Teil der politischen Auseinandersetzungen und somit potentiell politisches Ziel zukünftiger Regierungen sein werden. Die meisten Ökonomen sind sich einig, dass die Handelshemmnisse nicht nur die globale Wirtschaftsleistung verringern, sondern Protektionismus auch die Möglichkeiten der Industriestaaten behindern und Produktivitäts- und Einkommenswachstum langfristig einschränken würden. Gefahr ist dabei nicht nur, dass es dabei zu einer Zunahme von Zöllen oder anderer Handelsbarrieren kommt, welche potentiell allen Handelspartnern schaden könnten, sondern vor allem, dass es zu entsprechenden Gegenmaßnahmen und somit Handelskriegen kommen könnte. Generell könnten negativen Auswirkungen des Protektionismus überdies noch größer sein, wenn es zu einem allgemeinen Rückgang der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit kommt. Alternative politische Maßnahmen wären gerechtere Besteuerung vor allem multinationaler Konzerne, Investitionen in qualitativ hochwertige Bildung und die Verbesserung der

beruflichen und geografischen Mobilität der Arbeitnehmer.

Industriestaaten

Wie bereits erwähnt haben sich die Aussichten für die wichtigsten Industriestaaten nach einem kleineren Einbruch 2016 zuletzt wieder etwas verbessert. Das Wachstum wird 2017 wieder auf 2,0 Prozent steigen und sich vermutlich auch mittelfristig in etwa auf diesem Wert stabilisieren. Das prognostizierte Wachstum wurde dabei für die USA zuletzt nach oben revidiert, was die angenommene fiskalpolitische Lockerung und den wirtschaftlichen Vertrauenszuwachs widerspiegeln. Die Aussichten haben sich auch für Europa und Japan verbessert. Steigende bzw. hohe Staatsverschuldung und Leitzinsen bei oder in der Nähe von Null verringern jedoch weitere Möglichkeiten zu antizyklischen Maßnahmen. Je länger die expansive Geldpolitik fortgesetzt wird, desto größer ist überdies die Wahrscheinlichkeit, dass Blasen auf Aktien- und Immobilienmärkten entstehen.



Kerninflationentwicklung

Optimistisch stimmt, dass die Inflationsraten der wichtigsten Währungen der Industriestaaten sich zuletzt in Richtung der allgemein gewünschten Zwei-Prozent-Marke bewegen.

Der IWF geht davon aus, dass auf Grund der zu erwartenden fiskalpolitischen Lockerung und der positiven Grundstimmung nach den Wahlen im November 2016 die positive zyklische Dynamik in den USA verstärkt wird. Die Aussichten haben sich aber auch für Europa und Japan auf der Grundlage der in der zweiten Hälfte des Jahres 2016 begonnenen zyklischen Erholung der globalen Wirtschaftsaktivitäten verbessert. Der IWF geht derzeit von einem US-Wirtschaftswachstum in Höhe von 2,3 Prozent, die Weltbank von 2,1 Prozent aus. Die Einschätzung der Wachstumsperspektiven für die USA haben sich dabei

nach der Wahl von Donald Trump zum neuen US-Präsidenten nicht nur auf den internationalen Finanzmärkten, sondern auch durch die relevanten internationalen Organisationen deutlich und nachhaltig verbessert. Auch weiterhin und in absehbarer Zukunft ist davon auszugehen, dass die USA zumindest um einen halben Prozentpunkt höhere Steigerungsraten als Europa aufweisen werden. Auf Grund der politischen Unsicherheiten ist dies jedoch nur das mit der höchsten Wahrscheinlichkeit behaftete Szenario. Insbesondere die für die USA angestellten Prognosen sind angesichts der möglichen Veränderungen in der noch neuen Regierung Trump jedoch grundsätzlich als sehr unsicher zu bewerten.

Wie in seinem Wahlkampf bereits angekündigt hat US-Präsident Donald Trump Ende Jänner den Ausstieg der USA aus dem transpazifischen Freihandelsabkommen TPP fixiert. Trump sah US-Interessen durch das Abkommen massiv gefährdet und befürchtete den weiteren Verlust von US-amerikanischen Arbeitsplätzen, sollte das Abkommen in Kraft treten. Das Freihandelsabkommen zwischen den USA, Mexiko und Kanada - NAFTA – beendet Trump vorerst nicht, sondern verfolgt derzeit einen pragmatischen Zugang. Er forderte Nachverhandlungen, denen die beiden Partner umgehend zustimmten. Die USA scheinen insbesondere daran interessiert zu sein, NAFTA mit einem Kapitel über die IT-Industrie auszustatten. Auch wollen die USA die sogenannten Herkunftsregeln neu aushandeln. Mit diesen wird festgelegt, wann ein Produkt zollfrei als NAFTA-Ware importiert werden kann.

Die USA überlegen überdies generell gegen internationale Billigimporte von Stahl und Aluminium vorzugehen. Neben Dumpingfragen werden dabei auch Einfuhrbeschränkungen zum Schutz der nationalen Sicherheit überlegt. Diesbezüglich könnte auch die US-amerikanische Chipbranche und der Schiffsbau vor Importen geschützt werden.

Auch in Japan haben sich auf Grund verstärkter Inlandsnachfrage und stabiler Exporte die Wachstumsprognosen verbessert. Sowohl die Investitionen in den Industriestaaten als auch der private Konsumwachstum haben moderat angezogen. Japan wird 2017 gemäß IWF-Prognose weiterhin ein schwaches Wachstum von 1,2 Prozent schaffen. Die Wachstumsdynamik, die im Jahr 2016 durch starke Nettoexporte angeheizt wurde, dürfte sich weiter fortsetzen. Mittelfristig wird wie gewohnt die schrumpfende Erwerbsbevölkerung die Wachstumsaussichten Japans belasten, obwohl die Prognosewachstumsraten pro Kopf sich wie gewohnt positiv entwickeln.

Großbritannien verzeichnete nach dem Brexit-Votum Ende Juni 2016 im gesamten vergangenen Jahr entgegen den meisten Prognosen ein robustes Wachstum. Der IWF rechnet jedoch, dass die Wachstumszahlen der britischen Wirtschaft auf 1,7 Prozent für 2017 und 1,5 Prozent in den kommenden Jahren einpendeln wird. Die Weltbank rechnet diesbezüglich mit 1,5 Prozent für 2017 und 1,4 Prozent für 2018. Dies ist in etwa auf dem langjährigen Niveau der Euro-Zone. Problematisch ist, dass zuletzt die Firmeninvestitionen um ein Prozent sanken. Das Vertrauen des privatwirtschaftlichen Sektors und die Ausgaben bleiben in Großbritannien vorerst jedoch weiterhin stabil. Diese Widerstandsfähigkeit könnte die noch hohen Erwartungen eines positiven Ergebnisses der Brexit-Verhandlungen widerspiegeln. Es ist jedoch zu vermuten, dass zukünftig höhere Handelskosten die Erwartungen an zukünftige Realeinnahmen und somit auch Investitionen dämpfen werden. Negativ könnten sich auch langanhaltende Brexit-Verhandlungen auswirken und zu einer Erhöhung der Unsicherheit beitragen.

Das innerhalb der EU vom Brexit besonders betroffene Land ist Irland, das mit Großbritannien traditionell enge Wirtschaftsbeziehungen pflegt. Ein harter Brexit könnte für das kleine Land wesentlich fatalere Folgen als für Großbritannien selbst haben.

Im fünften Jahr der Erholung sind nunmehr auch alle EU-Mitgliedstaaten zu einem Wirtschaftswachstum zurückgekehrt. Aktuell verläuft die Erholung der EU und des Euroraumes anhaltend, jedoch nicht auf hohem Niveau. Das BIP-Wachstum in der EU wird laut IWF 2017 und 2018 mit 1,9 Prozent konstant bleiben. Die Wirtschaft des Euroraumes wird 2017 und in den folgenden Jahren hingegen nur mit etwa 1,6-1,7 Prozent wachsen. Die Weltbank geht von konstanten 1,6 Prozent aus. In ihrer aktuellen Prognose erwartet die Europäische Kommission 2017 ein BIP-Wachstum des Euroraums von 1,7 Prozent und 1,8 Prozent im Jahr 2018. Die Wachstumsprognosen haben sich dabei vor allem auf Grund verstärkter Inlandsnachfrage und stabiler Exporte verbessert.

Erstmals seit fast vier Jahren verzeichnet die gesamte Euro-Zone eine Inflation. Das ist angesichts der dramatischen Folgen der vor bald zehn Jahren ausgebrochenen Finanzkrise ein positives Zeichen für die Europäische Zentralbank (EZB). Die Inflation war zeitweilig zwar deutlich gestiegen, allerdings vor allem aufgrund der Ölpreiserhöhungen. Vor allem ein deutlicher Anstieg der Energiepreise führte zu einer ständigen Verteuerung. Die Inflationsrate näherte sich daher zeitweise dem von der EZB gesteckten Ziel an. Die Kerninflation, welche volatile Energie und unverarbeitete Nahrungsmittelpreise ausschließt, ist jedoch relativ stabil

und deutlich unter ihrem langfristigen Durchschnitt. Die Inflation im Euroraum wird voraussichtlich auf 1,6 Prozent im Jahr 2017 steigen, bevor sie 2018 auf 1,3 Prozent zurückkehrt, da der Effekt des steigenden Ölpreises verschwindet. Auf Basis dieser Inflationsrate ist eine baldige Straffung der Geldpolitik der EZB weiterhin unwahrscheinlich.

Die Arbeitslosigkeit setzt ihren Abwärtstrend fort, bleibt aber in vielen Ländern hoch. Im Euroraum dürfte sie im Jahr 2017 bei 9,4 Prozent und im Jahr 2018 bei 8,4 Prozent liegen, dem niedrigsten Stand seit Anfang 2009. Der Trend in der EU als Ganzes wird voraussichtlich ähnlich sein, wobei die Arbeitslosigkeit voraussichtlich auf 8,0 Prozent im Jahr 2017 und 7,7 Prozent im Jahr 2018 fallen wird.

Der staatliche Schuldenstand dürfte innerhalb der Eurozone bekanntlich nicht mehr als 60 Prozent und das jährliche Haushaltsdefizit nicht mehr als 3 Prozent des BIP betragen. Diese Kriterien haben das vorrangige Ziel, in der Eurozone die Leistungsfähigkeiten der nationalen Wirtschaftsräume zu harmonisieren und somit für eine wirtschaftliche Stabilität und Solidität der EU zu sorgen. 2016 belief sich der durchschnittliche öffentliche Schuldenstand im Verhältnis zum BIP im Euroraum insgesamt jedoch auf 91,3 Prozent. Dieser wird dabei voraussichtlich auf 90,3 Prozent im Jahr 2017 und 89,0 Prozent im Jahr 2018 fallen, während das Verhältnis in der EU insgesamt voraussichtlich von 85,1 Prozent im Jahr 2016 auf 84,8 Prozent im Jahr 2017 und 83,6 Prozent im Jahr 2018 fallen wird.

Die höchsten Verschuldungsquoten werden auch 2017 in Griechenland (178,8 Prozent), Italien (133,1 Prozent) und Portugal (128,5 Prozent) verzeichnet, die niedrigsten Quoten in Estland (9,5 Prozent), Luxemburg (22,0 Prozent) und Bulgarien (26,8 Prozent). Allein die Ausgaben für die notwendigen Zinszahlungen belaufen sich dabei trotz der derzeit extrem günstigen Zinslandschaft 2017 für den Euro-Raum insgesamt auf 2,1 Prozent des BIP. Italien muss 3,8 Prozent, Portugal 4,2 Prozent seines BIP für Zinszahlungen aufwenden. Die Geldpolitik der EZB zeigt inzwischen in der Realwirtschaft faktisch keine oder nur geringe Wirkung, jedoch dient sie inzwischen vor allem dazu die Zinslast der hochverschuldeten Länder niedrig zu halten. Dies geschieht aber schlussendlich auf Kosten der Währungsstabilität. Kritiker merken überdies an, dass diese Geldpolitik dazu beiträgt, dass Reformen aufgeschoben werden. Im Euroraum dürfte aber das Staatsdefizit von 1,5 Prozent des BIP im Jahr 2016 auf 1,4 Prozent im Jahr 2017 und 1,3 Prozent im Jahr 2018 zurückgehen, während in der EU das Verhältnis von 1,7 Prozent im Jahr 2016 auf 1,6 Prozent im Jahr 2017 und 1,5 Prozent im Jahr 2018 sinken wird. Niedrigere

Zinszahlungen und reduzierte Lohnkosten im öffentlichen Sektor sollten sicherstellen, dass die Defizite weiterhin sinken, wenn auch in geringerem Tempo als in den letzten Jahren. Eine generelle Besserung der Schuldensituation ist mit weiteren Defiziten in den Staatshaushalten jedoch nur begrenzt in Sicht. Langfristig sind dauerhafte Defizite, vor allem aber die exzessive Verschuldung potentielle Destabilisierungsfaktoren und haben somit sicherheitspolitische und strategische Bedeutung.

Der Leitzins im Euro-Raum bleibt auch Mitte 2017 auf dem Rekordtief von null Prozent. Das beschloss der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) Anfang Juni. Der Leitzins liegt bereits seit März 2016 auf diesem Rekordtief. Auch der Banken-Strafzins für das „Parken“ überschüssiger Liquidität bei der EZB wurde nicht verändert und liegt weiter bei minus 0,4 Prozent. Gleichzeitig halten die Zentralbanken ihre Anleiheankäufe konstant im Bereich von 62 Mrd. Euro. Jedoch haben sie dabei zuletzt die Ankäufe öffentlicher Anleihen auf 51 Mrd. Euro gesenkt. Insgesamt haben die Zentralbanken im Zuge des „Quantitative Easing“ (Begriffserläuterung in ISS Aktuell 2/2015, 52) bereits Staatsanleihen im Wert von über 1,5 Billionen Euro erworben. Die EZB hat dennoch angekündigt die Anleihekäufe unverändert weiterzuführen. Deutsche Politiker und die deutsche Bundesbank verlangen hingegen schon seit längerem ein Ende der EZB-Konjunkturmaßnahmen. EZB-Chef Mario Draghi will jedoch die Maßnahmen aufrechterhalten, bis klar ist, dass die Inflationsrate dauerhaft im 2-prozentigen Zielbereich bleibt. Faktisch ist die EZB-Politik auch eine Umverteilungspolitik zugunsten der verschuldeten Länder Südeuropas. 2016 betrug allein der Umverteilungseffekt der Niedrigzinsen zu deren Gunsten etwa 74 Mrd. Euro.

Österreichische Wirtschaftsentwicklung

Der Konjunktur entwickelt sich auch in Österreich positiv. Die österreichische Wirtschaft wird gemäß IHS 2017 um 2,2 Prozent, laut WIFO um 2,4 Prozent wachsen. Positiv wirken sich die weiterhin robuste Binnennachfrage und die etwas besseren Exportzahlen aus. Die Exporte haben auch in den nächsten Monaten das größere Potential, vor allem auf Grund der erhöhten Nachfrage sowohl aus dem Euro-Raum, Ostmitteleuropa und den USA. Der private Konsum dürfte sich hingegen einbremsen. Aufgrund europäischer aber auch globaler politischer Risiken bleibt die Unsicherheit über die weitere konjunkturelle Entwicklung jedoch erheblich. Wirtschaftshemmend ist weiterhin der schwierige Zugang zu Fremdfinanzierungen. Die von Banken verlangten Sicherheiten sind oftmals nicht darstellbar.

Daher werden Investitionen wieder vermehrt aus dem Cashflow statt auf Kreditbasis finanziert.

Die Inflation wird laut IHS auf 1,9 Prozent und laut WIFO auf 1,7 Prozent steigen. Dabei ist jedoch der einmalige Effekt der steigenden Ölpreise zu beachten. Die Kerninflation, also ohne Nahrungsmittel und Energie berechnet, stieg etwa auf 1,6 Prozent.

Da das Arbeitskräfteangebot deutlich steigt, stabilisiert sich auch die Lage am Arbeitsmarkt auf einem für Österreich untypisch hohen Niveau von etwa 9 Prozent nach nationaler Definition. Gemäß der Eurostat-Definition entspricht dies etwa 5,8 bis 5,9 Prozent. (Begriffserläuterung in ISS Aktuell 3/2015, 62)

Das IHS geht davon aus, dass die öffentlichen Haushalte ein Budgetdefizit von 1,4 Prozent im Jahr 2017 und 1,1 Prozent des BIP vorweisen werden. Obwohl die öffentlichen Finanzen von der günstigen Konjunktur und den niedrigen Zinskosten erheblich profitieren erholen sich diese auf Grund ihrer insgesamt expansiven Ausrichtung nicht. Die diesbezügliche Orientierung sollte jedoch nach den Nationalratswahlen nachlassen und das Budgetdefizit in den Folgejahren kleiner werden. Die Staatsverschuldung lag Ende 2016 mit etwa 84 Prozent und Ende 2017 mit prognostizierten 83 Prozent weiterhin deutlich über der der Maastricht-Verschuldungsgrenze von 60 Prozent. Die österreichische Verschuldung ist damit auch knapp höher als die EU-Durchschnittverschuldung. Dennoch ist es weiterhin Ziel der aktuellen Bundesregierung die Quote bis Ende 2020 auf etwa 74 Prozent zu senken.

Wachstumsmärkte, regionale Mächte und Schwellenländer

Die Wirtschaft der Schwellen- und Entwicklungsländer nimmt deutlich an Fahrt auf, vor allem da sich die Rahmenbedingungen für Rohstoffexporteure insbesondere durch die Erholung der Rohstoffpreise allmählich verbessert haben, und gleichzeitig das Wachstum in China und anderen Rohstoffimporteuren weiterhin stark bleibt. Die derzeit günstigen globalen Finanzierungsbedingungen und die stabilisierten Rohstoffpreise lassen das Wachstum in den Schwellen- und Entwicklungsländern laut Weltbank auf 4,1 Prozent im Jahr 2017 ansteigen. Viele Rohstoffexporteure müssen sich jedoch noch an die strukturelle Senkung der Rohstoffeinnahmen anpassen, da die Rohstoffpreise – trotz des jüngsten „Rebound“ - niedrig bleiben. Das Wachstum der rohstoffexportierenden Schwellen- und Entwicklungsländer hinkt daher noch nach, wird 2017 jedoch laut Weltbank wieder auf 1,8 Prozent steigen. Mittelfristig ist ein Anstieg auf ca. 3 Prozent zu erwarten.

Das Wachstum der Rohstoffimporteure bleibt nach wie vor robust. In Ostasien und Pazifik und in Südasien

profitieren viele Länder von der soliden Inlandsnachfrage, starken Infrastrukturausgaben, ausländischen Investitionen in wettbewerbsfähige Produktionssektoren und Dienstleistungen sowie einer steigenden globalen Nachfrage. Asiatische Volkswirtschaften profitieren auch durch erhöhte intraregionale Handels- und Investitionsströme, die von Chinas Initiative "One Belt, One Road" weiter verstärkt werden.

Unter den wichtigsten Schwellenländern wird China gemäß den Prognosen der Weltbank und des IWF 2017 voraussichtlich um 6,5 bzw. 6,6 Prozent wachsen. Die interne Verlagerung von Investition zum Konsum verlangsamte sich zuletzt zwar, wurde aber durch Infrastrukturausgaben der Staatsbetriebe und des öffentlichen Sektors kompensiert. Generell wird die Verlagerung von Industrie- auf Dienstleistungen und von Exporten zu inländischer Nachfrage fortgesetzt. Trotz zurückgehender Auslandsnachfrage, schwächeren privaten Investitionen und Überkapazitäten in einigen Sektoren wird vor allem die innerchinesische Nachfrage das nationale Wirtschaftswachstum unterstützen. China setzt zusehends darauf, die Wertschöpfung innerhalb des Landes zu vergrößern. Der Leistungsbilanzüberschuss verringerte sich im Jahr 2016 auf 1,8 Prozent des BIP, was eben auf eine stärkere Importnachfrage und rückläufige Exporte zurückzuführen ist. Weiterhin ist dabei eine von Strukturreformen begleitete geordnete Verlangsamung des Wachstums zu erwarten. Eines der größten Konjunkturrisiken ist eine potentielle Korrektur des Immobilienmarktes. Der chinesische Staat versucht dem mit einer strenger Kreditvergabe und klaren Vorschriften für den Immobilienkauf vorzubeugen. Problematisch ist auch die wachsende Verschuldung innerhalb Chinas.

Der Ausstieg der USA aus dem transpazifischen Freihandelsabkommen TPP gibt China wieder die Möglichkeit Freihandelszonen in Asien zu forcieren. Für China ergibt sich dadurch die Chance, seine Wirtschaftsmacht zu stabilisieren bzw. auszubauen. TPP, das China bewusst ausgeschlossen hatte, hätte den Handel zwischen den USA, Japan, Kanada und Australien und weiteren acht Ländern begünstigen sollen. Durch alternative Vereinbarungen könnte nunmehr China vom US-amerikanischen Protektionismus bzw. Isolationismus profitieren. In den letzten Jahren waren die Bemühungen für ein gemeinsames Handelsabkommen ja von TPP überschattet worden. Nunmehr sind neue, alte Optionen wieder im Spiel. Insbesondere die südostasiatische Regional Comprehensive Economic Partnership (RCEP) soll dabei Chinas regionale Position deutlich stärken. Die RCEP soll Freihandelsvereinbarungen der zehn ASEAN-Staaten mit China, Australien, Neuseeland,

Indien, Japan und Südkorea schaffen. Die Fertigstellung von RCEP ist dabei nicht nur Chinas, sondern auch Priorität der ASEAN-Staaten.



Regional Comprehensive Economic Partnership (RCEP)

In Indien wurde vom IWF die Wachstumsprognose für 2017 um 0,4 Prozentpunkte auf 7,2 Prozent gesenkt. Bedingt ist dies vor allem wegen des durch Geldkürzungen und Zahlungsstörungen im Zuge der jüngsten Bargeldreform vorübergehend verursachten negativen Konsumschocks. Mit dieser Bargeldreform versucht die Regierung Korruption und Schwarzgeld zu bekämpfen. Überdies soll die Bevölkerung zu digitalen Zahlungsformen gedrängt werden. Ökonomen befürchten jedoch, dass ökonomische Aktivitäten abgewürgt werden. Wie sich die radikale Reform tatsächlich auf die Wirtschaft auswirkt ist noch offen. Die mittelfristigen Wachstumsaussichten sind jedoch dennoch positiv, wobei die mittelfristige Wachstumsprognose 8 Prozent beträgt. Basis dafür sind die Umsetzung von Schlüsselreformen, die Lockerung von Angebotsengpässen und eine angemessene Finanz- und Geldpolitik. Generell wird das Wachstum in Asien voraussichtlich robust bleiben, wenn auch etwas niedriger als zuletzt erwartet. Das diesjährige Wachstum wird beispielsweise in Indonesien voraussichtlich 5,1 Prozent, in Malaysia 4,5 Prozent, in den Philippinen 6,8 Prozent und in Vietnam 6,5 Prozent betragen. In diesen Volkswirtschaften wird das kurzfristige Wachstum in erheblichem Maße durch eine stärkere Inlandsnachfrage und in den Philippinen durch höhere öffentliche Ausgaben untermauert.

Russland wird die Rezession mit einem Wachstum von 1,4 Prozent im Jahr 2017 hinter sich lassen. In dieser Entwicklung spiegeln sich die erhöhten Ölpreise und eine Erholung der Binnennachfrage wider, die wiederum auf die Lockerung der finanziellen Bedingungen und das

verbesserte Wirtschaftsvertrauen zurückzuführen ist. Russland hat in den letzten Jahren massiv unter den Folgen niedriger Ölpreise gelitten. Die westlichen Strafmaßnahmen wegen der Ukraine-Krise haben die Situation weiter verschärft. Russland hat sich mit den Sanktionen inzwischen arrangiert und europäische Technik teilweise mit Produkten aus anderen Ländern ersetzt. Überdies haben russische Firmen selbst ihren inländischen Marktanteil vergrößert. Das Embargo wirkt somit auch als Stimulanz für den längst notwendigen Umbau der russischen Wirtschaft.

In der Türkei wird nach einer starken Wachstumsverlangsamung Ende 2016 eine bescheidene Beschleunigung der Aktivität erwartet. Das Wachstum wird laut IWF dabei 2017 auf 2,5 Prozent steigen. Die Aussichten sind jedoch durch eine erhöhte politische Unsicherheit, Sicherheitsbedenken und die steigende Belastung von Fremdwährungsschulden, die durch die Abschreibungen der Lira verursacht wurde, getrübt.

Das Wachstum in Saudi Arabien, der größten Volkswirtschaft der MENA-Region, dürfte sich im Jahr 2017 aufgrund der niedrigeren Ölförderung und der anhaltenden Haushaltskonsolidierung auf 0,4 Prozent verlangsamen, bevor es im Jahr 2018 auf 1,3 Prozent ansteigen wird.

In Subsahara-Afrika ist eine bescheidene Erholung im Jahr 2017 zu erwarten. Die Aussichten für die Region bleiben jedoch gedämpft, da das Produktionswachstum kaum über das Bevölkerungswachstum steigt. Insgesamt wird die Wirtschaft der Region um 2,6 Prozent im Jahr 2017 und 3,5 Prozent im Jahr 2018 steigen. In Nigeria wird die Wirtschaft 2017 als Folge einer Erholung der Ölförderung, des anhaltenden Wachstums in der Landwirtschaft und höheren öffentlichen Investitionen voraussichtlich um 0,8 Prozent wachsen. Auch in Südafrika wird laut IWF nur eine bescheidene Erholung auf 0,8 Prozent erwartet. Grundlage für die langsame Erholung sind die langsam steigenden Rohstoffpreise und der Ausbau der Stromkapazitäten. Das Wachstum von Angola dürfte 2017 auf 1,3 Prozent steigen, angetrieben durch eine Ausweitung des Nicht-Ölsektors, höheren Staatsausgaben und besseren Handelsbedingungen.

Weiterhin ist China als zentraler strategischer Investor in Afrika tätig. Von besonderer strategischer Relevanz ist dabei die unterschiedliche Wahrnehmung des Kontinents durch Europa bzw. China. Während Afrika aus europäischer Perspektive entweder ein sicherheitspolitisches Problem oder ein entwicklungspolitisches Zielland von Hilfszahlungen ist, nimmt China Afrika als potentiellen Markt mit wirtschaftlichen Chancen wahr. Chinas investiert dabei massiv in die regionale Infrastruktur als Grundlage für

wirtschaftliche und industrielle Entwicklung. Ein beispielhaftes Projekt ist dabei vor wenigen Wochen fertig gestellt worden. Eine von China mitfinanzierte und erbaute Eisenbahnstrecke verbindet die Hafenstadt Mombasa mit der Hauptstadt Nairobi. Die fast 500 Kilometer lange Strecke kostete etwa 3,4 Mrd. Euro und wurde zu 90 Prozent mit einem chinesischen Kredit finanziert. Die neue Strecke ist Teil eines geplanten Bahnnetzes, das die Nachbarländer Uganda, Ruanda und Südsudan mit Mombasa verbinden wird.

In Lateinamerika wird eine schwächere Erholung erwartet, wobei die Wachstumsprognosen 2017 bei 1,1 Prozent und im Jahr 2018 bei 2,0 Prozent liegen. Innerhalb der Region unterscheiden sich die Wachstumsaussichten jedoch deutlich. Während die Wirtschaft in den meisten Rohstoffexporteuren voraussichtlich durch die Erholung der Rohstoffpreise unterstützt wird, spielen innenpolitische Rahmenbedingungen weiterhin eine Schlüsselrolle in den Aussichten einiger Länder. Auch die Aussichten für Mexiko, eine der größten Volkswirtschaften der Region, haben sich durch negative Auswirkungen der wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen mit der US-Regierung geschwächt. Unter den Rohstoff-Exporteuren wird Brasilien sich nur langsam von einer seiner tiefsten Rezessionen erholen und 2017 zumindest mit 0,2 Prozent, 2018 mit 1,7 Prozent wachsen. Die allmähliche Entspannung wird dabei durch reduzierte politische Unsicherheiten, eine Lockerung der Geldpolitik und weitere Fortschritte bei der Reformagenda unterstützt.

Bildnachweis

- S. 5: Foto: President Donald J. Trump, Creative Commons Attribution 3.0 License, URL: <https://www.whitehouse.gov/>, zuletzt eingesehen am 20. 6. 2017
- S.6: Graphik: Lommes; One-belt-one-road.svg, Creative Commons Attribution-ShareAlike 4.0 International, URL: https://en.wikipedia.org/wiki/Belt_and_Road_Initiative, zuletzt eingesehen am 20. 6. 2017
- S. 8: Foto: Herwig Jedlaucnik, No Borders - No Limits - Wiener Graffiti
- S.10: Graphik: Titelblatt, Forbes Magazine Special Edition: The definitive ranking of the richest people in America, März 2017
- S. 11: Foto: Defense Department photo, A long-range ground-based interceptor missile launches from Vandenberg Air Force Base, Calif., URL: <https://www.defense.gov/News/Article/Article/721122/missile-defense-agency-budget-addresses-escalating-north-korea-iran-threats/>, zuletzt eingesehen am 11. 6. 2017
- S.13: Graphik: NATO; Defence Expenditure of NATO Countries (2009-2016), Communique PR/CP(2017)045 vom 13.03.2017, 4. URL: http://www.nato.int/nato_static_fl2014/assets/pdf/pdf_2017_03/20170313_170313-pr2017-045.pdf, zuletzt eingesehen am 11. 6. 2017
- S. 25: Graphik: "Enhanced Forward Presence" und „Tailored Forward Presence“, aus: Homepage des Bundesministeriums der Verteidigung, URL: <https://www.bmvg.de/portal/a/bmvg/!ut, ohne Datum, zuletzt eingesehen am 11. 6. 2017>
- S. 25: Foto: Tech. Sgt. Matthew Plew / U.S. Air Force, F-35A Lightning II from the 34th Fighter Squadron at Hill Air Force Base, Utah, land at Royal Air Force Lakenheath, England, April 15, 2017. The aircraft arrival marks the first F-35A fighter training deployment to the U.S. European Command area of responsibility or any overseas location as a flying training deployment, URL: <http://www.eucom.mil/media-library/article/35629/f-35-deploys-to-europe-for-the-first-time>, zuletzt eingesehen am 11. 6. 2017.
- S.46: Graphik: Global GDP growth. . In: OECD Economic Outlook June 2017, Better, but not good enough. Press handout., 7. URL: <http://www.oecd.org/eco/outlook/Better-but-not-good-enough-press-handout-summary-of-projections-oecd-economic-outlook-june-2017.pdf>, zuletzt eingesehen am: 12.06.2017
- S.48: Graphik: Evolution of the Labor Share of Income. In: International Monetary Fund; World Economic Outlook, April 2017: Gaining Momentum?, 122 URL: <http://www.imf.org/en/Publications/WEO/Issues/2017/04/04/world-economic-outlook-april-2017>, zuletzt eingesehen am: 12.06.2017
- S.48: Graphik: Job polarisation by country. Change by skill level as share of total employment, 1995-2015. In: OECD Economic Outlook June 2017, Better, but not good enough. Press handout., 11. URL: <http://www.oecd.org/eco/outlook/Better-but-not-good-enough-press-handout-summary-of-projections-oecd-economic-outlook-june-2017.pdf>, zuletzt eingesehen am: 12.06.2017
- S.49: Graphik: Core inflation. In: OECD Economic Outlook June 2017, Better, but not good enough. Press handout., 10. URL: <http://www.oecd.org/eco/outlook/Better-but-not-good-enough-press-handout-summary-of-projections-oecd-economic-outlook-june-2017.pdf>, zuletzt eingesehen am: 12.06.2017
- S.52: Graphik: RCEP Region, licensed under the Creative Commons Attribution-Share Alike 3.0 Unported license, Quelle: Wikimedia Commons. URL: <https://commons.wikimedia.org/wiki/File:RCEP3.png>, zuletzt eingesehen am: 12.06.2017

Autoren

Dr. Rastislav BÁCHORA, eMA	Russland und der zentralasiatische Raum
Dr. Gerald BRETTNER-MESSLER	Der indopazifische Raum
Dr. Gerald HAINZL Carmelo RODRIGUEZ, BA	Subsahara-Afrika
Dr. Gunther HAUSER	Europa und die EU
Dr. Herwig JEDLAUCNIK, MBA	Sicherheitspolitik in einem postromantischen Zeitalter Dynamische, aber risikobeladene Erholung der Weltwirtschaft
Dr. Johannes MAERK	Lateinamerika
Dr. Otto NADERER	Die NATO und die transatlantischen Beziehungen
Dr. Felix SCHNEIDER	Weltmacht USA

Institut für Strategie & Sicherheitspolitik (ISS)

Das Institut für Strategie und Sicherheitspolitik wurde 1967/68 als Institut für militärische Grundlagenforschung geschaffen und ist damit das älteste Forschungsinstitut der Landesverteidigungsakademie in Wien. Zum ursprünglichen Auftrag, das moderne Kriegsbild und dessen weitere Entwicklung zu erforschen, militärische Strategien zu vergleichen und den Einfluss der modernen Kriegführung auf die österreichische Landesverteidigung zu untersuchen, kamen inzwischen weitere Bereiche. In die Bereiche Strategie, internationale Sicherheit sowie Militär- und Zeitgeschichte gegliedert, widmen sich die Forscher des Instituts in enger Kooperation mit zivilen und militärischen wissenschaftlichen Institutionen im In- und Ausland der Erforschung aktueller strategischer, sicherheitspolitischer und zeithistorischer Fragen. Die Ergebnisse werden in Form von Publikationen sowie in der Lehre im Ressort und darüber hinaus vermittelt.

Erhalten Sie bereits die regelmäßigen Informationen über unsere neuesten Publikationen sowie Einladungen zu unseren Vorträgen und Veranstaltungen? Wenn Sie noch nicht auf unserer Verteilerliste stehen, bitten wir um eine kurze Nachricht an wolfgang.gosch@bmlvs.gv.at bzw. um Ihren Anruf unter +43 (0) 50201 10 28301, um Sie in unseren Verteiler aufzunehmen.

ISS: Forschung – Lehre – Meinungsbildung

www.bundesheer.at/iss

